

50
JAHRE
ORTSVEREIN
BIELEFELD

VERBAND
DER DEUTSCHEN
BUCHDRUCKER



Die Gründer des Ortsvereins Bielefeld
 Obere Reihe: Gersdorf, Oehlmann, v. d. Hogen, Hüntzsch, Mareck, Kuhse, — Mittlere Reihe: Zschau,
 Greve, Helfmann, Sterz, Höft, Trojter, — Sitzend: Cardinal, Weeck, Scheel, Müller, Kuhlmann.

50
JAHRE
ORTSVEREIN
BIELEFELD

VERBAND
DER DEUTSCHEN
BUCHDRUCKER

A 97 - 06186



HERAUSGEGEBEN VOM
VORSTAND DES ORTSVEREINS
BIELEFELD

Verfasser: Theodor Dieckmann
Entwurf zu der Umschlagseite: Wilhelm Kahre
Autotypien: Graph. Kunstanstalten Borgstädt & Busch
Einband: Fritz Keimeyer
Satz und Druck: Velhagen & Klasing
sämtlich in Bielefeld
Umschlagpapier: Michaelis in Hamburg

VORWORT

Als der Vorstand an mich, als einen der älteren und mit am längsten mit den Verhältnissen am Orte Verwachsenen, herantrat mit dem Ersuchen, zum 50jährigen Bestehen des Ortsvereins dessen Geschichte zu schreiben, stiegen mir ernste Bedenken auf, den mich ehrenden Auftrag anzunehmen. War doch bekannt, daß das zur Verfügung stehende geschichtliche Material mehr als dürftig war, denn die Protokollaufzeichnungen der Jahre 1877—1890 sind nicht mehr vorhanden*). Gleichwohl baute ich bei Bereiterklärung auf das Gedächtnis einiger noch unter uns weilender alter Kollegen, die die Gründung des Ortsvereins mit vollzogen oder bald darauf nach Bielefeld gekommen waren. Aber die gesammelten Angaben lauteten — namentlich in Bezug auf Daten — zu widersprechend, um sie entsprechend verwenden zu können.

Da wir Buchdrucker im Besitze einer vorzüglichen Verbandsgeschichte sind, ist es eine eigene Sache mit dem Abfassen der Geschichte eines mittelgroßen Ortsvereins, soll diese nicht mehr oder weniger ein „Abklatsch“ werden. Wenn also mit der vorliegenden Schrift etwas anderes herausgekommen ist, als eine Geschichte im eigentlichen Sinne, so gebe ich mich doch der Hoffnung hin, dem mir erteilten Auftrag gerecht geworden zu sein. Durch Aneinanderreihen der erwähnens-

*) Das noch vorhandene erste Protokollbuch enthält auf der ersten Seite folgenden Vermerk: „Dies Protokollbuch ist angefangen im Januar 1890. Dasselbe wurde auf Beschluß der Ortsversammlung angelegt, da das alte nach Angabe des früheren Schriftführers voll sei. Letzteres ist der Bibliothek zu überweisen. Bis heute habe ich das alte Protokollbuch noch nicht erhalten. Bielefeld, März 1891. Max Schlingmann.“ — In den Versammlungen der Jahre 1890/91 wurde des öfteren durch Briefkastenfragen nach dem Verbleib des Protokollbuches geforscht. Am 25. Juli 1891 erklärte der damalige Schriftführer „auf Ehrenwort“, binnen kurzem das Gewünschte zu besorgen. Am 15. August 1891 wurden die Kollegen Schlingmann und Reichenbach mit der Regelung betraut, und am 10. Oktober erklärte der seinerzeitige Schriftführer Kollege Reichenbach, daß das Buch von dem betr. Schriftführer abgeliefert sei; das letzte eingetragene Protokoll datiere vom Jahre 1886. Wo das Buch geblieben ist, konnte später nicht mehr festgestellt werden. Leider ist auch versäumt worden, die Ereignisse aus dem Gedächtnis gleich nachzutragen, was damals nicht schwer fallen konnte, weil wohl jeder der Beteiligten gefragt und so aus frischer Erinnerung geschöpft werden konnte.

werten Geschehnisse in chronologischer Folge und knapp umrissener Form — aus der Erinnerung und an Hand der vorhandenen Protokollbücher — ist von dem 50jährigen Kämpfen, dem Leben und Streben des Ortsvereins ein treues Spiegelbild entstanden, das die vorhandenen Lücken nicht zu beeinträchtigen vermögen.

Die Schrift zeigt außer den Gründern den gegenwärtigen Vorstand und alle Verbandsjubilare im Bilde. Es erschien darum angebracht, die Namen der Kollegen, die im Ortsverein besonders hervorgetreten sind, ebenfalls zu erwähnen. Interessant wäre es gewiß gewesen, wenn über die während der fünfzig Jahre geleisteten freiwilligen Beiträge und gewährten Unterstützungen ausführlicher hätte berichtet werden können. Das war jedoch infolge des Fehlens der ausweisenden Kassenbücher der ersten 30 Jahre nicht möglich. In einem Anhang ist der Werdegang der Sparten des Ortsvereins kurz von diesen gezeichnet.

Möge die Lektüre des Büchleins bei den Alten dasselbe erhebende Gefühl freudigen Erinnerns wachrufen, wie es der Unterzeichnete bei Durchsicht der alten Protokollblätter empfand, und möge sie die Jungen anspornen, in gleichem Eifer auszuharren in dem Streben nach Verwirklichung unserer Verbandsideale!

Bielefeld, Februar 1927.

Th. Dieckmann.

1877-1890

Die Gründung des Ortsvereins — Unter dem Sozialistengesetz — Der Ortsverein als Gesangverein „Typographia“ — Die Neukonstituierung — Bielefeld wird Bezirksvorort — Eine verunglückte Heimfahrt von der ersten Bezirksversammlung — Die Bewegung von 1886 — Die Gründung einer Gehilfendruckerei — Herausgabe des „Volksblattes“ u. a.

Nach der „Korrespondent“-Festnummer zum 25 jährigen Bestehen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker haben in Bielefeld seit 1869 Verbandsmitglieder konditioniert*). Sie waren schon an der ersten großen Bewegung zur Erlangung eines Reichstarifs aktiv beteiligt. Im Jahre 1873 trat in Leipzig eine Tarifkommission der Gehilfen zusammen, um einen Normal-Reichstarif, tunlichst gemeinsam mit den Prinzipalen aufzustellen. Diese lehnten jede Mitwirkung ab. Um dem Tarif Geltung zu verschaffen, traten 350 Leipziger Kollegen in den Streik, worauf die Prinzipale die Aussperrung sämtlicher Verbandsmitglieder in Deutschland zum 8. März anordneten. Aber nicht alle Unternehmer sperrten aus. Von rund 6000 Verbandsmitgliedern wurden etwa 2000 in 300 Druckereien von der Maßregel betroffen. In Bielefeld wurden nach der Verbandsgesch. Bd. I S. 371 in einer Druckerei (Velhagen & Klasing? D. Verf.) 11 Gehilfen in Mitleidenschaft gezogen. Die Aussperrung dauerte bis zum 5. Mai. Ob diesem Drucke, der den Prinzipalen im allgemeinen nicht viel nutzte, hier Mitglieder erlegen sind und ob ein merklicher Rückgang erfolgte, konnte nicht ermittelt werden. Bekannt ist, daß vor der Gründung des Ortsvereins Ludwig Scheel als Vertrauensmann der Bielefelder Verbandsmitglieder wirkte; Verkehrslokal war die Wirtschaft Pankoke (jetzt „Ulmenstübchen“ in der Ulmenstraße). Das Erscheinen der „Neuen Westfälischen Volkszeitung“ 1876, die während der ersten Jahre ihres Bestehens bei Velhagen & Klasing gedruckt wurde, brachte vermehrte Arbeitsgelegenheit, und als die Zahl der Verbandsmitglieder auf etwa 20 (bei rund 40 Gehilfen am

*) W. Krahl, der Verfasser der „Verbandsgeschichte“, schreibt im 2. Bande: „Die erste Gründung eines Ortsvereins in Bielefeld erfolgte am 13. März 1867 mit 15 Mitgliedern.“ Über das Bestehen eines Ortsvereins vor 1877 ist hier durch irgend eine Überlieferung nichts mehr bekannt.

Orte) gestiegen war, wurde Ostern **1877** die Gründung eines Ortsvereins vollzogen. Nachmittags fand anlässlich dieses Ereignisses auf der „Hermannshöhe“ — jetzt „Berggarten“ — ein Festkonzert statt.

Der erste Vorsitzende des Vereins war Ludwig Scheel, der jedoch krankheitshalber bald den Vorsitz niederlegen mußte. Ein Lungenleiden raffte ihn im besten Mannesalter im März **1879** dahin. An seine Stelle wurde Louis Hüntzsch gewählt. Das Vereinslokal befand sich nunmehr im Hotel Wwe. Tegtmeyer (jetzt „Hotel zur Post“) am Niederntor.

Zu dem am 31. März **1878** in Düsseldorf anberaumten Gau-tage, dem der Verbandsvorsitzende R. Härtel und Franz Sulz beiwohnten und der sich in der Hauptsache mit der Unterstützung der konditionslosen Buchdrucker beschäftigte, wurde von Bielefeld Johannes Helfmann delegiert.

Infolge der Annahme des sog. „Sozialistengesetzes“ durch den Reichstag erfolgte leider schon am 22. Oktober **1878** die Auflösung des Ortsvereins, den die Mitgliedschaft jetzt der Behörde gegenüber als „Gesangverein Typographia“ firmierte. Als im Jahre **1879** dem Verband die Bezeichnung „Unterstützungsverein der Deutschen Buchdrucker“ beigelegt und diese Umstellung offiziell durch die 1. Generalversammlung dieses Unterstützungsvereins vom 2. September in Hannover, an der aus unserem Bezirk Kollege Heydeck-Paderborn teilnahm, vollzogen worden war, konnte auch in Bielefeld an die Neukonstituierung eines Lokalvereins gedacht werden. Diese erfolgte am 2. April **1880** unter dem Namen „Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker, Mitgliedschaft Bielefeld“; sein Vorsitzender wurde Richard Schenk. Nun setzte ein äußerst reges Vereinsleben ein; der Neuling entwickelte sich prächtig. In den Monatsversammlungen, die zunächst noch ohne polizeiliche Aufsicht abgehalten werden „durften“, wurden alle den Unterstützungsverein der Deutschen Buchdrucker betreffenden Angelegenheiten mit großer Sachlichkeit erörtert. Sonnabends fanden sich die Mitglieder zur „Lesestunde“ zwanglos zusammen. Die bei Gründung des Ortsvereins geschaffene Bibliothek hatte teils durch Ankauf, teils durch Schenkungen, auch von Prinzipalsseiten — besonders sei der Buchdruckereibesitzer R. A. Schenk genannt — eine stattliche Zahl von Bänden aufzuweisen. Unerwähnt soll nicht

bleiben, daß die kollegiale Geselligkeit bei der jungen Mitgliedschaft beachtenswerte Pflege fand, die bis in die späteren Jahre anhielt — nicht zum Schaden der guten Fortentwicklung des Ortsvereins!

Nach Richard Schenk amtierte seit Anfang 1882 Heinrich Verleger als Vorsitzender. Zu gleicher Zeit wurde das Vereinslokal von Hotel Tegtmeier nach dem Restaurant F. Oppermann, Obernstraße (jetzt Korbwarengeschäft Schulze) verlegt. Von hier aus „verstieg“ sich der Ortsverein, für nicht lange Zeit sein Heim in den „Drei Kronen“ aufzuschlagen, zog darauf nach dem „Café Flora“ an der Werther Straße, um dann für eine Reihe von Jahren bei F. Rolfsmeyer, Ritterstraße, passende Unterkunft zu finden.

Auf der 2. Generalversammlung des Unterstützungsvereins der Deutschen Buchdrucker 1882 in Stuttgart vertrat, vom Gau Niederrhein-Westfalen delegiert, wiederum Kollege Heydeck-Paderborn unseren Bezirk.

Im Jahre 1884 erfolgte die Verlegung des Bezirksvorortes von Paderborn nach Bielefeld. Darüber gibt näheren Aufschluß nachstehender Auszug aus dem Protokoll des Außerordentlichen Gautages von Niederrhein-Westfalen, der am 9. Dez. 1883 in Essen stattfand und an dem vom damaligen Bezirk Paderborn die Kollegen Heinrich Verleger und Paul Kähler-Bielefeld und Ed. Göffing-Paderborn teilnahmen:

Punkt VII. Antrag Bielefeld: Verlegung des Bezirksvorortes von Paderborn nach Bielefeld.

Herr Verleger-Bielefeld motiviert diesen Antrag kurz dahin, daß Bielefeld eine bedeutend größere Mitgliederzahl aufweise als Paderborn, und daß es sich behufs Vereinfachung der Geschäfte empfehlen dürfe, den Vorort zu verlegen.

Herr Göffing-Paderborn spricht sich dahin aus, daß er nicht untersuchen könne, inwiefern dieser Antrag Berechtigung habe. Er glaube in seiner Eigenschaft als Kassenbeamter stets seine Schuldigkeit getan zu haben und überlasse dem Gauvorstand das weitere.

Herr Kleebauer (Gauvorstand) konstatiert, daß hinsichtlich der Präzision der Berichte usw. nicht zu klagen sei; aber die Ablieferung der Abrechnungen geschehe meistens zu spät, die übrigen sieben Bezirke wären mit ihren Berichten 14 Tage oder 3 Wochen früher fertig, aber der Gauvorstand müsse dann diese Sachen so lange unerledigt lassen, bis auch der rückständige Bezirk Paderborn mit den Berichten eingetroffen sei.

Herr Kühnen (Gauvorstand) spricht sich für Verlegung aus, da der Bezirksvorstand sich aus der größeren Zahl der Bielefelder Mitglied-

schaft leichter zusammensetzen lasse als aus der nur 12 Mitglieder zählenden Mitgliedschaft Paderborn.

Für Verlegung sprechen noch die Herren Gockel-Dortmund und Kähler-Bielefeld, dagegen Herr Schöllgens-Barmen. — Bei der nun folgenden Abstimmung wird Bielefeld als Bezirksvorort mit 17 gegen 2 Stimmen gewählt.

Was einzelne Prinzipale derzeit ihren Arbeitern zu bieten wagen konnten, zeigte das Vorgehen der Firma E. Gundlach, eines gemischten Betriebes, dessen Druckerei allerdings noch klein war (3—5 Gehilfen). Einer der Söhne des Druckereibesitzers hatte von seiner Volontärlaufbahn eine Hausordnung mitgebracht, die außer einer zwölfstündigen Arbeitszeit eine Reihe von Geldstrafen vorsah; u. a. sollte der Setzer, der seine Ahle in ein Kastenregal steckte, die Tat mit 10 Pf. Strafe büßen. Diese famose Hausordnung gab Veranlassung zu einer persönlichen Aussprache des Kollegen Otto Mirow, der nun der Mitgliedschaft vorstand, mit den Firmeninhabern. Herausgekommen ist bei dieser drastischen Auseinandersetzung weiter nichts, als daß der junge G. und folgerichtig auch Mirow mit der Faust aufs Pult schlugen, so daß die Tintengläser sich ihrer Behälter entledigten und ihrem Inhalt freien Lauf ließen. Die Gehilfen sagten daraufhin diesem Kunsttempel Valet und strengten Klage an mit dem Erfolg, daß die Firma für 14 Tage Lohn zahlen mußte. Die nächste Versammlung beschloß, die Druckerei Gundlach für Mitglieder zu sperren. Erst nach langer Zeit bequemte sich Gundlach, Kollegen Mirow aufzusuchen mit dem Geständnis, er habe keine guten Erfahrungen mit seinen „Schustern“ gemacht; er wolle den Tarif anerkennen. Die Buchdrucker genossen darauf bei Gundlach in Bezug auf Arbeitszeit und Lohn eine Ausnahmestellung. Später ist noch mancher Konflikt mit dieser Firma und dem Ortsverein zum Austrag gekommen. Um mit den Mitgliedern des Ortsvereins Paderborn nähere Bekanntschaft zu machen, wurde ein Besuch der dortigen Kollegen geplant. An einem regnerischen Sonntag des Spätsommers 1885 kam dieser zur Ausführung. Weil eine direkte Bahnverbindung nach Paderborn nicht bestand, wurden als Beförderungsmittel zwei größere Wagen und ein Landauer gemietet. Die Hinfahrt ging in aller Frühe glücklich vonstatten. Die Paderborner Kollegen nahmen ihren Besuch sehr gastfreundlich auf, und bei dem „gemütlichen Beisammensein“



Louis Hüntzsch
Eingetreten am 15. März 1867 in Gera
Seit 1925 invalide

nach der anregend verlaufenen „Bezirksversammlung“ stieg die feucht-fröhliche Stimmung reichlich hoch. Anders gestaltete sich aber die Rückfahrt. Weil es am Abend empfindlich naßkalt war, hatten die Paderborner es sich nicht nehmen lassen, ihren Gästen vier Wärmflaschen „Paderwasser“ für die Heimreise mitzugeben. Um nicht zu frieren, verfuhr man genau nach der Gebrauchsanweisung der Spender. Wie sich bald zeigte, war einer der Wagenlenker der Wirkung des „Wassers“ nicht widerstandsfähig genug gewesen, und ein Setzerlein übernahm an seiner Stelle die Führung. Doch „das Unglück schreitet schnell!“ Beim Orte Verl kippte der Wagen und bettete seine sämtliche Insassen ziemlich unsanft in den Chausseegraben. Ein Gaul galoppierte in scheuer Flucht durch das nächtliche Dunkel und wurde mit der zerbrochenen Deichsel in Friedrichsdorf von Landleuten wieder eingefangen. Außer dem stellvertretenden Wagenlenker, der durch eine Handverstauchung einige Zeit arbeitsunfähig wurde, hatte zum Glück keiner der Wageninsassen nennenswerten körperlichen Schaden erlitten. Aber der Schreck und die Sorge vor dem, was folgen werde, hatten einer sehr nüchternen Stimmung Platz gemacht. Nachdem mit Hilfe von Bauern der Schaden notdürftig repariert und die beiden Wagen aneinandergesammelt worden waren, ging die Weiterfahrt langsam nach Bielefeld vor sich. Die Friedrichsdorfer gaben das aufgefangene Pferd trotz allen Bittens nicht heraus — sie wollten es nur des Fahrens kundigen Leuten anvertrauen —, und so traf die verunglückte Fahrtgesellschaft mit beschädigtem Wagen und Anhänger und einem Pferde weniger in Bielefeld ein, wo bereits die ersten Arbeiter sich auf dem Wege nach ihrer Arbeitsstätte befanden. Was besagtes Setzerlein bei der Ablieferung vor dem Unternehmer — nebenbei gesagt, ein Hüne von Gestalt und als von brutalem Wesen bekannt — noch für „Angst geschwitz“ hat, läßt sich leicht ausmalen. In den Druckereien kursierten die tollsten Gerüchte über den Betrag des zu leistenden Schadenersatzes, der jedoch glücklicherweise längst nicht die befürchtete Höhe erreichte und von der Ortskasse gedeckt wurde. So hatte denn diese Bezirksversammlung, an der sich die Bielefelder Mitgliedschaft erstmalig in größerer Anzahl beteiligte, ein Ende genommen, das später des öfteren Veranlassung zu manchem Witz über diese

„denkwürdige“ Fahrt gegeben hat. Der versprochene Gegenbesuch der Paderborner Kollegen ist nicht mehr zur Ausführung gekommen, weil Paderborn 1886 dem Verbandsverbande auf lange Zeit verloren ging.

Das Jahr 1886 stand völlig im Zeichen der Tarifbewegung. Am 16. Januar erging vom Gehilfenvorsitzenden der Tarifkommission, Karl Rosen, an die gesamte Gehilfenschaft die Aufforderung, Anträge auf Lohnerhöhung unter Beibringung statistischen Materials über Wohnungs- und Lebensmittelpreise zu stellen. Das Interesse im Ortsverein war lebhaft, und den Verhandlungen in Leipzig vom 17.—20. August wurde mit Spannung entgegengesehen. Der zustande gekommene Tarif brachte eine Lohnerhöhung von $6\frac{2}{3}$ Prozent, außerdem u. a. für Bielefeld einen Lokalzuschlag von 5 Prozent, aber keine Herabsetzung der zehnstündigen Arbeitszeit. Dies Ergebnis rief bei den Gehilfen keine große Freude hervor. Während in Leipzig die beiderseitigen Vertreter über das Zustandekommen des Tarifs ihrer Genugtuung Ausdruck gegeben hatten, stellten sich die Prinzipale in Rheinland-Westfalen unter Führung von Georgi-Bonn und Bachem-Köln in Opposition, und eine vorgenommene Urabstimmung unter ihnen verwarf den Tarif, für dessen Inkrafttreten der 1. Oktober 1886 bestimmt war. Vierzehn Tage vorher reichten in Bielefeld sämtliche Verbandsmitglieder ihre Kündigung ein. In der lebhaften Versammlung nach Ablauf der Kündigungsfrist wurde bekannt gegeben, daß die Druckerei der „Neuen Westfälischen Volkszeitung“ (R. Mainz Nachf.) strikt abgelehnt habe, während die beiden andern in Frage kommenden Firmen, Velhagen & Klasing und R. A. Schenk („Wächter“), in einer Konferenz am folgenden Tage (Sonntag) ihre endgültige Stellungnahme festlegen wollten; sie führte zur Bewilligung des Tarifs. Da zu Beginn der Arbeit am Montag in erstgenannter Druckerei noch kein Bescheid der Geschäftsleitung vorlag, ruhte der Betrieb eine Stunde lang, bis die Benachrichtigung von der Tarifbewilligung eintraf. In der Versammlung kam es zu bewegten Szenen. Der Faktor der „N. W. Vztg.“ gab sich alle erdenkliche Mühe, seine Kollegen, meist verheiratete Familienväter, vom Streik abzuraten. Aber alles vergeblich: die Arbeit in jener Druckerei wurde einmütig niedergelegt. Leider gelang es der Firma, nach ver-

hältnismäßig kurzer Zeit, Streikbrecher von auswärts hereinzubekommen und die Zeitung wieder regelmäßig herauszubringen. Die Aussichten, anderwärts Arbeit zu bekommen, waren für die Streikenden nicht günstig. In der Not kamen sie auf den Gedanken, selbst eine Druckerei zu gründen. Mit Hilfe eines Kollegen, der über etwas Kapital verfügte, und durch Ausgabe von Anteilscheinen wurde Anfang 1887 die Druckerei eingerichtet und eine Tageszeitung herausgegeben unter dem Titel „Bielefelder Volksblatt“. Die Bielefelder brachten der Zeitung Sympathie entgegen, und namentlich die volkswirtschaftlichen Artikel des Kollegen Jean Marek, der zuerst die Schriftleitung innehatte, fanden in weiten Kreisen Beachtung. Es gehörte viel Geschick dazu, unter dem „Ausnahmegesetz“ eine Zeitung, die sich auf die Arbeiter stützen wollte und mußte, zu redigieren. Nach einiger Zeit ging das Unternehmen auf den Gau über. Es wurde ein ordentlicher zünftiger Redakteur (Jacobi) angestellt, der das „Volksblatt“ in „entschieden freisinnigem“ Geiste bearbeitete. Zwei freisinnige Zeitungen waren etwas viel für Bielefeld. Die hier bisher erscheinende Zeitung dieser Richtung, der „Wächter“, war finanziell gerade nicht auf Rosen gebettet, und so konnte es eigentlich nicht wundernehmen, daß das „Volksblatt“ nicht lebensfähig blieb und der Gau die Druckerei verkaufen mußte, weil die Zuschüsse nicht tragbar waren, zumal auch die in Dortmund infolge des Streiks gegründete Gehilfendruckerei sich nicht als haltbar erwies, während die dritte in Essen 1887 gegründete Gehilfendruckerei sich rentabler gestaltete und lange Jahre unter der Leitung des Koll. Schoreck im Besitze des Gaus geblieben ist. Durch das Experiment der Gründung von Gehilfendruckereien hatte der Gau etwa 53 000 M. Schulden gemacht, wovon nachher der Verband 40 000 M. abnahm. Die Bielefelder Druckerei ist von einem Konsortium der Nationalliberalen Partei gekauft worden, die eine Parteizeitung „Bielefelder Post“ herausgab, wodurch weitere Arbeitsgelegenheit gegeben wurde. — Der Streik hat dem Ortsverein viel Geld gekostet; nicht nur, daß seine Kasse im Betrage von 320 M. daraufging, es wurden auch hohe, wöchentliche Extrasteuern auf längere Zeit erhoben. Unterstützt werden mußten zu Beginn des Streikes 27 Kollegen.

An der 3. Generalversammlung des U.-V. D. B. in Berlin 1885, ferner an der 4. (außerordentlichen) in Gotha 1886 und an der 5. in Hamburg 1888 hat der Vorsitzende des Ortsvereins O. Mirow als Gaudelegierter mit teilgenommen. Ende der 80 er und Anfang der 90 er Jahre flaute das Vereinsleben ab, und der Versammlungsbesuch ließ zu wünschen übrig. Auch war das Niveau der Versammlungen des Ortsvereins gesunken. In jener Zeit ist es vorgekommen, daß die Vorsitzenden mit dem Gebrauch des Hausrechts drohen mußten, um Störenfriede aus den Versammlungen zu verweisen. Der Hauptgrund für diese mißlichen Zustände waren in eigenartigen Verhältnissen einer hiesigen großen Werkdruckerei zu suchen, wo bei Arbeitshäufung, meist im Frühjahr, alles, was an Setzern auf der „Walze“ durchkam, eingestellt wurde, um nach einigen Wochen oder Monaten wieder entlassen zu werden. Unter den bedauernswerten Opfern der Lehrlingszücherei, die die Landstraßen zu jener Zeit stark bevölkerten, gab es fast immer etliche, die von ihrem sittlichen Halt etwas eingebüßt hatten. Diese waren es dann, die im Bunde mit einigen ansässigen „Stänkern“ die Versammlungen entwürdigten. Viel Verdruß zeitigten die Begleiterscheinungen des Setzens nach Berechnen sowohl in obengenannter Druckerei wie in der Zeitung „Bielefelder Post“. Auch der Bibliothekar klagte häufiger über die abnehmende Benutzung der Bibliothek. Der Mitgliederstand des Ortsvereins schwankte zwischen 80 und 100.

Der Besuch der Bezirksversammlungen war durch Inslebenrufen einer Bezirkskasse, aus der Fahrkosten-Entschädigungen gewährt wurden, ein besserer geworden.

Ins Jahr 1889 fiel, nachdem das „Sozialistengesetz“ aufgehoben war, die Gründung der „Volkswacht“, deren Druckerei in einem vormaligen Photographen-Atelier am Oberntorwall Unterkunft erhielt.

1890-1900

Gegen die Lehrlingszüchterei — Feier des 25jährigen Verbandsjubiläums in Bielefeld — Die Tarifbewegung von 1890/91 — Das Passivverhalten des Ortsvereins — Die Wandlung der Anschauungen nach dem verlorenen Neunstundenkampf — Die Gründung des „Graphischen Gesangsvereins Bielefeld“ — Wieder zwei Fahrten nach Paderborn — Bielefeld wird Zahlstelle für Durchreisende — Der Gutenbergbund in Bielefeld — Gegen die Prinzipalskasse — Die Tarifbewegung von 1896 — Der Streit um die Tarifgemeinschaft — Spaltung der Geister — Zwei Johannisfeste zur selben Zeit — Die Buchdrucker als „Atavisten“ und „Kindsköpfe“ — Korrespondentredakteur Gasch gegen Zentralvorstand — Streik bei E. Siedhoff — Konflikt bei E. Gundlach und Aussperrung — Ein „Indianergeheul“ — Die ersten Setzmaschinen im Bezirk u. a.

Der Vorstand des Ortsvereins bestand im Jahre 1890 aus dem seit 1884 amtierenden Vorsitzenden Otto Mirow; Ed. Flachmann, Kassierer; M. Schlingmann, Schriftführer; H. Wosniak, Bibliothekar; O. Rothe, Beisitzer. — Das Kassiereramt hatte vorher Ed. Hillig mehrere Jahre inne, ebenso Paul Kähler den Schriftführerposten. Am 25. Juli 1891 trat an Stelle von Flachmann, der sein Amt niederlegte, Louis Hüntzsch, der lange Jahre Kassierer geblieben ist.

Im Jahre 1890 sandte der Ortsverein aus der Tariffkasse 50 M. an die streikenden Kollegen in Wien. In der Bezirks- und Allgemeinen Versammlung vom 6. April 1890 in Bielefeld meldeten sich nach einem Referat des Vorsitzenden Mirow über die vielgenannte „Stettiner Resolution“, der Gehilfen- und Prinzipalsvertreter zugestimmt hatten — wonach bekanntlich in tariftreuen Druckereien nur Gehilfen eingestellt werden sollten, die in solchen zuletzt gearbeitet oder ausgelernt hatten —, 15 Nichtmitglieder zur Aufnahme.

Über die Bestrebungen einer Bezirks-Innung, deren Vorsitzender und Hauptverfechter der Buchdruckereibesitzer W. Bertelsmann-Gadderbaum war, und der als Vorstandsmitglieder noch angehörten: Buchhändler Mohn - Gütersloh, Scholten - Ibbenbüren und Kaeller - Bielefeld, ging die Versammlung zur Tagesordnung über. W. Bertelsmann war der Einladung zu dieser Versammlung nicht gefolgt.

Gegen die Lehrlingszüchterei erschien Anfang 1891 ein Flugblatt, das sich über die Verhältnisse im Buchdruckgewerbe

verbreitete. Dasselbe sollte den Zeitungen beigelegt werden, was aber nur von der „Volkswacht“ geschah; das „Tageblatt“ hielt das Flugblatt als Beilage nicht für geeignet, und die anderen Redaktionen gaben keine Antwort.

Die Tarifbewegungen von 1890 und 1891/92 verliefen in Bielefeld im Sande. Auf ein Schreiben des Vorstandes an die Prinzipale wegen Anerkennung des 1890 er Tarifs, der für Bielefeld allerdings nur unwesentliche Änderungen gegenüber dem Tarif von 1886 brachte, blieb die Antwort aus. Der Ortsverein rief eine Tariffkasse ins Leben und beschloß die Erhebung einer Extrasteuer von 25 Pf., die später auf 40 Pf. und im Dezember 1891 von der Bezirksversammlung auf 1 M. erhöht wurde. Auch begeisterten sich die Mitglieder für die in Aussicht genommene Beteiligung am Rheinisch-Westfälischen Buchdruckertag zur Demonstration für Verkürzung der Arbeitszeit am 19. April 1891 in Düsseldorf. Von dieser Begeisterung ist aber nur die Absendung eines Begrüßungstelegramms übriggeblieben; ebenso begrüßte Detmold den Demonstrationstag, dem viele Gaue und Städte aus dem Reiche Zustimmungstelegramme sandten. An der Generalversammlung des Unterstützungsvereins der Deutschen Buchdrucker 1891 in Berlin und an der außerordentlichen 1892 in Stuttgart, auf welcher letzterer unsere Organisation wieder den Namen „Verband der Deutschen Buchdrucker“ erhielt, nahm Kollege Otto Mirow als einer der Gaudelegierten teil. Das 25 jährige Verbandsjubiläum feierte der Ortsverein mit dem 1891er Bezirks-Johannisfest in Bielefeld.

Die Depression, die nach 1886 nicht nur hier, sondern in ganz Rheinland-Westfalen Platz gegriffen hatte, war 1891 noch nicht völlig gewichen, deshalb war es begreiflich, daß an Stelle der Kampflust von 1886 Uneinigkeit und Mutlosigkeit trat, so daß die Antwort der größten Druckerei am Platze, Velhagen & Klasing, sie beabsichtige den Neunstundentag nicht einzuführen, mit Groll, aber sonst ruhig aufgenommen wurde. Die „Bielefelder Post“ und der „Wächter“ bewilligten eine 9 ½ stündige Arbeitszeit, während die „Volkswacht“ - Bielefeld und Metzenthin-Detmold den Neunstundentag einführten. Bei den Firmen Gundlach und Eilers war nichts zu erreichen. Das passive Verhalten des Ortsvereins beim 1891/92er Streik, das im Einverständnis mit dem Zentralvorstand vor sich ging,

rief in den Versammlungen noch mehrfach heftig erregte Auseinandersetzungen hervor.

Nach der nach zehnwöchiger Dauer des Streiks eingetretenen vollständigen Niederlage des Verbandes, dem gegenüber das gesamte Unternehmertum die Buchdruckprinzipale materiell wie ideell unterstützt hatte, trat überall eine radikalere Gesinnung hervor. Die Bezirksversammlung am 24. Januar 1892 in Herford schloß nach dem Hoch auf den Neunstundentag mit dem Absingen der Marseillaise — ein bisher in unseren Versammlungen fremdes Ereignis. Überhaupt wandte der Ortsverein der allgemeinen Arbeiterbewegung, die nach dem Fallen des Sozialistengesetzes sich überall wieder stark regte, lebhafteres Interesse zu als vordem. — Zur Erweiterung der Bibliothek wurden 50 M. ausgesetzt, begleitet von dem Wunsche, bei der Auswahl der Bücher in der Hauptsache Arbeiterliteratur zu berücksichtigen.

Eine Listensammlung in den Bielefelder Fabriken zur Unterstützung der Neunstundenkämpfer der Buchdrucker brachte 896,10 M. Gerade kein imponierender Erfolg! Der solidarische Opfersinn der Buchdrucker ist aber dadurch nicht beeinflußt. Der Ortsverein überwies den arbeitslosen Kollegen in Frankfurt a. M. 100 M. aus der Tariffkasse. Der in der Bezirksversammlung hier anwesende Zentral-Vorsitzende Döblin nahm 400 M. aus der Tariffkasse mit. Ein gefaßter Beschluß forderte, alle verfügbaren Gelder sofort nach Berlin zu senden. Die vom Zentralvorstande ausgegebenen Maimarken für die Opfer des Neunstundenkampfes fanden gute Abnahme, einen übriggebliebenen Rest von 40 M. übernahm die Ortskasse.

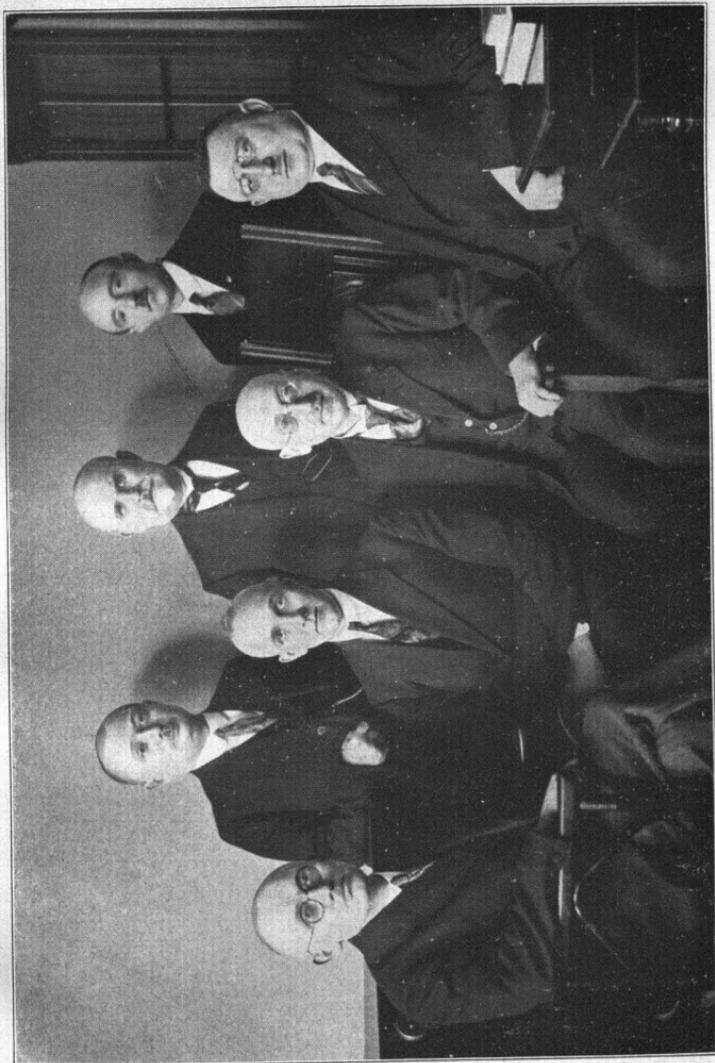
Bei der Vorstandswahl 1892 blieb Kollege Mirow in der Stichwahl mit 17 gegen 20 Stimmen in der Minderheit, an seine Stelle trat Kollege Heinrich Bettenworth; Schriftführer wurde Kollege P. Reichenbach, Beisitzer Kollege Thomas, Kassierer und Bibliothekar blieben die seitherigen.

Am Halberstädter Gewerkschaftskongreß im März 1892, wo u. a. die Gründung einer „Graphischen Union“ ins Auge gefaßt wurde, hat Kollege Mirow als Delegierter teilgenommen.

Dieses Jahr brachte die Gründung des „Graphischen Gesangsvereins Bielefeld“, die auch mit als Mittel zum Zweck des Zusammenschlusses der Organisierten im graphischen Gewerbe gedacht war.

1893 wurde in den Vorstand als Schriftführer A. Peschel und als Beisitzer H. Sittig an Stelle der vorjährigen gewählt. Das 1892 mit 15 angeschlossenen Gewerkschaften ins Leben getretene Kartell, dem als erster Vertreter unserer Organisation Kollege H. Beckmann angehörte, billigte den Buchdruckern für das am 1. Juli 1893 inkrafttretende Gewerbegericht in Bielefeld drei Nominierungen für Beisitzer-Sitze zu. Die Metallarbeiter hatten angeregt, das gesamte Herbergs- und Versammlungswesen bei Gastwirt Kahl am Kesselbrink zu konzentrieren, welchem Beschluß das Gewerkschaftskartell beitrug. Der Ortsverein beschloß, nachdem sein Vertreter sich schon dagegen gewandt, den Kartell-Beschluß als für sich nicht bindend zu betrachten. Der Vereinswirt Rolfsmeyer erklärte sich bereit, die reisenden Buchdrucker zu beherbergen. Für den „Graphischen Gesangverein“ bewilligte der Ortsverein einen Zuschuß von 10 Pf. pro Mitglied und Monat vorläufig auf ein Jahr. Diese Subventionierung wurde in den folgenden Jahren bis 1898 weiter geleistet.

In der Detmolder Bezirksversammlung vom 28. Mai 1893 wurde die Anregung, einen Versuch zu unternehmen, in Paderborn Mitglieder für die graphischen Verbände zu gewinnen, zum Beschluß erhoben. Eine allgemeine graphische Versammlung in Paderborn sollte als Bezirksversammlung gelten. Die Bielefelder Teilnehmer fuhrten wieder wie 1885 in drei Wagen (diesmal ohne Unfall!) in der Frühe des 6. August 1893 zum Versammlungsort. Wie die Aussichten für das Unternehmen standen, erfuhr man auf der Fahrt schon in Neuhaus, bis wohin ein Paderborner Kollege mit dem tags vorher erschienenen „Westf. Volksblatt“ den Gästen entgegengekommen war. Das waschechte Zentrumsblatt seiner Zeit brachte unter großer fetter Überschrift einen Artikel, in dem die Paderborner vor den Bielefelder ††† Sozialdemokraten gruselig gemacht und vor dem Besuch der Versammlung gewarnt wurden. Bei der Eröffnung der von 120 Personen besuchten Versammlung stellte sich dann auch heraus, daß außer einer Anzahl von angehenden Theologen vom Paderborner Priesterseminar, Nichtorganisierte der graphischen Berufe fern geblieben waren. Vor Eintritt in die Tagesordnung unterzogen die Kollegen Mirow und Kleintje-Bielefeld sowie Obier-Detmold den Volksblatt-Artikel einer derben Kritik. Dem folgten beifällig aufge-



Der Vorstand 1927

Stehend: Robert Hoffmann, 1. Schriftführer. August Holz, Kassierer, Paul Klähn, 2. Schriftführer.
Sitzend: Wilhelm Herksträter, 1. Vorsitzender. Ernst Becker; Louis Ernst, Beisitzer. Karl David, 2. Vorsitzender.

nommene Referate von den Kollegen Bettenworth (für die Buchdrucker), Obier (für die Lithographen und Steindrucker) und Geißler (für die Buchbinder). Die anwesenden Theologen beteiligten sich trotz wiederholter Aufforderung nicht an der Diskussion. Von einer in Hamm tagenden Buchdrucker-Versammlung des Bezirks Dortmund lief ein Begrüßungstelegramm ein. Eine im folgenden Jahre in Paderborn wiederholte allgemeine Versammlung mit den Referenten Bettenworth, Kunkel und Mirow hatte wiederum keinen Erfolg. Es meldeten sich nach Schluß zwei Mann zur Aufnahme, deren Wünsche jedoch nicht stattgegeben werden konnte, denn es waren keine Buchdrucker, sondern — Maler! Gewerkschaftskartellvertreter war 1894 Kollege O. Mirow, Stellvertreter Kollege H. Sittig.

Die Mitgliederversammlung vom 14. Februar 1891 hatte folgenden Antrag angenommen: „Bezirk Bielefeld beantragt, der Gau Rheinland-Westfalen möge beim Zentralvorstand dahin wirken, die Zahlstelle Paderborn aufzuheben bzw. nach Bielefeld zu verlegen.“ Die Zahlstelle wurde mit dem 1. Mai 1894 in Bielefeld ins Leben gerufen; als erster Reisekassenverwalter fungierte Kollege Paul Reichenbach. Die im Vorjahre eingeführte Extraunterstützung für Reisende konnte aufgehoben werden.

Von diesem Jahre an begannen die Veranstaltungen von populär-wissenschaftlichen und anderen Vorträgen in den Mitgliederversammlungen, welche Einrichtung ständig beibehalten ist; sie hat sich nutzbringend bewährt.

In der Maiversammlung sprach der Ortsverein „seine Entzündung über das Vorgehen der Geschäftsleitung der ‚Volks-wacht‘, betr. Nichtbezahlung des Lohnes für den 1. Mai“ aus. Die Angelegenheit wurde später zur Befriedigung der Beteiligten geregelt. —

Die Anträge auf Gründung einer Gau-Witwenkasse und Zuschußkasse für Konditionslose, die die Mitgliedsversammlungen des Ortsvereins und Bezirks recht viel beschäftigt hatten, lehnte der Gautag ab. Die üblichen freiwilligen jährlichen Sammlungen für die Witwen im Bezirk fanden darum fernerhin statt. Sie haben manche Not gelindert.

Eine Filiale des Gutenbergbundes etablierte sich auch in Bielefeld, die bei Gründung zwölf Mann stark war (neun von

Siedhoff und drei vom „Tageblatt“). Während der nächsten zwei Jahre vermehrte sich der Bund noch um einige Mitglieder, um dann spurlos von der Bildfläche zu verschwinden. Am 7. Oktober 1894 sprach der Verbandsvorsitzende Döblin in einer Allgemeinen Buchdruckerversammlung, zu der auch an die Gutenbergbündler Einladungen ergingen. Diese hatten aber, wie sie brieflich mitteilten, in einer „gut besuchten“ Versammlung beschlossen, der Einladung nicht zu folgen. Für einen Streik der hartbedrängten Bielefelder Seidenweber und -weberinnen bewilligte der Ortsverein 50 M.; ferner beschloß er die Erhebung eines wöchentlichen Beitrages von 25 Pf. während der Dauer des Ausstandes.

Im September 1894 verließ der seitherige Schriftführer Peschel Bielefeld; an seine Stelle trat Kollege Ed. Durigo. — An der Verbands-Generalversammlung **1895** in Breslau nahm der Ortsvereins-Vorsitzende Kollege Bettenworth als Delegierter teil. Nach der oben erwähnten Allgemeinen Versammlung am 7. Oktober 1894 erhielt die Prinzipalskassen-Angelegenheit, die vorher schon wiederholt erörtert war, erhöhte Beachtung; namentlich stand ein Verbandsmitglied, der stellvertretende Faktor von der Druckerei Velhagen & Klasing, wiederholt im Mittelpunkt von Anklagen, weil er für die Kasse agitiert haben sollte. Anfang 1896 erlangte ein Versammlungsbeschluß Gültigkeit, wonach die der Prinzipalskasse angehörigen Mitglieder aufzufordern seien, aus der Kasse auszutreten, andernfalls ihr Ausschluß aus dem Verbandsverbande beantragt werden müßte. In Konsequenz dieses Beschlusses galten die vier Mitglieder der Prinzipalskasse, die bei Velhagen & Klasing konditionierten, als ausgeschlossen.

Nachdem der Ortsvereinsvorsitzende H. Bettenworth 1895 zum besoldeten Gauverwalter gewählt war, erhielt bei der Vorsitzendenwahl im Oktober Kollege Mirow von 52 abgegebenen Stimmen 40. Er nahm die Wahl an.

Die Einführung des „Korrespondent“-Obligatoriums erhielt auch in diesem Jahre wie schon früher nicht die Mehrheit der Stimmen. Bei der Vorstandswahl von **1896** trat an Stelle von Ed. Durigo als Schriftführer Th. Dieckmann, und für H. Sittig wurde als Beisitzer R. Kunkel gewählt.

Zur Einleitung der 1896er Tarifbewegung fand am 5. März 1896 eine Allgemeine Buchdruckerversammlung statt. Nach

dem Referate des Kollegen E. Schoreck-Essen fand folgende Resolution einstimmige Annahme (die anwesenden vier Gutenbergbund-Mitglieder enthielten sich der Abstimmung):

Die von etwa 130 Kollegen besuchte Allgemeine Buchdruckerversammlung erklärt sich mit der Leipziger Resolution voll und ganz einverstanden; Versammlung erklärt ferner, den aus den Beratungen zwischen Prinzipals- und Gehilfenvertretern voraussichtlich hervorgehenden Tarif mit allen Kräften zur Einführung bringen zu helfen und hält auch für Bielefeld eine Erhöhung des Lokalzuschlages in Anbetracht der hiesigen Teuerungsverhältnisse für durchaus berechtigt.

Die Versammlung beschloß die Erhebung einer freiwilligen wöchentlichen Tarifsteuer von 25 Pf.

Am 15. März berichtete die in obiger Versammlung gewählte Kommission: Auf ihr Rundschreiben an die Prinzipale, worin diesen die Beschlüsse der Allgemeinen Versammlung vom 5. März mitgeteilt und sie um Erklärung ihrer Stellungnahme zur Leipziger Resolution gebeten worden waren, antworteten die Firmen Velhagen & Klasing und E. David in wohlwollendem Sinne, die Firmen F. Eilers und E. Gundlach hätten von ihren Setzern und Druckern den Austritt aus dem Verbandsverbande gefordert bzw. mit Maßregelungen gedroht, während W. Bertelsmann-Gadderbaum seine drei Setzer, die der Aufforderung, ihr Votum zu der Versammlungs-Resolution zu widerrufen oder aus dem Verbandsverbande auszutreten, nicht nachgekommen waren, gemäßregelt habe. Alle anderen Firmen hätten nicht geantwortet.

Das rücksichtslose Vorgehen von W. Bertelsmann-Gadderbaum verfiel der allgemeinen Verurteilung, während nach erfolgter mündlicher Aussprache die angedrohten Maßregelungen von den Firmen F. Eilers und E. Gundlach sich für uns in günstigerem Lichte zeigten. Daß die Tarifverhandlungen durch Beschluß der Vertreter des Deutschen Buchdruckervereins und des Verbandes auf die zweite Hälfte des Monats April verschoben worden waren, löste einige Unzufriedenheit aus. — Als Vertreter unseres Kreises waren die Kollegen Bettenworth-Essen bzw. Hohns-Krefeld nominiert und gewählt. — Ein zu Gunsten der Tariffkasse veranstalteter „Familienabend“ brachte einen Betrag von 68,70 M.

Die ausständigen Maurer erhielten 25 M. aus der Ortskasse bewilligt; ferner beschloß der Ortsverein die nochmalige Ausgabe von Sammelisten für die gemäßregelten Dürkoppischen Arbeiter.

Das Ergebnis der in Leipzig vom 15.—17. April stattgefundenen Tarifverhandlungen (9 ½ stündige Arbeitszeit, 2 Pf. Erhöhung des Tausendpreises) suchte in einer Allgemeinen Versammlung am 21. April der Gehilfenvertreter Kollege Bettenworth-Essen schmackhaft zu machen: Trotz aller Anstrengungen war es nicht möglich, mehr herauszuholen. Um nur diese minimalen materiellen Zugeständnisse aufrecht zu erhalten, habe man sich bezwingen müssen, auch der Sonderstellung der Drucker zuzustimmen, wonach diese die Verkürzung der Arbeitszeit für die Woche auf einen Tag oder für mehrere Wochen auf einmal zugesagt bekommen hätten; ebenso sei es mit der Zustimmung zu dem Bestehenbleiben des alten Verhältnisses in Städten unter 20 000 Einwohnern gewesen. Größer seien die ideellen Errungenschaften zu bewerten. In der Diskussion kam besonders der Unmut der Drucker zum Ausdruck, die durch die ihnen gewordene Stellung als „Kollegen zweiter Klasse“ gestempelt seien. — Die Abstimmung über die vom Referenten vorgeschlagene Resolution der Gehilfenleitung hatte ein negatives Resultat, weil nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Versammlungsbesucher an dieser Abstimmung teilnahm.

Es folgt nun für den Ortsverein eine Periode unliebsamen Gedenkens. Die Spaltung der Geister, die im Verborgenen schon längere Zeit bestand, trat gelegentlich der Wahl des Festlokals für das 1896er Johannisfest offen zutage und führte dahin, daß vom Ortsverein zwei Johannisfeste an ein und demselben Tage, eins in Bielefeld auf dem Johannisberge und eins in Herford auf der „Berghlust“ gefeiert wurden! — Die Veranlassung war: Die sozialdemokratische Partei Bielefelds hatte einen Boykottbeschluß gefaßt, nach dem die organisierten Arbeiter nur bei den Saalwirten Feste feiern sollten, die auch der Partei ihre Säle zu Versammlungen freigaben. Weil der Johannisberg für politische Zwecke keiner Partei überlassen wurde, also gewissermaßen neutral sei, vertrat ein Teil der Kollegen die Ansicht, der Boykottbeschluß käme hier nicht in Betracht und brachte als Festlokal den Johannisberg in Vorschlag. Die Gegenseite setzte sich für den Wellmannschen Bretterbau an der Gütersloher Straße ein. Ein Vorstandsvorschlag, die Abstimmung aufzuschieben und eine Kommission zu wählen, um über die Lokalfrage eine Ver-

ständigung herbeizuführen, wies die betreffende Versammlung gegen 3 Stimmen zurück. Darauf stimmten für den Johannisberg 24, für Wellmann 18, und als ein Antrag: „Versammlung beschließt zur Feier des Johannisfestes Abstand zu nehmen vom Johannisberg und Wellmann“ der Ablehnung verfiel, verließ eine Anzahl Versammlungsbesucher demonstrativ das Lokal. Auf Protest von Mitgliedern in den Druckereien F. Eilers und E. Gundlach, die die Einladungszirkulare nicht vorschriftsmäßig rechtzeitig erhalten hatten, fand 8 Tage später nochmals eine Abstimmung über die Lokalfrage statt. Nach erregter Debatte stimmten 32 für den Johannisberg und 25 dagegen. Wieder verließ die Minorität die Versammlung. Die Starrheit, mit der beide Richtungen an ihren Ansichten festhielten, ist zu erklären aus der einseitigen Stellungnahme fast aller sozialdemokratischen Parteiblätter wie insbesondere auch der Bielefelder „Volkswacht“ gegen die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker, und die Tatsache kann nicht bestritten werden, daß dieser Kampf gegen Zentralvorstand und Tarifgemeinschaftsanhänger nicht immer fair geführt worden ist. In einer Mitgliederversammlung am 10. Juni, die sich mit dem Streit Zentralvorstand gegen Korrespondentredakteur Gasch beschäftigte, mußte sich z. B. der Vorsitzende gegen einen tendenziösen Bericht der „Volkswacht“ über eine in Essen stattgefundene Allgemeine Buchdruckerversammlung, die gelegentlich der Bezirksvorsteher-Konferenz dort stattfand, wenden und die gegen seine Person gerichteten unwahren und unberechtigten Angriffe energisch zurückweisen. Dieser Bericht war dem Berliner „Vorwärts“ entnommen. Die längere Aussprache über die Streitsache Zentralvorstand—Gasch zeitigte bei vier Stimmhaltungen folgende ohne Widerspruch angenommene Resolution des Kollegen Kunkel:

Die heutige Mitgliederversammlung des Ortsvereins Bielefeld erklärt sich entschieden gegen die Berliner Abmachungen und hauptsächlich gegen die Festlegung des Tarifs auf fünf Jahre. Ferner erklärt sich die Versammlung mit der Haltung des „Korrespondenten“ voll und ganz einverstanden, hätte aber gewünscht, daß der Redakteur schon vor dem 15. Mai öffentlich dieselbe Stellung eingenommen wie heute. Um eine definitive Klärung der Angelegenheit Zentralvorstand kontra Gasch herbeizuführen, fordern die Mitglieder den Zentralvorstand auf, schleunigst eine außerordentliche Verbandsgeneralversammlung einzuberufen. Der Gehilfenvertreter des Kreises II wird aufgefordert, sein Mandat niederzulegen.

Für Beschickung einer kombinierten Gaubezirksversammlung in Düsseldorf, wo Gasch und Zentralvorsitzender Döblin als Referenten anwesend sein sollten, erklärten sich in der Urabstimmung 84 dafür und 17 dagegen. Als Delegierte wurden darauf die Kollegen Kunkel und Mirow gewählt. Bei der Berichterstattung kam seitens des Delegierten Kunkel zum Ausdruck: eine Aufklärung habe die Versammlung nicht gebracht, da von den angekündigten Referenten Gasch und Döblin nur der erstere anwesend war. Delegierter Mirow sprach über Geist und Ton, der in der Versammlung geherrscht; diese hätten auf ihn keinen guten Eindruck gemacht. Zu einer Stellungnahme für oder gegen Zentralvorstand bzw. Gasch sei es nicht gekommen, weil ein Antrag Annahme fand, über keine der eingebrachten Resolutionen abzustimmen. Der Gaudelegierte vom Berliner Gewerkschaftskongreß, Kollege Reichenbach-Bielefeld, der der Düsseldorferversammlung ebenfalls beigewohnt hatte, dort aber nicht zur Berichterstattung gekommen war, gab wiederum seiner vom Delegierten Mirow abweichenden Auffassung Ausdruck. — Aus all diesem ist ersichtlich, wie zerfahren die Lage in Bezug auf den neuen Tarif bzw. die Tarifgemeinschaft war, und es war weiter nicht verwunderlich, daß im Vorstände Vorsitzender, Schriftführer und Beisitzer ihre Ämter im Bielefelder Ortsverein niederlegten. Auf vielfaches Ersuchen erklärte sich schließlich der Vorsitzende und danach auch Schriftführer und Beisitzer bereit, bis nach der Haller Verbands-Generalversammlung weiter zu amtieren. Zu dieser Generalversammlung war Kollege Kunkel-Bielefeld vom Gau delegiert. Er konnte sein Mandat aus geschäftlichen Gründen aber nur teilweise — zu Beginn — ausüben. An seine Stelle war dann der Gehilfenvertreter Kollege Bettenworth-Essen nach Halle berufen. In der Bielefelder Bezirksversammlung vom 26. Juli erstatteten beide Bericht. Kollege Kunkel war bestrebt nachzuweisen, daß, wenn Gasch in Halle auch ausgeschlossen sei und sich unmöglich gemacht habe, die sachlichen Gründe der Tarifgemeinschaftsgegner nicht widerlegt seien. Eine ganz gegenteilige Ansicht von Kunkel vertrat der stellvertretende Delegierte Bettenworth: es seien in Halle aus Tarifgegnern Tariffreunde geworden. Das Gebaren von Gasch wäre geradezu kläglich gewesen. In der Diskussion verwahrt sich Kunkel gegen eine ihm gegenüber

von Bettenworth gemachte Äußerung, er habe mit seinem Referat Propaganda gegen die Tarifgemeinschaft machen wollen. Bettenworth weist die ihm gemachten Vorwürfe wegen seiner Teilnahme an den Tarifverhandlungen zurück und belegt ziffernmäßig, nicht von der Majorität der ihn Gewählten zum Rücktritt aufgefordert zu sein.

So war zu verstehen, daß die Ansichten für und gegen Tarifgemeinschaft unter den Mitgliedern des Ortsvereins ins Gewicht fallende Änderungen nicht erfuhren. Erst die Anwesenheit des Verbandsvorsitzenden Kollegen Döblin, dergleichen seiner Rundreise durch Rheinland-Westfalen auch in Bielefeld am 6. November in einer Allgemeinen Buchdruckerversammlung einen einstündigen Vortrag hielt, nach dessen Beendigung ihm zwar die Kollegen Kunkel und Reichenbach und der Gewerkschaftskartell-Vorsitzende Geschäftsführer der „Volkswacht“ Bruno Schumann heftig entgegentraten, änderte merklich die Stellungnahme zu Gunsten des neuen Tarifs. Und als in einer Allgemeinen Versammlung am 20. November Kollege Eifler vom Zentralvorstand die Bielefelder Kollegen aufforderte: wie in ganz Rheinland-Westfalen auch hier die Einführung des 1896er Tarifs zu verlangen, fand eine diesbezügliche Resolution gegen 9 Stimmen Annahme. Erfreulicherweise konnten in der Versammlung am 28. November die Vertreter aller in Betracht kommenden Druckereien (mit Ausnahme von F. Eilers) günstiges berichten: Der Tarif wurde in Bielefeld weiter anerkannt bei E. Gundlach, H. Kampmann („Wächter“), „Bielefelder Post“, E. David, W. Consemüller, R. Manninger, „Neue Westfälische Volkszeitung“ (E. Siedhoff) — hier durch Vermittelung des Pastors v. Bodelschwingh. Die Kollegen von F. Eilers (6 Mann) traten am 5. Dezember in Streik. Auch in der Druckerei von Siedhoff war an diesem Tage ein Konflikt ausgebrochen, indem S. zwei älteren Setzern, die für Anerkennung des Tarifs besonders tätig gewesen und einem jüngeren Drucker ohne Angabe von Gründen gekündigt hatte, was als Maßregelung angesehen und bei allen Verbandsmitgliedern begreifliche Entrüstung auslöste. Die in Aussicht stehende Aussperrung der beiden Kollegen rief mehrere Zwischenfälle hervor: Als am nächstfolgenden Dienstag die „Neue Westf. Volksztg.“ nicht, wie sonst üblich, fertiggestellt war und die Setzer dessen ungeachtet ihre geschäftsordnungs-

mäßig vorgeschriebene Mittagspause innehielten, wurden sie beim Wiedereintritt von Siedhoff aufgefordert, sein Haus sofort zu verlassen, „weil sie ihrer Pflicht nicht nachgekommen“. Dieser Aufforderung wurde Folge geleistet, nur drei Nichtmitglieder fielen ab. Lohn wollte S. nur für zwei Tage bezahlen, weshalb die Ausgesperrten Klage auf vollen 14tägigen Lohn beim Gewerbegericht einreichen mußten. In den ersten Tagen der Aussperrung gesellten sich nach Feierabend zu den Streikposten viele Arbeiter, so daß es nach und nach zu großen Menschenansammlungen vor der Druckerei kam, bis die Polizei diesem Treiben ein Ende machte. Einige Kollegen haben darum noch resultatlose polizeiliche Vernehmungen über sich ergehen lassen müssen. — Die Druckerei Siedhoff war für den Verband auf mehrere Jahre verloren. Der Ortsverein beschloß zur Unterstützung der Ausgesperrten die Erhebung einer wöchentlichen Extrasteuer von 50 Pf.; ferner wurde beschlossen, für die streikenden Hafenarbeiter in Hamburg Sammellisten in den Druckereien zirkulieren zu lassen. Nach der 96er Aktion ließ der Versammlungsbesuch zunächst wieder nach; aber weil sich das bisher viele Jahre innegehabte Rolfsmeyersche Lokal schon seit langem als zu klein erwiesen hatte, bestimmte man das Restaurant „Harmonie“ als Vereinsheim. Hier hat der Ortsverein eine Reihe von Jahren getagt. In der Bezirksversammlung vom 7. März 1897 in Bielefeld lauteten die Berichte über die tariflichen Verhältnisse aus den einzelnen Orten nicht rosig; nur über die Lehrlingshaltung konnte gegen früher etwas Besserung konstatiert werden. Es wurde zu eifriger Agitation aufgefordert. Am 5. April sprach in einer Allgemeinen Buchdruckerversammlung Kollege Masini, Berlin, der sich auch zu einer Agitationstour zur Erstarkung des Verbandes in Rheinland-Westfalen aufhielt. Die Beiträge zum Gewerkschaftskartell, in dem die Kollegen H. Vogel und W. Zinn die organisierten Buchdrucker vertraten, wurden für die Folge auf die Ortskasse übernommen. Gelegentlich einer Veranstaltung zum Besten der Witwen und Waisen hatte das Komitee den Rademacherschen Saal als Festlokal in Aussicht genommen, worauf der 2. Vorsitzende, Kollege Reichenbach, die Erklärung abgab, ihm und anderen Kollegen sei es nicht möglich, an einem Feste in dem gen. Lokale teilzunehmen; trotzdem hatte eine Versammlung mit

15 gegen 6 Stimmen entschieden, das Lokal beizubehalten, weil der Wirt sich in jeder Weise entgegenkommend zeigte. Das Fest erbrachte einen Überschuß von 97,50 M., und eine freiwillige Sammlung ergab 30,75 M. In diese Summe hatten sich vier Witwen zu teilen.

Die Abhaltung des Festes im Rademacherschen Lokale hatte die Saal-Boykottangelegenheit wieder auf die Tagesordnung einer Ortsvereinsversammlung gebracht, zu der der Redakteur der „Volkswacht“, Hoffmann, eingeladen und erschienen war. Nachdem ein Vertreter des Ortsvereins beim Gewerkschaftskartell sich gegen die Boykott-Resolution der Partei ausgesprochen und der Vorsitzende die mehrfachen unqualifizierten Angriffe, die die „Volkswacht“ besonders in letzter Zeit gegen die Buchdrucker gebracht, verurteilt hatte, suchte Redakteur Hoffmann die Berechtigung des in der „Volkswacht“ gebrauchten Ausdrucks, die Buchdrucker seien „Atavisten“, zu beweisen. Redner machte der Buchdruckerorganisation den Vorwurf, sie habe, vom Standpunkt der klassenbewußten Arbeiterbewegung aus betrachtet, zu wenig geleistet. Gegen diese Ausführungen kam noch ein Kollege zu Wort, dann mußte die Diskussion abgebrochen werden, weil Redakteur Hoffmann mit dem Mittagszuge verreisen wollte. Zu einer zweiten Versammlung, in der die Aussprache über die Boykottfrage zu Ende geführt werden sollte, war Redakteur Hoffmann nicht erschienen. Die Versammlung faßte einen Beschluß, H. nochmals einzuladen*).

Gauvorsteher E. Müller-Essen sprach am 7. November 1897 in der Bezirksversammlung in Bielefeld. Redner schilderte den Einfluß des Verbandes auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Gewerbe von seinen ersten Anfängen bis zur Gegenwart. Auf die letzten Ereignisse übergehend, konstatierte der Vortragende, daß von der vielgenannten Opposition in Rheinland-Westfalen nichts mehr zu spüren sei und sprach sich günstig über die Tarifgemeinschaft aus. Die Bedenken gegen dieselbe, die er auf der Haller Außerordentlichen Generalversammlung noch gehegt und ausgesprochen, hätten sich

*) Aus dem Protokollbuch geht nicht hervor, ob über diese Angelegenheit in einer späteren Ortsvereinsversammlung in Gegenwart des Redakteurs Hoffmann verhandelt worden ist.

nicht erfüllt. Zum Schluß unterzog der Gauvorsteher die von gewisser Seite (Gasch und Genossen) gegen den Verband gerichteten Angriffe einer scharfen Kritik.

Die Vorstandswahl von 1898 ergab folgende Änderung: An Stelle des 1. Schriftführers Th. Dieckmann trat Kollege Aug. Holz, und für Kollegen E. Koch übernahm Kollege L. Ernst die 2. Bibliothekarstelle. Als Vertreter im Gewerkschaftskartell fungierte an Stelle des Kollegen Vogel der Kollege Platz. Im Januar brach bei der Firma E. Gundlach ein Tarifkonflikt aus. Schon im Sommer 1897 war unser Vertrauensmann wegen verschiedener Differenzen mit Gundlach gemaßregelt worden. Eine Versammlung riet aber aus taktischen Gründen von einem sofortigen Vorgehen ab. Nun hatten sich die bei der Firma beschäftigten Buchbinder in einer Eingabe um Verkürzung ihrer Arbeitszeit, „um nicht Arbeiter zweiter Klasse zu sein“, auf die Buchdrucker, anstatt auf die anderen Buchbindergeschäfte am Orte, wo die 9½ stündige Arbeitszeit schon eingeführt war, berufen. Durch diese Eingabe sah sich Gundlach veranlaßt, in seinem Geschäft eine einheitliche Arbeitszeit auf Kosten der Buchdrucker einzuführen. Eine vom Ortsverein versuchte Kompensierung, für die verlängerte Arbeitszeit unserer Kollegen Überstundenbezahlung zu bewilligen, wozu auch der Prinzipals-Vorsitzende des Tarifamts, Kommerzienrat Büxenstein-Berlin, die Firma aufforderte, hatte keinen Erfolg. Die meisten der bei Gundlach beschäftigten Mitglieder, die die neue Geschäftsordnung nicht unterschrieben, verfielen der Aussperrung; einzelne traten aus dem Verbands aus. Die Firma Gundlach wurde aus der Tarifgemeinschaft gestrichen.

Das Gewerkschaftskartell bewilligte für die Ausgesperrten 50 M., und auf Antrag des Kassierers wurde festgesetzt, den Nichtbezugsberechtigten am Orte 50 Pf., den bezugsberechtigten Unverheirateten 1 M. und den Verheirateten 2 M. zu der statutenmäßigen Unterstützung zuzusprechen. —

Einige der in der „Volkswacht“ beschäftigten Mitglieder hatten zum 12. März 1898 eine Öffentliche Buchdruckerversammlung einberufen, in der als Referent der frühere „Korrespondent“-Redakteur und Tarifgemeinschaftsgegner Arthur Gasch prechen sollte. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht. Als lange über die festgesetzte Anfangszeit ein Tele-

gramm bekannt gegeben wurde, der Referent sei unterwegs am Erscheinen verhindert worden, brach schallendes Gelächter aus, und die Versammlung löste sich auf. Die „Volkswacht“ brachte darauf einen Bericht, nach dem die Majorität der Versammlungsbesucher, d. h. die Anhänger der Tarifgemeinschaft, die Mitteilung vom Nichterscheinen Gaschs mit einem „Indianergeheul“ beantwortet hätte und als „politische Kindsköpfe“ bezeichnet wurden. In der nächsten Ortsvereinsversammlung bedauerte der Vorsitzende in Bezug auf obige Vorgänge, daß man es mit der Öffentlichen Versammlung nicht habe bewenden lassen, daß man vielmehr die Buchdrucker vor der Öffentlichkeit wieder habe anpöbeln müssen. Hierüber entstand eine über vierstündige, oft ins Persönliche neigende aufgeregte Auseinandersetzung. Eine aus der Mitte dieser Versammlung heraus eingebrachte Resolution, worin unter Berufung auf § 1 des Verbandsstatuts gegen den anmaßenden und gehässigen Ton der „Volkswacht“ den organisierten Buchdruckern gegenüber protestiert und der Wille hervorgehoben wurde, fest auf dem Boden des Statuts zu verharren und einzig und allein die von der Mehrheit gefaßten Beschlüsse anzuerkennen, was auch insbesondere von den Kollegen in der „Volkswacht“, solange sie eben Mitglieder des Verbandes seien, unbedingt zu verlangen sei, wurde mit 27 gegen 13 Stimmen angenommen.

Bemerkt sei, daß hierauf die beiden Kartelldelegierten ihr Mandat niederlegten. —

Eine Änderung im Verhalten der „Volkswacht“ gegenüber den Buchdruckern ist trotz allen Protestierens und Resolutionierens des Ortsvereins vorerst nicht eingetreten. Erst der Siegeszug des Tarifgedankens bei den anderen Gewerkschaften und besonders, als später Karl Severing bedeutenden Einfluß auf die „Volkswacht“ gewonnen, wurde das geschilderte Verhältnis in zunehmendem Maße ein besseres. Am 19. Oktober 1898 referierte in einer Öffentlichen Allgemeinen Buchdruckerversammlung Gauvorsteher Schumann-Essen. Daß die Vorteile des Tarifs von 1896 bisher noch nicht allen Gehilfen teilhaftig würden, läge vielfach an dem Verhalten der betreffenden Kollegen selbst, weshalb Redner die anwesenden, noch nicht nach dem Tarif Entlohnten dringend bat, an ihre Prinzipale die Forderung auf schriftliche An-

erkenntnis des Tarifs zu stellen. Hieran anschließend unterzog der Vorsitzende des Bielefelder Ortsvereins das Verhalten der Gehilfen bei J. D. Küster („Tageblatt“) einer berechtigten Kritik. Prinzipal E. David bespricht unter Anführung einiger Beispiele das Überhandnehmen der Schmutzkonkurrenz und ersucht um Einreichung einer Petition an die Behörden betr. Vergabung von Druckerarbeiten. Dann fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

Die heutige Allgemeine Buchdruckerversammlung fordert diejenigen Gehilfen, die noch nicht nach dem 1896er Tarif entlohnt werden, dringend auf, unverzüglich wegen Anerkennung und Einführung desselben an ihre Prinzipale heranzutreten. An die betr. Prinzipale richtet die Versammlung das Ersuchen, den 1896er Tarif, der schon an etwa 23000 Gehilfen gezahlt wird, anzuerkennen und endlich in ihren Geschäften einzuführen, um dadurch der Schmutzkonkurrenz den Boden abzugraben. Weitere Schritte behält sich die Gehilfenschaft vor.

Diese Resolution ist den Bielefelder Zeitungen zur Veröffentlichung übermittelt.

Endlich beschloß die Versammlung, an den Magistrat, die Stadtverordneten-Versammlung, Großindustrielle usw. eine begründete Petition zu richten, bei Vergabung von Druckerarbeiten nur die tariftreuen Geschäfte zu berücksichtigen.

In der Dezember-Versammlung 1898 stellten die Vertreter im Gewerkschaftskartell den Antrag auf Bewilligung eines Zuschusses zu den Unkosten der Vergrößerung der „Volkswacht“. Die Mitgliederversammlung lehnte dies ab und beschloß, für den Zweck eine Liste zur Zeichnung freiwilliger Beiträge in den Druckereien zirkulieren zu lassen. Diese Sammlung erzielte einen Betrag von 45,60 M. Bezeichnend für die damalige, immer noch anhaltende Antipathie der „Volkswacht“ gegen die Buchdrucker war, daß auf die Forderung einer öffentlichen Quittung seitens der Geschäftsleitung nichts erfolgte. Erst nach wiederholter schriftlicher Aufforderung kam die Antwort: eine derartige Quittung könne von der Redaktion nur in Form eines Versammlungsberichtes gebracht werden.

Ende 1898 und Anfang 1899 stand in den Versammlungen mehrmals das sogenannte „Verdecktstehen“ in einzelnen Druckereien zur Diskussion, und man einigte sich auf einen Beschluß, „daß Mitglieder in sämtlichen Druckereien Kondition annehmen können, sofern sie tarifliche Bezahlung er-

halten und ihrer Mitgliedschaft nichts entgegensteht. Die Sperre ist aufgehoben. Erkundigungen sind beim Vorstand einzuziehen.“ Damit wurde der Weg zur Ausbreitung frei. In der Bezirksversammlung im Februar 1899 stellte der Vorsitzende fest, daß von dem letzten Vorstoß zur weiteren Einführung des Tarifs im Bezirk wenig zu spüren sei. In Bielefeld schienen bei Gundlach die Verhältnisse für uns sich wieder zu bessern. Eine Differenz bei Siedhoff sei zu unseren Gunsten friedlich beigelegt. Ein bisher verbissener Verbandsgegner, der Buchdruckereibesitzer Bertelsmann-Gadderbaum, habe Frieden geschlossen und beschäftige Mitglieder.

Die Vorstandswahl von 1899 zeitigte nur eine Änderung im 2. Schriftführerposten. Für den Kollegen Weeking wurde Kollege Ernst Koch gewählt.

Auf eine 25 jährige Zugehörigkeit zum Verbandsverband konnten in diesem Jahre die beiden Ortsvereins-Vorsitzenden O. Mirow und P. Reichenbach zurückblicken. Zur Feier dieses Ereignisses hatte das Festkomitee das 1899er Johannifest, das im „Jägerkrug“ stattfand, besonders ausgestaltet. Das Festprogramm sah für den Abend sogar die Veranstaltung einer „richtiggehenden“ Zirkusvorstellung vor, wobei u. a. besonders der „Direktor“ Gottlieb Bücking und die Zigeunerin „Esmeralda“ des Kollegen Th. Ramsbrock brillierten. Leider wurde die Vorstellung durch den abends einsetzenden Gewitterregen stark beeinträchtigt.

Vergessen soll nicht werden, hier hervorzuheben, daß in den Jahren um die Jahrhundertwende die gesellige Kollegialität im Ortsverein in hoher Blüte stand. Für die damals so beliebten „Waldfeste“ hatte der Ortsverein eigens eine Handharmonika angeschafft, die später in mehreren Versammlungen Erwähnung fand, weil der Virtuose, der den „Trecksack“ handhabte und in Verwahrung hielt, diesen „verschoben“ hatte. Für die dänischen ausgesperrten Arbeiter wurden aus der Ortskasse 25 M. bewilligt und beschlossen, den Überschuß von einem zu veranstaltenden „Waldfeste“ hierfür ebenfalls zu verwenden und Sammelisten für denselben Zweck in Umlauf zu setzen. An die ausständigen Lederarbeiter in Wilster gingen ebenfalls 20 M. aus der Ortskasse ab.

Am 21. Oktober 1899 sprach in einer äußerst zahlreich besuchten Allgemeinen Versammlung in Bielefeld Kollege Rex-

häuser in einem inhaltreichen Vortrage über „Die gewerkschaftlichen Bestrebungen der deutschen Buchdrucker-gehilfen“ und fand außergewöhnlich starken Beifall.

Lebhafte Propaganda für den „Korrespondenten“ setzte in der nächsten Bezirksversammlung ein. In derselben Versammlung erfolgte ferner die dringliche Aufforderung, der Befolgung der sanitären „Bundesratsvorschriften“ erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen, was allgemeine Zustimmung fand. Ein neuerdings bei E. Gundlach ausgebrochener Konflikt fand infolge Verhandlung zu Gunsten der Gehilfen Erledigung, während die Verbandsmitglieder der Druckerei F. Eilers wegen Nichtanerkennung des Tarifs herausgenommen und anderweit untergebracht werden konnten.

Die ersten Setzmaschinen im Bezirk hielten in Bünde und Herford ihren Einzug.

1900-1910

Differenzen der Vertreter der Buchdrucker mit dem Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells — Teilnahme an der 500jährigen Gutenberg Jubelfeier in Düsseldorf — Die Tarifrevision von 1901 (Staffeltarif) — Tarifschiedsgericht in Bielefeld — Inslebentreten einer Technischen Abteilung und einer Maschinensetzersparte — Eine Vorstandskrise wegen 1,50 Mk. — Gründung des Maschinenmeistervereins des Bezirks Bielefeld — Die Stellung zur Gründung eines Arbeitersekretariats — Gegen das Verhalten des „Korrespondent“ — Die Liedertafel „Typographia“-Hannover in Bielefeld — Die Hilfsarbeiterfrage — Maßregelung der Reisenden durch den Verkehrswirt! — Ein drohender Konflikt bei E. Gundlach und F. Eilers u. a.

Im April 1900 kam es zu ernsteren Differenzen unserer Vertreter Kollegen H. Kessemeyer und E. Rothe im Gewerkschaftskartell mit dessen Vorsitzenden. Unsere Delegierten hatten an dem üblichen Geschäftsgebaren im Kartell scharfe Kritik geübt und namentlich eine völlig einwandfreie Kassenführung verlangt. Infolge des ungehörigen Tones, den sich der Kartellvorsitzende einem unserer Vertreter gegenüber erlaubt hatte, legte letzterer sein Mandat nieder. Der Ortsverein beschloß die Einladung sämtlicher Gewerkschaftsvorsitzenden nebst Kartellvertretern zu einer gemeinsamen Sitzung. Nach dieser Sitzung trat der Kartellvorsitzende zurück, während unsere beiden Vertreter ihre Mandate weiter ausübten.

Die folgende, nach längerer Debatte einstimmig angenommene Entschliebung, die das Protokollbuch verzeichnet, legt weiterhin Zeugnis ab, welcher Art das Verhältnis zwischen Ortsverein und Kartell auch nach dem geschilderten Zurücktritt des Kartellvorsitzenden damals war:

Versammlung des Ortsvereins protestiert nach Kenntnisnahme (durch Bericht unserer Vertreter) der Verhandlungen der letzten Kartellsitzung aus statutarischen und prinzipiellen Gründen entschieden gegen die dort gefaßte Resolution *). Die statutarischen Gründe hierfür sind die, daß der Verband mit Politik und Religion sich nicht beschäftigt, die prinzi-

*) Aus dem Protokoll ist nicht ersichtlich, was bei Annahme dieser Resolution in Frage kam. Es darf aber als bestimmt angenommen werden, daß es sich um die sog. „Resolution Zenker“ (Kartellvorsitzender) gehandelt hat, nach der zu Funktionären in der allgemeinen Arbeiterbewegung nur politisch und gewerkschaftlich Organisierte wählbar waren.

piellen, daß er sich von keinem ihm nicht Angehörenden in seine Maßnahmen dreinreden und Vorschriften machen läßt. Wir erwarten von der nächsten öffentlichen Gewerkschaftsversammlung die Annullierung des vom Kartell gefaßten Beschlusses, damit nicht in die Gewerkschaften Zwietracht getragen wird.

Bei Nominierung der Buchdrucker-Gewerbegerichtsbeisitzer war neben einem politisch und gewerkschaftlich auch ein nur gewerkschaftlich Organisierter in Vorschlag gebracht. Die nächste Ortsvereinsversammlung wählte aber letzteren nicht, sondern beschloß, zwei gewerkschaftlich und politisch Organisierte zur Wahl zu präsentieren, was wiederum eine längere Debatte auslöste, deren Ergebnis die Annahme der Einbringung eines Antrages zur nächsten Gewerkschaftsversammlung war, wonach auch nur gewerkschaftlich Organisierte als Gewerbegerichtsbeisitzer wählbar sein sollten.

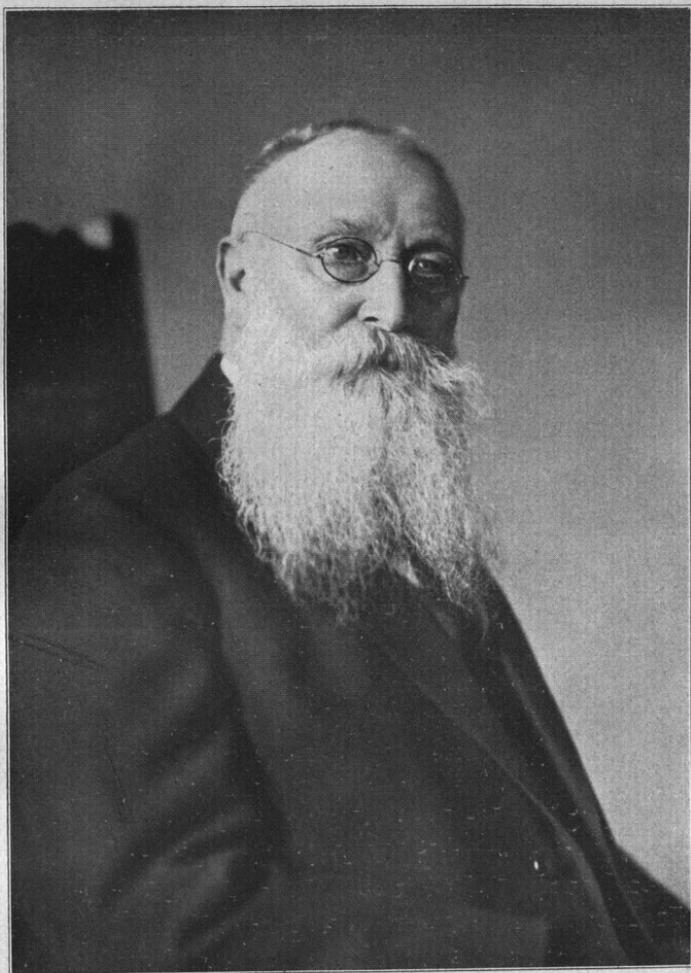
Die vom Gewerkschaftskartell in die Wege geleiteten Bestrebungen auf Errichtung eines Gewerkschaftshauses für Bielefeld fanden im Ortsverein keine Unterstützung.

Pfingsten 1900 beging der Gau in Düsseldorf die 500jährige Gutenberg-Jubelfeier, an der vom Ortsverein etwa 40 Kollegen teilnahmen, wozu noch einige aus dem Bezirk kamen. — Anlässlich der Gutenberg-Jubelfeier richtete der Ortsverein auf Antrag mehrerer Mitglieder eine Eingabe an den Magistrat der Stadt Bielefeld: eine neue Straße oder Platz „Gutenbergstraße bzw. -Platz“ zu benennen. Dieser Eingabe ist später entsprochen. Auch wurde die Anschaffung einer Gutenbergbüste vom Ortsverein beschlossen. —

Mehrere Mitgliederversammlungen sprachen sich gegen den Vorschlag des Gaues auf Errichtung eines Unterstützungs-Umlageverfahrens bei Sterbefällen von Mitgliedern aus.

Die Tarifrevision von 1901 brachte eine Lohnaufbesserung von $2\frac{1}{2}$ %; Bielefeld erhielt einen Lokalzuschlag von $7\frac{1}{2}$ % gegen bisher 5 %. Wenn auch von verschiedenen Seiten gegen das Ergebnis opponiert wurde, so fand doch die folgende Resolution gegen fünf Stimmen Annahme:

Die heute, am 6. Oktober, in Bünde tagende Versammlung des Bezirks Bielefeld bedauert die nur geringen Aufbesserungen, verkennt aber nicht, daß es den Gehilfenvertretern trotz aller Anstrengungen nicht möglich war, mehr zu erringen und erklärt sich mit den Ergebnissen der Tarifabmachungen einverstanden. Die Versammlung spricht dem Gehilfenvertreter des Kreises II, Kollegen Mirow, ihre Anerkennung für sein Verhalten aus.



Otto Mirow
Eingetreten am 5. April 1874 in Elbing
Seit 1912 invalide

TARIFSCHIEDSGERICHT IN BIELEFELD

Schon am 25. Oktober 1901 referierte in einer Allgemeinen Gehilfenversammlung Kollege Mirow über die Errichtung eines Schiedsgerichts in Bielefeld, deren 11 in Rheinland-Westfalen ins Leben treten sollten. Es wurden in dieser Versammlung 3 Gehilfenmitglieder und 2 Stellvertreter gewählt.

Das Schiedsgericht konstituierte sich aber erst in einer gemeinsamen Sitzung am 28. Juni 1902 durch die Prinzipalsmitglieder: Kommerzienrat Wilh. Velhagen-Bielefeld, Vorsitzender; Wilhelm Köhler-Minden und August Meyer-Halle, Beisitzer; Julius Opitz-Bielefeld, Stellvertreter, und die Gehilfenmitglieder: Paul Reichenbach, Vorsitzender; Paul Bockmühl und Louis Ernst, Beisitzer; Friedrich Preß und Wilhelm Schürmann, Stellvertreter, sämtlich in Bielefeld.

Es hat in Bielefeld längerer Zeit bedurft, ehe die neugeschaffenen Institutionen der Tarifgemeinschaft sich Geltung verschafften. So mußte der Verwalter P. Reichenbach zuerst öfter in den Mitgliederversammlungen Klage führen über unordentliche An- und Abmeldung beim Arbeitsnachweis. Die erste Sitzung, in der das Schiedsgericht zu entscheiden hatte, fand zwei Jahre nach der konstituierenden, am 17. Mai 1904 statt, wo 4 Klagesachen Erledigung fanden; die folgende am 5. Oktober 1906, in der 2 Streitfälle zur Verhandlung standen. Dann hob sich das Vertrauen zum Schiedsgericht. Im Jahre 1907 waren 3 Sitzungen mit 7 Klagen, 1908: 3 mit 5, 1909: 1 mit 4, 1910: 2 mit 8, 1911: 1 mit 2, 1912: 4 mit 12, 1913: 3 mit 5, 1914: 4 mit 9 (während des Krieges ist das Schiedsgericht nicht zusammengetreten), 1919: 1 mit 2, 1920: 3 mit 8, 1921: 3 mit 13, 1922: 2 mit 3, 1923 bis 1924 —; 1925: 1 mit 1, 1926: 1 mit 1. Von diesen Klagesachen wurden 54 zu Gunsten der Gehilfen entschieden, 9 fielen zu deren Ungunsten aus, 8 endeten mit einem Vergleich, 11 sind mit Stimmgleichheit abgewiesen, und in 4 Fällen lehnte das Schiedsgericht einen Spruch ab und verwies die Kläger an die ordentlichen Gerichte.

Den Vorsitz führten prinzipalsseitig Kommerzienrat Wilhelm Velhagen von Anfang des Schiedsgerichts 1902—1910, Chefredakteur Alfr. Kaeller 1911—1920, F.C.Bertelsmann 1920, Dr. Kaeller 1921—1923, F.C.Bertelsmann von 1924 an. Gehilfenseitig waren beim Schiedsgericht tätig die Kollegen H. Kessemeyer, Th. Dieckmann, Paul Franz, G. Droste, Otto Mirow, H. Flatterich, Georg Löschner, Ed. Dreyer, Heinrich Weeking, Karl David; als Organisationsvertreter vom V. d. D. B.: W. Lentz, W. Leyser, W. Herkströter, vom Gutenbergbunde Joh. Richter-Paderborn, vom Hilfsarbeiter-Verband Just-Bielefeld. Vorsitzende der Gehilfen waren von 1902 bis 1903 Paul Reichenbach, von 1904 an Louis Ernst. Das Protokollführeramt, das die Gehilfen bekleideten, führte 1902 bis 1903 Louis Ernst, 1904 bis 1911 Th. Dieckmann, 1912 bis 1920 Georg Löschner, von 1921 an Eduard Dreyer. An Stelle des Schiedsgerichts trat anfangs 1923 das Schiedsamt.

Die Einführung des Tarifs am 1. Januar 1902 vollzog sich unter dem Zeichen einer schweren wirtschaftlichen Krisis.

Folgende Firmen in Bielefeld erkannten den Tarif schriftlich an: Becher, E. Gundlach A.-G., Jeziorsky & Koch, Opitz, Velhagen & Klasing und „Volkswacht“. Bertelsmann-Gadderbaum bezahlte wohl nach dem neuen Tarif, erkannte ihn aber nicht schriftlich an. Das „Tageblatt“ (J. D. Küster Nachf.) — alles Nichtmitglieder — machte einige Zugeständnisse: Abschaffung des Berechnens und Bezahlung nach der Altersskala, aber an eine Verkürzung der Arbeitszeit war nicht zu denken, weil die dort Beschäftigten sich noch nicht entschließen konnten, den Tarif voll und ganz zu verlangen. In den Druckereien von Eilers jun. und sen., Grenzmann und anderen kleinen Druckereien war von der Tarif-Einführung nichts zu spüren. Im Bezirk wurde in Detmold der Lokalzuschlag von 5 auf $2\frac{1}{2}$ % herabgesetzt. In Salzuflen hat keine Firma den Tarif schriftlich anerkannt, Lemgo ging ganz verloren, während in Dissen, Halle und Lübbecke nach Tarif bezahlt wurde; dasselbe galt von der Firma Köhler in Minden. Trübe sah es in Gütersloh und Paderborn aus; hier stand die Einführung des Tarifs vorläufig noch in weitem Feld. — Ein Vertrag mit den organisierten Lithographen und Steindruckern zur Mitbenutzung der Bibliothek fand die Zustimmung des Ortsvereins.

Im Vorstand traten bei der Wahl 1902 die nachstehenden Änderungen ein. 1. Vorsitzender: Kollege Paul Bockmühl für Paul Reichenbach; 2. Schriftführer Kollege Th. Dieckmann für Louis Ernst, der für Kollege Ernst Koch den 1. Schriftführerposten übernahm.

Delegierter zur Verbands-Generalversammlung in München: Kollege Otto Mirow-Bielefeld.

Die Versammlung vom 2. August 1902 bewilligt 50 M. für Neuanschaffungen für die Bibliothek.

Im September 1902 wurde als Verkehrslokal für die Reisenden die Wirtschaft Indiestel, Bürgerweg, bestimmt, aber schon im Juni 1903 nach der Zentralhalle, Kesselbrink, verlegt.

Ende 1902 wurde im Ortsverein eine „Technische Abteilung“ gegründet. Der zur Förderung dieser Abteilung gewählte Ausschuß konnte berichten, daß zunächst ein Zeichen-Kursus von etwa fünfmonatiger Dauer in Aussicht genommen und ein tüchtiger Lithograph gewonnen sei, der die Leitung gegen eine monatliche Vergütung von 10 M. übernommen hatte.

Den Meeraner streikenden Webern überwies der Ortsverein 20 M. als Weihnachtsgeschenk.

An Stelle des langjährigen Reisekasseverwalters Kollegen Paul Reichenbach, der wegen Berufswechsels das Amt niederlegte, ging als dessen Nachfolger Kollege Louis Ernst aus der Wahl hervor, und bei der Vorstandswahl 1903 wurde für den Kollegen Dieckmann als 2. Schriftführer Kollege H. Rahmeier gewählt. Das Jahr 1903 brachte, da die „Eisernen“ sich auch hier immer breiter machten, die Gründung einer Maschinensetzersparte. Als Anerkennung seiner Verdienste um die Ausgestaltung der Ortsvereinsfestlichkeiten erhielt der „Graphische Gesangsverein“ 20 M. für Anschaffung neuer Lieder überwiesen.

Gelegentlich des Johannistages 1903 weilten die Osnabrücker Kollegen in Stärke von etwa 30 Personen in Bielefeld. Ihnen zu Ehren versammelte sich der Ortsverein am Festmorgen auf der „Berglust“ zu einem Frühtrunk.

Der Bezirksversammlung vom 30. August 1903 in Paderborn ging eine allgemeine Buchdrucker-Versammlung voraus, in der Gauverwalter Müller-Essen einen Vortrag hielt über „Der deutsche Buchdruckertarif von 1902 und die Einwirkung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse“. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Von gut 100 in Paderborn beschäftigten Kollegen waren 15 in der Versammlung anwesend, von denen sich aber keiner zur Aufnahme meldete.

Einstimmig gewährte eine Versammlung des Ortsvereins den Haller Kollegen die Mitbenutzung der Bibliothek.

Die für den Zehnstudentag kämpfenden Krimitzchauer Textilarbeiter erhielten vom Ortsverein 30 M. und von der Bezirksversammlung 50 M. bewilligt, wozu später noch durch eine ausgeschriebene Extrasteuer 55 M. kamen. Erwähnt sei, daß laut Bericht der Kartellvertreter von den organisierten Buchdruckern in Bielefeld durch freiwillige Geldsammlungen für Streiks 471,25 M. im Jahre 1903 aufgebracht wurden. Infolge der lebhaft einsetzenden Agitation für den „Korrespondent“ hatte ein Antrag Annahme gefunden, wonach die Vertrauensleute der einzelnen Druckereien von Zeit zu Zeit über die Abonnentenzahl Bericht geben sollten. Dieser lautete für 1903: Gundlach 33, Velhagen & Klasing 27, Volkswacht 16, A. v. d. Mühlen und Siedhoff je 5, Becher, Bertels-

mann und Jeziorsky & Koch je 2; außerdem wurden von einzelnen Kollegen einige Exemplare gehalten, so daß auf Bielefeld mit etwa 160 Mitgliedern 100 „Korrespondenten“ kamen. In der ersten Bezirksversammlung 1904 ergab die Feststellung der Zahl der gehaltenen „Korrespondenten“ folgendes Bild: Bünde 2, Detmold 32, Dissen 4, Halle 6, Herford 9, Lage 1, Lübbecke 4, Minden 5, Oerlinghausen 1, Paderborn 2, Salzuffen 6, Bielefeld über 100.

In den Vorstand trat 1904 an Stelle von P. Bockmühl als 2. Vorsitzender Kollege E. Rothe und an Stelle von Louis Ernst als 1. Schriftführer Kollege Paul Franz.

Um 1,50 M.!! Wegen der geringfügigen Summe von 1,50 M. kam es bald zu einer Vorstandskrisis. Bei der Rechnungslegung hatte ein Kollege darauf aufmerksam gemacht, daß laut vorliegendem gedruckten Kassenbericht für die letzte Paderborner Bezirksversammlung an sechs Vorstandsmitglieder je 1,50 ausbezahlt seien, während nur fünf die Berechtigung zum Empfang der Entschädigung gehabt hätten, da der 2. Bibliothekar morgens in Paderborn nicht anwesend war. Der Kassierer erklärt, die fraglichen 1,50 M. trotzdem ausbezahlt, während der 2. Bibliothekar bestreitet, die Entschädigung erhalten zu haben und legte sein Vorstandsamt nieder. In der nächsten Versammlung, wo „Wahl eines 2. Bibliothekars“ auf der Tagesordnung stand, fehlte der bisherige 2. Bibliothekar, weshalb auf Antrag aus der Versammlung die Wahl nicht stattfand. Zur folgenden Versammlung war nachstehende Resolution eingebracht:

Versammlung sieht keine Veranlassung, dem Kassierer Kollegen Hüntzsch oder dem bisherigen Bibliothekar Kollegen Brinkmann aus Anlaß des Vorkommnisses bei der Auszahlung der Fahrgelder zur Bezirksversammlung in Paderborn Mißtrauen entgegenzubringen; vielmehr erklärt Versammlung, daß die vorgenannten Kollegen ihr vollstes Vertrauen besitzen.

Nach der Begründung dieser Resolution durch die Antragsteller erklärte der 2. Bibliothekar, daß er unter der Leitung des jetzigen Vorsitzenden und mit dem Kassierer sein Amt nicht wieder annehmen könne! Die Diskussion, die folgte, gestaltete sich sehr lebhaft, wenn auch wenig fruchtbar. Die Gemüter wurden immer erhitzter und die Situation immer verworrener. Etliche Redner erhoben heftige Anschuldigungen gegen die einzelnen Vorstandsmitglieder, was diese

damit beantworteten, daß sie einmütig ihre Ämter niederlegten und den Saal verließen. Die Versammlung tagte weiter und wählte als prov. Vorsitzenden den Kollegen H. Kessemeyer und als prov. Schriftführer den Kollegen O. Hahnwald. Die obige Resolution fand gegen 1 Stimme Annahme. Ferner wurde beschlossen, am darauffolgenden Mittwoch eine Außerordentliche Versammlung abzuhalten behufs Vorstandswahl. In dieser Außerordentlichen Versammlung bildeten das Büro die Kollegen Kessemeyer, Droste und Bischoff. Der seit-herige Vorsitzende kam auf die Vorkommnisse der letzten Versammlung zurück und legte dar, weshalb der Vorstand unter keinen Umständen hätte anwesend bleiben können. In der weiteren Diskussion macht er dem 2. Bibliothekar den Vorwurf, daß er die 1,50 M.-Angelegenheit in dieser Versammlung wieder angeschnitten, da doch zwischen den beiden (2. Bibliothekar und Kassierer) ein Vergleich stattgefunden und jeder die Hälfte der umstrittenen Summe tragen wollte. Als dann ein Antrag, die Vorstandskandidaten in der Vertrauensmännersitzung aufzustellen, abgelehnt wurde, schritt die Versammlung zur Wahl. Für den 1. Vorsitzenden wurden abgegeben 117 Stimmzettel, davon für Kollege Mirow 101. Dieser lehnte die Wahl ab und erklärte, er habe sein Amt mit den übrigen Vorstandsmitgliedern niedergelegt und könne es nur annehmen, wenn auch diese wiedergewählt würden. — Für den 2. Vors. wurden 97 Zettel gezählt, davon für den bisherigen 35, die andern Stimmen waren zersplittert. Der Diskussion, ob die 35 Stimmen genügten, machte der 2. Vorsitzende ein Ende, indem er erklärte, auf keinen Fall das Vorstandsamt wieder anzunehmen. (In der folgenden Versammlung erhielt in der Stichwahl Kollege Kessemeyer 32, Kollege Droste 25 Stimmen; ersterer war damit gewählt und nahm die Wahl an. — Als Reisekassenverwalter, der ebenfalls sein Amt niedergelegt, wurde Kollege Ernst mit 40 Stimmen wiedergewählt.) Der Kassierer Kollege Hüntzsch erhielt von 89 abgegebenen Stimmen 77, auf den Kollegen Franz fielen von 83 Stimmen als 1. Schriftführer 60, und auf den 2. Schriftführer, Kollegen Rahmeyer, vereinigten sich von 93 abgegebenen Stimmen 74. Der 1. Bibliothekar, Kollege Wosniak, erhielt von 93 Stimmen 84, und der bisherige 2. Bibliothekar von 85 Stimmen 67. Nachdem der neugewählte Vorstand sich zur Beratung

zurückgezogen, erklärte Kollege Mirow beim Wiedererscheinen, daß der Vorstand die Wahl annehme. Damit hatte diese merkwürdige Vorstandskrise ihr Ende gefunden.

Am 26. April 1904 erfolgte auf Anregung des Kollegen E. Rothe die Gründung eines Maschinenmeister-Vereins des Bezirks Bielefeld bei Anwesenheit von 22 Druckerkollegen. Am Schluß des Jahres konnten schon 50 Mitglieder gezählt werden. Anlässlich seines 10jährigen Bestehens im Jahre 1914 überreichte der Verein eine gut ausgestattete Festschrift „Zehn Jahre erfolgreiche Arbeit des Maschinenmeistervers eins Bezirk Bielefeld“. —

Gegen die auf Errichtung eines Arbeitersekretariats hini zielenden Bestrebungen des Bielefelder Gewerkschaftskartells nahm der Ortsverein durch Annahme (gegen 3 Stimmen) einer vom Kollegen Rothe eingebrachten Resolution Stellung:

Versammlung ist überzeugt, daß mit den voraussichtlich eingehenden Geldern ein Sekretariat sich nicht errichten bzw. erhalten läßt, da für das Gehalt von 1800 Mk. keine geeignete Kraft gewonnen werden kann. Die Versammlung lehnt deshalb vorläufig die Gründung ab und bedauert, daß die Metallarbeiter durch ihr Fernbleiben vom Kartell jedem kulturellen Fortschritt hindernd im Wege stehen.

Über „Deutsche Sozialpolitik“ sprach der neugewählte Gauvorsteher Kollege P. Graßmann in der Bezirksversammlung am 28. August 1904 in Minden. Er streifte die drei großen Gruppen der Sozialgesetzgebung — Unfallversicherungsgesetz, Alters- und Invalidengesetz und Krankenversicherungsgesetz. Im weiteren gab er seiner Anerkennung über diesen Fortschritt Ausdruck, betonte aber die bisher noch minimale Wirkung dieser Gesetze für die Arbeiterschaft. — In derselben Versammlung fand ein Antrag des Kollegen E. Rothe Annahme: „Der Bezirksvorstand wird ermächtigt, die Ortsvorsitzenden bzw. Vertrauensmänner jährlich zweimal zu einer Konferenz einzuladen. Die Kosten trägt die Bezirkskasse ev. der Gau.“ Die Einrichtung dieser Konferenzen hat sich für die Folge gut bewährt, und der Gau bewilligte zu den Fahrkosten die Hälfte.

Im Oktober 1904 fand die Verlegung des Vereinslokals von der „Harmonie“ nach dem Restaurant Otto Keimeyer, Herforderstraße, statt.

In der Mitgliederversammlung vom 29. Oktober berichtete Kollege Mirow über eine in Gemeinschaft mit dem Geschäfts-

führer des Kreisamts und ihm als Gehilfenvertreter unternommene Agitationsreise im Bezirk. Diese erstreckte sich auf Paderborn, Gütersloh, Bielefeld, Herford und Minden. Vielen Erfolg habe sie jedoch nicht gebracht, ganz nutzlos sei sie aber nicht gewesen, denn eine Firma in Herford erkannte den Tarif sofort an, eine andere am selben Orte versprach dies in 14 Tagen zu tun. Der Chef der Bielefelder „Westf. Zeitung“ ließ sich zwar zu einer sofortigen Anerkennung nicht bewegen, doch sei zu hoffen, daß endlich auch diese so lange der Tarifgemeinschaft fernstehende Druckerei, zugleich der Stein des Anstoßes für den Ortsverein, sich eines bessern belehren lassen werde. Die weiteren Verhandlungen würden wohl in nächster Zeit endgültig die Frage lösen.

Eine längere Erörterung brachte sodann die Nichtveröffentlichung einer Warnungsnotiz über die Firma Siedhoff durch den „Korrespondenten“. Ein bei Siedhoffkonditionierender Kollege hatte einen Bericht an unser Organ geschickt, in dem er die Verhältnisse der Druckerei einer Kritik unterzog. Die Notiz kam an den Vorstand zurück mit dem Hinweis der Redaktion, daß die Veröffentlichung sie mit den Strafgesetzen in Konflikt bringen würde. Eine Druckereiversammlung unter Hinzuziehung des Vorstandes beschloß darauf, dem „Korrespondent“ unter „Verbandsnachrichten“ ein paar Zeilen zuzusenden, damit auswärtige Kollegen unterrichtet seien. Aber auch diese Warnungsnotiz verschwand im Papierkorb der Redaktion, ohne daß eine Angabe von Gründen erfolgte. Gegen diese Handlungsweise wurde recht scharf protestiert und darin eine Schädigung unserer Verbandsinteressen erblickt. Empfohlen wurde, einen Versammlungsbericht mit Berücksichtigung des Falles Siedhoff im „Korrespondent“ zu veröffentlichen, ev. eine Warnungsnotiz im Anzeigenteil. In der folgenden Versammlung erwiderte der Schriftführer auf eine Anfrage, weshalb im letzten Versammlungsbericht über die Angelegenheit der Siedhoffschen Druckerei nichts erwähnt sei, er habe einen ausführlichen Bericht geschrieben, der jedoch dem Rotstift verfallen sei. Auf Antrag eines Mitgliedes soll sich der Vorstand beschwerdeführend in der Angelegenheit an den Zentralvorstand wenden. Die Antwort auf die Beschwerde ist später in einer Versammlung verlesen worden, welcher Art sie war, ist aber nicht verzeichnet.

J. D. Küster Nachf. („Westfälische Zeitung“) erkennt den Tarif an, ebenso die Firma Eick. —

Die Vorstandswahl von 1905 ergab folgende Änderungen: für Kollegen Kessemeyer wurde als 2. Vorsitzender Kollege W. Herkströter gewählt, für den 1. Schriftführer Kollegen Franz der Kollege L. Ernst und zum 2. Bibliothekar Kollege Schlichthaber. Kartelldelegierte: die Kollegen Kessemeyer, Flatterich, Trefflich.

Der Kartellvertreter Kessemeyer fordert auf, in die Konsumvereine einzutreten, um neben dem gewerkschaftlichen auch das genossenschaftliche Prinzip zum Durchbruch zu bringen. Zur Unterstützung des Riesenstreiks der Bergarbeiter beschloß der Ortsverein die Erhebung einer wöchentlichen Extrasteuer von 50 Pfg.; 100 Mk. waren schon vorher aus der Ortskasse abgegangen. Ebenso bewilligte der Bezirk 50 Mk. Nachdem der Kartellvertreter Kollege Kessemeyer in mehreren Versammlungen die Frage betr. Errichtung eines Arbeitersekretariats zur Diskussion gebracht und ihm der Vorwurf gemacht wurde, sich bei dieser Angelegenheit persönlich zu sehr engagiert zu haben und so als Delegierter unserer Gewerkschaft nicht die Ansicht der Mehrheit vertreten habe, die größte Zahl der Kollegen aber auf dem früher festgelegten Standpunkt beharrten, fand im Februar 1905 folgender Entschlußantrag unserer Kartellvertreter mit 31 gegen 26 Stimmen Annahme:

In Erwägung, daß das geplante Arbeitersekretariat eine die Arbeiterinteressen nachdrücklichst vertretende Institution werden soll, hält die heutige Versammlung des Ortsvereins es für unbedingt notwendig, daß das Sekretariat auf der Basis der gleichen Rechte und gleichen Pflichten errichtet werden muß. Versammlung spricht sich deshalb entschieden gegen die den Metallarbeitern eingeräumte Vergünstigung, wonach dieselben nur eine Pauschalsumme zum Sekretariat zu zahlen brauchen, aus. Versammlung ist der Meinung, daß dadurch keine Gewähr für eine gute finanzielle Fundierung des Arbeitersekretariats gegeben ist. Auf Grund dieser Erwägungen beschließt heutige Versammlung, einer baldigst einzuberufenden Versammlung der dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften den Antrag zu unterbreiten, für das Sekretariat einen Monatsbeitrag von 10 Pf. pro Kopf zu erheben und die Subvention der Metallarbeiter zurückzuweisen. Mit Annahme dieser Resolution erklärt Versammlung gleichzeitig ihren Beitritt zum Sekretariat. Trefflich, Flatterich, Kessemeyer.

Der „Graphische Gesangverein“ erfreute die erste Bezirksversammlung des Jahres 1905 in Bielefeld bei deren Eröffnung mit

zwei gut gesungenen Liedern, was großen Beifall fand und für die in Bielefeld tagenden Bezirks-Versammlungen dann als ständige Gepflogenheit Geltung fand. — Zu Pfingsten desselben Jahres hatte der „Graphische Gesangverein“ die „Liedertafel Typographia“ von Hannover zu Gast. An den Veranstaltungen, die aus Anlaß dieses Besuches getroffen waren, beteiligten sich die Bielefelder Kollegen sehr zahlreich, auch an dem am 2. Festtag stattgehabten Ausflug zum Hermannsdenkmal und den Externsteinen.

Zur Verbands-Generalversammlung 1905 in Dresden, wo u. a. die Sparten als notwendig anerkannt wurden und eine Auseinandersetzung mit der Hilfsarbeiterorganisation erfolgte, war wieder Kollege Otto Mirow mit vom Gau delegiert.

Weil der Ortsverein das Johannisfest 1905 nicht in der Zentralthalle gefeiert hatte, war der Verkehrswirt zur Maßregelung geschritten, indem er unsere durchreisenden Kollegen drei Tage vor und drei Tage nach dem Feste nicht beherbergte. Dies Verhalten hatte die Herbergsfrage wieder akut gemacht. Ein Antrag des Kollegen A. Siggelkow, als Fremden-Verkehrslokal die Gambrinushalle von Indiestel zu wählen und die Bielefelder Bezirksversammlungen dort abzuhalten, verfiel zunächst der Ablehnung; da jedoch eine gewählte fünfgliedrige Kommission zur Ausfindigmachung eines passenden Lokals mit besserem nicht aufwarten konnte, wurde die Gambrinushalle mit der im obigen Antrage ausgesprochenen Bedingung für die Reisenden Bielefelds Verkehrslokal.

In der Juli-Versammlung verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Kartells, das einen Antrag auf Verschmelzung der einzelnen Bibliotheken zu einer großen Gewerkschaftsbibliothek darstellte. Der Kartelldelegierte Kollege Kessemeyer befürwortete eindringlichst den Antrag und bemerkte, daß die Bibliothek auch dann gegründet würde, wenn die maßgebenden Gewerkschaften ihre Bibliotheken nicht herausgeben sollten. Der langjährige Bibliothekar, Kollege Wosniak, gab einen Rückblick über die Entwicklung unserer Bibliothek, die zurzeit einen Bestand von etwa 500 Bänden aufweise. Durch die Abgabe und das dementsprechende Aufhören der bisherigen „Bibliothekstunden“ würde ein guter Teil „Pflege der Kollegialität“ verloren gehen; ferner sprachen dagegen die Kollegen Illert und Franz. Der Vorsitzende Kollege Mirow macht den Vorschlag:

dem Kartell von unserer Bereitwilligkeit, zu gegebener Zeit einen Geldbetrag für die Zentralbibliothek zu bewilligen, schriftlich Mitteilung zu machen, zugleich aber auch die Gründe anzuführen, weshalb wir nicht geneigt seien, unsere Bibliothek aufzugeben. Die Versammlung erklärt sich mit diesem Vorschlage einverstanden, womit der Kartellantrag auf Verschmelzung der Bibliotheken als abgelehnt galt.

Bewilligt wurden später für die Zentralbibliothek 25 M.; ein weitergehender Antrag, der auf eine Bewilligung von 50 M. hinzielte, verfiel aber der Ablehnung.

Den Bericht über die Dresdener Verbands-Generalversammlung erstattete für den durch Krankheit verhinderten Bielefelder Delegierten Kollegen Mirow in der Bezirksversammlung vom 23. Juli 1905 in 1½stündiger Rede Kollege Albrecht-Bochum. Erwähnt sei hier nur die Kritik, die der Redner an dem Verhalten des Bielefelder Delegierten zum Hilfsarbeiter-Kongreß in Halle a. S., Kollegen Kessemeyer, übte, der sich dort nach dem Bericht des Kollegen Eiffler auf der Dresdener Generalversammlung über den Haller Kongreß in recht unschöner Weise über die Buchdrucker losgelassen habe. Das Verhalten des Kollegen Kessemeyer müsse unbedingt verurteilt werden. Es wäre besser gewesen, die in Halle von K. gegen die Buchdrucker vorgebrachten allgemeinen Anklagen in der Bielefelder Ortsvereins-Versammlung zur Sprache zu bringen, als den Kongreß einer anderen Organisation damit zu belästigen, denn dadurch würde die Antipathie gegen die Buchdrucker immer noch mehr geschürt. Das „Haller Volksblatt“ habe den Kongreß auch bereits ausgeschlachtet. Betont sei auf der Dresdner Generalversammlung, daß die Buchdrucker den Hilfsarbeitern zuliebe ihre Tarifgemeinschaft nicht in Frage stellen könnten. In der folgenden lebhaften Diskussion suchte sich Kollege Kessemeyer zu verteidigen und führte aus, daß in Halle noch mehr Kollegen als Vertreter der Hilfsarbeiter gewesen seien und zur Sache gesprochen hätten. Er habe nur den Beschluß des Bielefelder Maschinenmeistervereins erwähnt, wonach derselbe in der Hilfsarbeiterfrage neutral bleiben wolle. In Bielefeld habe man versucht, Mißtrauen gegen die Hilfsarbeiter-Organisation zu erwecken, er müsse dafür sorgen, daß die letztere weiter käme, denn sie sei ihm vom Gewerkschaftskartell übertragen worden. Er könne

von dem, was er in Halle gesagt, nichts zurücknehmen. Diesen Ausführungen trat nochmals der Vorsitzende des Bielefelder Maschinenmeisterversains, Kollege E. Rothe, scharf entgegen, er meint zum Schluß, ein Verbandskollege dürfe sein eigenes Nest nicht beschmutzen. Dieser Rede pflichtete besonders Kollege Otte-Detmold bei. Die Diskussion über den Generalversammlungsbericht fand durch Annahme einer von dem Kollegen Giesecking-Minden eingebrachten Resolution mit 120 gegen 4 Stimmen ihr Ende:

Die in Herford tagende dritte Bezirks-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Delegierten Kollegen Albrecht im wesentlichen einverstanden und gibt dem Wunsche Ausdruck, daß die gefaßten Beschlüsse zum Nutzen unserer Organisation gereichen mögen und von den Mitgliedern auch respektiert werden. Gleichzeitig ist sie befriedigt über die Schlichtung der Streitigkeiten zwischen dem Zentralvorstand und den einzelnen Mitgliedschaften bzw. Gauen sowie dem Leipziger Verein und der „Korrespondent“-Redaktion und hofft, daß alle dazu beitragen, den Frieden innerhalb und außerhalb unserer Organisation zu fördern, wie sie auch von unserem Zentralvorstand erwartet, in Sachen, die der Organisation nützlich sind, etwas mehr Entgegenkommen zu zeigen, wie es bisher der Fall gewesen ist.

Als in Paderborn die Prinzipale den Tarif zur Einführung brachten, merkwürdigerweise „gegen den Willen der Gehilfen“ — wie im Protokoll verzeichnet steht —, fand die Neugründung eines Paderborner Ortsvereins statt, welche Mitteilung die Bielefelder Ortsversammlung lebhaft begrüßte. Nach erfolgtem Domizilwechsel des Kollegen P. Reichenbach, der seit Bestehen des paritätischen Arbeitsnachweises dessen Verwalter gewesen war, erfolgte für letzteren in einer allgemeinen Versammlung die Wahl des Kollegen L. Ernst zum Arbeitsnachweisverwalter.

Die Verhältnisse in den Maschinensälen der Druckereien von F. Eilers jun. und E. Gundlach, obwohl deren Obermaschinenmeister Verbandsmitglieder waren, gaben Anlaß zu Erörterungen in mehreren Mitgliederversammlungen, weshalb schließlich ein Antrag Annahme fand, die Regelung dieser Mißstände dem Maschinenmeisterversain zu überweisen, der das Ergebnis der Ortsversammlung unterbreiten sollte. In der nächsten Versammlung erstattete der Vorsitzende des Maschinenmeisterversains Bericht über die 4 ½stündigen Verhandlungen mit den betr. Obermaschinenmeistern. Diesen sei „gründlich die Wahrheit gesagt“; beide hätten das ihnen

Vorgehaltene nicht widerstreiten können, auch sei keiner der anwesenden Kollegen für sie eingetreten. Lebhaftige Bewegung rief die Erwähnung eines Falles hervor, wonach einem Drucker im Gundlachschen Geschäft vom Obermaschinenmeister gekündigt sei, weil er an einem Montag nicht ganz einwandfrei ins Geschäft gekommen und dann bei Bewerbung um Kondition bei einer anderen Firma am Orte nicht eingestellt sei, da von Gundlach aus bei Anfrage der angeführte Grund aufgetauscht mitgeteilt wurde. Den beiden Obermaschinenmeistern sei ernstlich bedeutet, wenn die Verhältnisse keine Besserung erführen, sich der Maschinenmeisterverein sowohl wie Ortsverein weitere Schritte vorbehalten müßten. — In der Diskussion gab der oben geschilderte Entlassungsfall den Kollegen Kessemeyer und Flutterich Anlaß zu der Behauptung, die hiesigen Faktoren führten sozusagen eine „ungeschriebene schwarze Liste“, nach der ein sich aus irgend einem Grunde bei einem Faktor mißliebig gemachter Kollege im günstigsten Falle erst nach längerer Konditionslosigkeit wieder Stellung bekäme. Der Arbeitsnachweis würde von den Faktoren sehr wenig in Anspruch genommen. Letzterer Redner erklärt noch, er wolle sehen, das Beweismaterial für seine Behauptungen zu beschaffen. (Den Beweis ist Kollege Flutterich schuldig geblieben.) Kollege Siggelkow gibt der Meinung Ausdruck, zur nächsten Verbandsgeneralversammlung möge angeregt werden, einen Beschluß herbeizuführen, wonach Faktoren entweder nur dem Verbands- oder dem Faktorenbunde angehören dürften, beides zusammen könne sich nicht gut vertragen. Den Ausführungen der letzten drei Redner trat ein Kollege, s. Zt. Mitglied des Faktorenbundes, energisch entgegen und wies die vorgebrachten Behauptungen betr. schwarzer Listen entschieden zurück. — Auf Antrag aus der Versammlung sollte ein Bericht an den „Korrespondent“ zur Veröffentlichung gesandt werden.

Ende 1905 erfolgte in der Mitgliederversammlung die Verlesung eines Schreibens des Vorstandes der Lithographen und Steindruckere, wonach bei diesen eine Tariffbewegung bevorstand, die auch eine Arbeitszeitverkürzung vorsah. Für die Buchdrucker kam hierbei der gemischte Betrieb E. Gundlach in Betracht, da die Arbeitszeit in den Buchdruckmaschinen eine längere war, als die von den Lithographen und

Steindruckern geforderte. In der Versammlung wurde vom Vorsitzenden des Maschinenmeistervers, Kollegen E. Rothe, wie verschiedenen anderen Rednern zum Ausdruck gebracht, die Drucker bei Gundlach sollten sich mit den Lithographen und Steindruckern solidarisch erklären und die Verkürzung ihrer Arbeitszeit um eine halbe Stunde unter Fortbezahlung des bisherigen Lohnes fordern. Ebenso sollten die Maschinenmeister bei Eilers jun., die auch noch verlängerte Arbeitszeit hätten, vorgehen. Als auf eine Erklärung des Vorsitzenden Mirow, daß gegen die beiden Firmen als gemischte Betriebe, vom tariforganisatorischen Standpunkte aus betrachtet, nicht vorgegangen werden könne, mehrere Redner dennoch ihrer Meinung Ausdruck gaben, insbesondere bei der letztgenannten Firma hätte der Vorstand mehr unternehmen können, und ein Antrag, der nach Ansicht des Einbringers kein Mißtrauensvotum enthalten sollte: zu dem Vorstände noch zwei Kollegen aus der Versammlung, vielleicht auch den Vorsitzenden des Maschinenmeistervers, zuzuwählen behufs nochmaligen Vorgehens namentlich bei der Firma Eilers jun., mit 48 gegen 3 Stimmen angenommen wurde, legte der Gesamtvorstand des Ortsvereins sein Amt nieder, amtierte aber auf Wunsch bis zum Jahresschluß weiter.

Der drohende Konflikt mit der Firma E. Gundlach, der durch plötzliches Niederlegen der Arbeit seitens der Hilfsarbeiter eine ernste Form angenommen hatte, fand, nachdem eine Kommission unter Hinzuziehung der Vorsitzenden der in Frage kommenden Organisationen mit der Geschäftsleitung in Verhandlung getreten war, nach drei Sitzungen auf folgender Grundlage seine Beilegung:

Die Firma erkennt im Prinzip die 8- bzw. 9stündige Arbeitszeit für Lithographen bzw. Steindrucker an. Die Lithographen arbeiten vom 1. Januar 1906 8 Stunden, der gesamte Betrieb vom 1. Oktober 1906 9 Stunden pro Tag unter Fortzahlung des bisher für $9\frac{1}{2}$ Stunden gezahlten Lohnes. Die Firma führt vom 1. Januar bis 1. Oktober 1906 für ihren sonst $9\frac{1}{2}$ Stunden arbeitenden Betrieb eine $7\frac{3}{4}$ stündige effektive Arbeitszeit an den Sonnabenden unter Fortfall der Vesperpause ein. Die Löhne der Hilfsarbeiter sollen, wo sie mit denen in anderen Druckereien differieren, von Fall zu Fall aufgebessert werden.

Die mit viel Geräusch eingesetzte Aktion, zu der Tarifamt sowohl wie Zentralvorstand ihre Einwilligung nicht gegeben, brachte also für die unserer Organisation angehörenden, bei

Gundlach beschäftigten Drucker eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von $1\frac{1}{2}$ Stunden. —

Für die streikenden Arbeiterinnen in der Bielefelder Wäscheindustrie wurden 50 M. und als Entschädigung für seine Mühewaltung dem Gehilfen-Vorsitzenden des Schiedsgerichts 25 M. bewilligt.

Eine Statistik über den durchschnittlichen Versammlungsbesuch der einzelnen Druckereien des Jahres 1905 gab folgendes Bild: Es waren anwesend von Gundlach (von 67 Mitgliedern) 31, Velhagen & Klasing (54) 16, Volkswacht (19) 11, Siedhoff (11) 7, Bertelsmann-Gadderbaum (14) 5, Eilers jun. (6) 5, Küster Nachf. (10) 4, Jeziorsky & Koch (4) 2, A. v. d. Mühlen (12) 2, Becher (3) 1, W. Consemüller (2) 1, Rich. Consemüller (1) 1, Eick (2) 1, Brockmann (2) 1, Hörster-Brackwede (3) 1, Kley (1) 1, Kind jun. (2) 1, Morgner (2) 1, Opitz (4) 1, Richter (1) 1, Temming & Sander (1) 1.

1906-1914

Ein neuer Vorstand — Feier des 40jährigen Bestehens des Verbandes — Opposition gegen das Ergebnis der Tarifrevision von 1906 — 30jähriges Stiftungsfest des Ortsvereins — Streik bei der Firma Becher aus Anlaß des Kaiser-Besuchs — Hilfsarbeiterstreik bei Gundlach — Gegen „Vorwärts“, „Leipziger Volkszeitung“ und „Volkswacht“ — Besuch der Kasseler „Typographia“ in Bielefeld — Ehrung eines langjährigen Bibliothekars — Einrichtung eines Vereinsbureaus — Der Tarif von 1912 in Bielefeld glatt eingeführt — Die Kollegengesangvereine von Münster und Osnabrück in Bielefeld — Inslebentreten einer Korrektorensparte und Typographischen Vereinigung in Bielefeld — Der Ortsverein gibt seine reichhaltige Bibliothek ab! — Neues Vereinsheim „Eisenhütte“ u. a.

Die Wahl von 1906 verlieh dem Vorstand ein völlig neues Gesicht, indem auch die Vorstandsmitglieder, die ihre Ämter in jahrzehntelanger Treue ununterbrochen verwaltet hatten, keine Wiederwahl fanden. Schon bei Aufstellung der Kandidaten gab der Kollege Kessemeyer eine Erklärung ab, auf seine Veranlassung hätten zwei vertrauliche Besprechungen der einzelnen Druckerei-Vertrauensleute und mehrerer älterer Kollegen, wozu der bisherige Vorstand eingeladen, stattgefunden. K. präsentierte eine Kandidatenliste, die er zwar wieder zurückzog, die aber bei der Wahl doch die Majorität erzielte. Das Vorgehen des Kollegen Kessemeyer unterzogen verschiedene Redner einer abfälligen Kritik, und namentlich der Kollege Maßmann verurteilte scharf die Besprechungen und glaubt, das Verfahren führe zur Cliqueswirtschaft. — Bei der Wahl erhielten von 99 Stimmen als 1. Vorsitzender Kollege P. Franz 57, Mirow 31; 2. Vorsitzender W. Lentz 71, W. Herkströter 8; Kassierer A. Holz 44, L. Hüntzsch 41; 1. Schriftführer Ed. Dreyer 93, L. Ernst 3; 2. Schriftführer K. Ondratschek 93, K. Krüger 2; 1. Bibliothekar G. Droste 76, H. Wosniak 19; 2. Bibliothekar Ed. Fliegner 45, J. Brinkmann 39. Die Neugewählten nahmen sämtlich die Ämter an. Delegierte für das Gewerkschaftskartell wurden die Kollegen H. Kessemeyer, H. Flatterich und K. Riechmann.

In verschiedenen der ersten Mitgliederversammlungen des Jahres 1906 nahm die Aussprache über die Stellung des Ortsvereins zur Hilfsarbeiterorganisation einen breiten Raum ein. Das Ergebnis all dieser Auseinandersetzungen war schließlich

die einstimmige Annahme eines Antrages des Kollegen Ernst, auf dem Boden der von der **Verbands-Generalversammlung** in dieser Angelegenheit gefaßten Resolution stehen zu bleiben. Die Kartelldelegierten gaben in der Märzversammlung bekannt, daß die Metallarbeiter dem Kartell wieder beigetreten seien und der Beitrag pro Kopf und Quartal auf 8 Pfg. festgesetzt sei; infolgedessen sei auch das Arbeitersekretariat dem Kartell unterstellt. Somit sei eine Ansicht zur Wirklichkeit geworden, die in den Mitgliederversammlungen wiederholt zum Ausdruck gekommen wäre.

Der Ortsverein Paderborn erhielt von einer Bezirksversammlung 50 M. überwiesen für Agitation unter den dortigen Nicht-Mitgliedern; ebenso der Gehilfenvorsitzende des Schiedsgerichts 25 M. für seine Tätigkeit.

Zur Einführung der Ausgelernten wurde erstmalig ein Kommerz veranstaltet und dem „Graphischen Gesangverein“ die Schweichert-Krahlsche Festhymne als Geschenk überreicht. Das Johannisfest 1906 beging der Ortsverein, weil die Feier des 40 jährigen Bestehens des Verbandes der Deutschen Buchdrucker damit verbunden war, auf dem Johannisberge mit einem sorgfältig ausgewählten Programm.

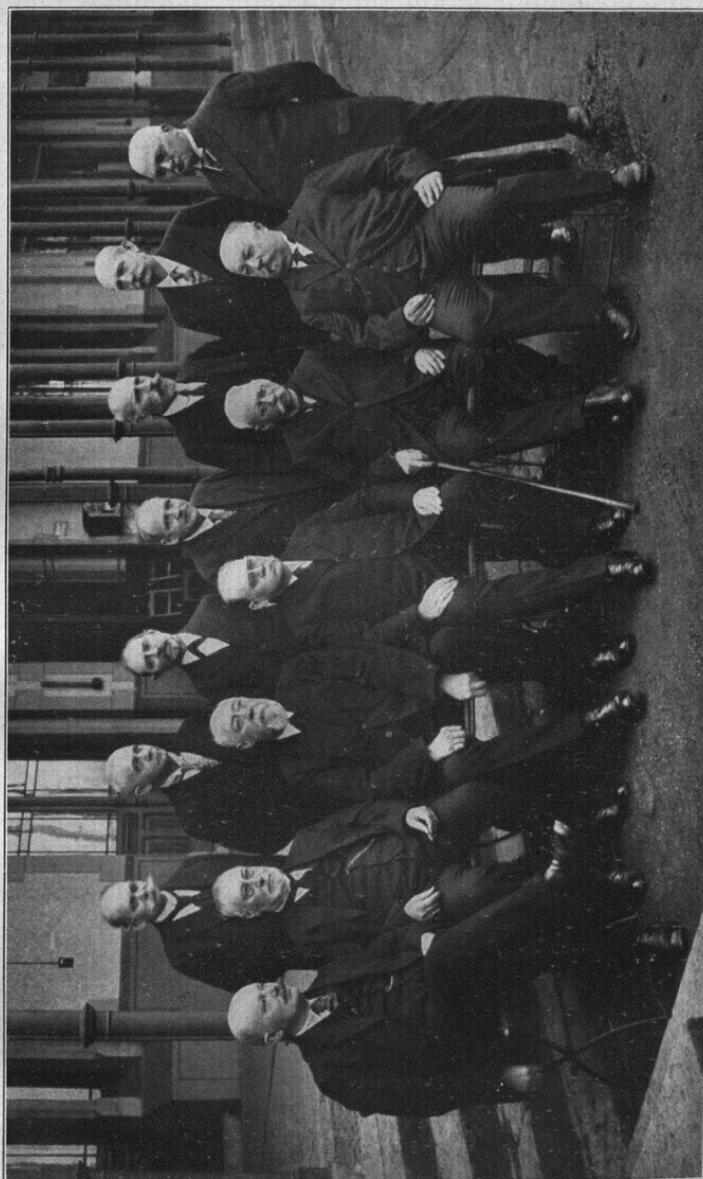
Im Juli schrieb der Ortsverein, nachdem der Bezirk schon eine Summe von 100 M. bewilligt hatte, eine Extrasteuer von 25 Pf. pro Woche aus für die ausgesperrten Lithographen und Stein drucker, Buchbinder und deren Hilfsarbeiter.

Auf Antrag der Kartellvertreter erhielt die Gewerkschaftsbibliothek 25 M. überwiesen, auch für die eigene Bibliothek wurden ebenfalls 25 M. bewilligt.

Ein „Ortsvertrauensmänner-Institut“ trat ins Leben, dagegen sollte der Abbau der Bezirksvertrauensmänner-Konferenzen in die Wege geleitet werden.

In der Bezirksversammlung in Salzuflen hielt Kollege Eugen Schoreck-Essen einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Die Entwicklung des Buchdrucker - Verbandes in Rheinland-Westfalen“. Da im Bezirk den rund 400 Mitgliedern noch 300 Nichtmitglieder gegenüberstanden, wurde auf Antrag des Kollegen Ondratschek eine planmäßige Agitation in allen Orten des Bezirks beschlossen.

Zu der Tarifrevision 1906 nahm der Ortsverein in einer Außerordentlichen Mitgliederversammlung am 10. Oktober



40- bis 48jährige ununterbrochene Mitgliedschaft

Stehend: Franz Kornitschky, Ernst Koch, Friedrich Preß, Gustav Neitzel, Ernst Rothe, Franz Pfeiffer, Otto Görner.
Sitzend: Theodor Dieckmann, Emil Schubert, August Mäding, Albert Siggelkow, Emil Flottmann, Wilhelm Beckmann.

Stellung. Der Vorsitzende Kollege Franz äußerte sich in längeren Ausführungen abfällig über den neuen Tarif. Dann sprach der Obmann der gewählten örtlichen Tarifkommission, Kollege Ernst, der bedauerte, daß von den 26 von Bielefeld gestellten Anträgen nur einer durchgekommen. Als noch mehrere Kollegen ihre Unzufriedenheit mit den neuen tariflichen Abmachungen geäußert, fand folgende vom Kollegen Kessemeyer eingebrachte Resolution einstimmige Annahme:

Die außerordentlich stark besuchte Mitgliederversammlung (200 Koll.) des Ortsvereins Bielefeld lehnt die bei der Tarifrevision getroffenen Vereinbarungen auf das Entschiedenste ab. Die Versammlung hält vielmehr an einer allgemeinen 15%igen Lohnerhöhung und einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um $\frac{1}{2}$ Stunde fest als der äußersten Grenze, innerhalb der sie einem neuen Tarifabschluß ihre Zustimmung geben kann. Die Erhöhung der Grundposition um rund 10 % steht nicht im geringsten Verhältnis zu der im Laufe der letzten fünf Jahre eingetretenen und noch anhaltenden enormen Steigerung aller Lebensmittelpreise und der Wohnungsmieten. Dieses Verlangen erachtet die Versammlung um so berechtigter, als das gehilfenseitig Erreichte in gar keinem Verhältnis steht zu den Zugeständnissen, welche den Prinzipalen gemacht wurden. Die Versammlung protestiert aus all diesen Gründen insbesondere ganz entschieden gegen die Handlungsweise der Gehilfenvertreter und des Zentralvorstandes, diese Abmachungen, ohne die Mitglieder um ihre Meinung zu fragen, definitiv festzulegen. Versammlung fordert vielmehr die sofortige Vornahme einer Urabstimmung und eventuelle Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung, um den Willen der Mitglieder unzweideutig zum Ausdruck zu bringen und über neue Maßnahmen zu beraten.

Schon in der nächsten, von 230—240 Kollegen besuchten Mitgliederversammlung am 10. November legte der Verbandsvorsitzende Kollege Döblin-Berlin in einem $1\frac{1}{2}$ stündigen Vortrage die Gründe dar, die die Gehilfenvertreter für ihre Handlungen bei der Tarifrevision geleitet hatten und schilderte die Schwierigkeiten, die bei den Abmachungen zu überwinden waren; aber auch das Günstige, was der neue Tarif brachte, setzte Redner ins richtige Licht. Der Referent schloß seine überzeugenden Ausführungen mit den Worten: die Vertreter hätten das beruhigende Gefühl, bei den Verhandlungen das erreicht zu haben, was eben zu erreichen war. Allgemeiner Beifall folgte dieser Rede.

In der Diskussion verurteilten sämtliche Redner besonders die vom Referenten erwähnte einseitige Stellungnahme des Berliner „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“. Dieser

Berichterstattung, die von der hiesigen „Volkswacht“ nachgedruckt, und der verzögerten offiziellen Veröffentlichung der Ergebnisse der Tarifverhandlungen im „Korrespondent“ sei die eingenommene schiefe Stellung der letzten Versammlung zum neuen Tarif zuzuschreiben. Kollege Mirow beklagte sich, daß seine an die „Volkswacht“ gesandte Berichtigung mit der Gegenerklärung des „Korrespondent“ nicht aufgenommen sei. Er legte eine Resolution vor, die in der Versammlung einstimmige Annahme fand und der Redaktion der „Volkswacht“ nebst einem Bericht über die Versammlung zugesandt werden sollte:

Die Versammlung protestiert entschieden gegen das Verhalten der „Volkswacht“-Redaktion, die in zwei langen Artikeln Beschuldigungen und Angriffe der Geschäftsleitung des „Vorwärts“, ebenso wie die größten Beschimpfungen des Geschäftsführers Fischer gegen den Redakteur des „Korrespondent“, Kollegen Rexhäuser, gebracht hat, ohne von der Antwort und Widerlegung Rexhäusers, der für seine Behauptungen den Beweis der Wahrheit jederzeit anzutreten bereit ist, Notiz zu nehmen oder auch nur die Leser wissen zu lassen, daß Rexhäuser überhaupt darauf erwidert habe. Wenn die Redaktion der „Volkswacht“ es schon für notwendig hielt, die Leser derselben von den Anschuldigungen und rüpelhaften Schimpfworten Fischers gegen Rexhäuser in Kenntnis zu setzen, so erfordert es die Gerechtigkeit, eben derselben Leserschaft die Antwort und Widerlegung Rexhäusers mitzuteilen, damit sich jeder aus Rede und Gegenrede sein eigenes Urteil bilden kann.

Die Versammlung spricht dem Kollegen Rexhäuser die vollste Sympathie dafür aus, daß er in so energischer und entschiedener Weise die Angriffe seitens eines Teiles der sozialdemokratischen Presse, insonderheit der „Leipziger Volkszeitung“ und des „Vorwärts“ zurückweist und demgegenüber den Standpunkt aufrecht erhält, daß die Organisation sich Einmischungen in ihre eigenen Angelegenheiten von keiner Seite gefallen läßt.

Die folgende Versammlung, in der Kollege Kessemeyer einen kurzen Bericht über die Kreisamtssitzung erstattet und erwähnt, daß für Bielefeld eine Lohnerhöhung von $2\frac{1}{2}\%$ festgesetzt sei, die aber erst 1909 in Kraft trete, wurde nachfolgende EntschlieÙung einstimmig angenommen:

In Anbetracht der Tatsache, daß das Tarifabkommen von der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder angenommen worden ist, stellt Versammlung sich auf den Boden der Tarifabmachungen.

Der neue Tarif gelangte in Bielefeld glatt und ohne Reibung zur Einführung. Im Bezirk mußte erst in zwei Orten, Salzuflen und Bünde, zur Kündigung geschritten werden.

Am 11. November sprach der Verbandsvorsitzende Kollege Döblin über die neuen Tarifabmachungen in einer Allgemeinen Versammlung in Paderborn, die von dortigen Nichtmitgliedern gut besucht war. Der Gutenbergbund in Paderborn war seinerzeit über 40 Mitglieder stark. In der sich an diese Allgemeine anschließenden Bezirks-Versammlung wurde der Antrag des Ortsvereins Bielefeld auf Aufhebung der Bezirks-Vertrauensmänner-Konferenzen mit 35 gegen 26 Stimmen angenommen. Zur Ausführung ist dieser Beschluß aber nur für kurze Zeit gekommen. Denn während das von Bielefeld eingerichtete „Vertrauensmänner-Institut“ sich nicht als lebenskräftig erwies, wurden die Bezirks-Vertrauensmänner-Konferenzen später ständige Einrichtung.

Die Vorstandswahl 1907 zeitigte wieder die Wahl des Kollegen Otto Mirow als 1. Vorsitzenden an Stelle des von Bielefeld fortziehenden Kollegen Franz, und für den Kollegen Ondratschek trat als 2. Schriftführer Kollege Flatterich ein.

Laut Bericht betrug die Zahl der dem Kartell angeschlossenen Mitglieder 13 000. Versammlung bestimmt die Kollegen Flatterich, Dambrowsky und Ondratschek als Kartell-Delegierte. Das 30jährige Stiftungsfest beging der Ortsverein Bielefeld in besonders würdiger Form. Auf dem Kommers am Sonnabend in Remkes Theatersaal hielt Kollege Rexhäuser die mit stürmischem Beifall aufgenommene Festrede. Sonntags folgte eine Familienfeier und Ball in Richters Garten.

In der ersten Jahres-Bezirksversammlung mußte der Vorsitzende mitteilen, daß die infolge des in Paderborn gehaltenen Vortrags des Kollegen Döblin erfolgten 23 Anmeldungen zum Verbandsamt sämtlich wieder zurückgezogen seien.

Eine Erhöhung des Ortsbeitrages um 5 Pf. akzeptierte der Ortsverein im Juli mit der Maßnahme, daß der „Korrespondent“ vom 1. Oktober an frei geliefert würde: für je zwei Mitglieder ein Exemplar.

Ein Schreiben betr. Anregung auf Bewilligung von Ferien wurde an die Bielefelder Druckereibesitzer versandt.

Der Ortsverein bewilligte 40 M. für die streikenden Tabakarbeiter, wozu die folgende Bezirksversammlung noch die Bewilligung von 60 M. genehmigte.

Bei der Firma Becher, die die Zeit, wo das Geschäft gelegentlich der Kaiseranwesenheit in Bielefeld geschlossen war, nicht

bezahlen wollte, kam es zum Streik, der aber nach halbtägiger Dauer zu Gunsten der Gehilfen seine Beilegung fand.

Gauvorsteher Kollege Graßmann sprach am 27. Oktober über „Die jüngsten Strömungen im Buchdruckgewerbe“, wobei er das Treiben des Gutenbergbundes ins rechte Licht rückte.

Eine Außerordentliche Versammlung machte der ausgebrochene Streik der Hilfsarbeiter bei der Firma Gundlach erforderlich. Der Vorsitzende äußerte sich mißbilligend über die Art und Weise, wie der Streik zustande gekommen war und verlas ein Schreiben des Gauvorstandes, nach dem von einem eventuellen Sympathiestreik unserer Kollegen keine Rede sein könne; auch seien dieselben verpflichtet, mit neu engagiertem Personal zu arbeiten und dieses auch anzulernen. Nachdem in der Diskussion mehrere Redner ihre gegenteilige Meinung geäußert, gab der Vorstand seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, zur Erörterung des Streiks in einer öffentlichen Versammlung des graphischen Gewerbes Schritte zu unternehmen und sich zu diesem Zwecke mit der Hilfsarbeiter-Organisation in Verbindung zu setzen.

Die Ausarbeitung der im Jahre 1906 vorgenommenen Überstunden-Statistik durch Kollegen Lentz zeigte folgendes Resultat: 1. Vierteljahr 6422; 2. Vierteljahr 4068; 3. Vierteljahr 3600; 4. Vierteljahr 940 Überstunden. Diese verteilten sich auf die einzelnen Druckereien wie folgt: Gundlach (Generalanzeiger) 6422, Velhagen & Klasing 2752, Küster Nachf. (Westfälische Zeitung) 2719, Bertelsmann 1341, „Volkswacht“ 1322, Opitz sen. 960, v. d. Mühlen 615, Jeziorsky & Koch 566, Eilers jun. 354, Richter 320, Siedhoff 196, Eick 106, Becher 37, Eilers sen. 29, Kley 12. Weil verschiedene Druckereien keine oder nur teilweise Angaben gemacht hatten, beantragte der Vorstand, die Aufnahme der Statistik vom 1. Oktober an aufzuheben, welchem Antrage die Versammlung nach einstündiger Diskussion mit 30 gegen 22 Stimmen beitrug.

Kollege Eugen Schoreck-Essen referierte in der letzten Bezirksversammlung des Jahres 1907 in Bielefeld über „Der tarifliche Organisationsvertrag und seine Bedeutung für unser Gewerbe“. Das Resultat war die einstimmige Annahme der Resolution:

Die von etwa 250 Kollegen besuchte Versammlung des Bezirks Bielefeld protestiert energisch gegen die Aufnahme des Gutenberg-

bundes in den Organisationsvertrag. Die Versammlung ist der Ansicht, daß der Gutenbergbund nach seiner ganzen Vergangenheit unmöglich als tariftreu zu bewerten ist. Versammlung hält den Gutenbergbund deshalb auch nicht für eine Organisation, mit der der Verband der Deutschen Buchdrucker auf tariflichem Gebiete zusammenarbeiten kann. Sollte das bisher für unmöglich Gehaltene wahr werden, daß der Gutenbergbund in den Organisationsvertrag aufgenommen wird, so richten die versammelten Mitglieder des Verbandes an die Gehilfenvertreter das Ersuchen, mit allen zulässigen Mitteln dagegen Front zu machen und lieber auf den ganzen Vertrag zu verzichten.

Vorstandswahl 1908: An Stelle des 2. Vorsitzenden Kollegen Lentz trat Kollege H. Weeking und als 2. Schriftführer für Kollegen Flatterich Kollege Buët; letzterer trat nach kurzer Dauer wieder zurück; für ihn wurde Kollege Obstfelder gewählt. — Kartelldelegierte wurden die Kollegen Flatterich, Ondratschek und Weeking.

Eine Versammlung des Ortsvereins nahm einen Antrag an, 50 Exemplare der Rexhäuserschen „Korrespondent“-Artikelserie „Gewerkschaftliche Neutralität“ anzuschaffen. Diese Broschüre sollte den einzelnen Gewerkschaftsvorständen am Orte unentgeltlich überwiesen werden.

Auf Veranlassung des Kollegen Weeking trat eine Graphisch-technische Kommission ins Leben. — 30 M. für die Bibliothek wurden bewilligt.

Im Mai gewährte die Firma Gundlach A.-G. den bei ihr 10 Jahre und länger Beschäftigten 6 Tage Ferien.

Im Bezirk waren zwei neue Ortsvereinsgründungen zu verzeichnen: Salzuflen-Schötmar und Bünde.

Am 30. Juni 1908 referierte in einer zahlreich besuchten Versammlung Gauvorsteher Peter Graßmann über den VI. Gewerkschaftskongreß in Hamburg. Redner bemerkte u. a., der Kongreß habe sich auch mit der Maifeier beschäftigt, und selbst maßgebende Persönlichkeiten hätten erklärt, daß von der Arbeitsruhe abgegangen werden müsse, da die Schädigung verschiedener Gewerkschaften, besonders der Metallarbeiter, enorm gewesen sei.

Zur Teilnahme an der Abschiedsfeier des Gauvorstehers Graßmann, der nach Berlin als 2. Verbandsvorsitzender übersiedelte, delegierte der Ortsverein den Kollegen Mirow.

Am 29. August nahm der Ortsverein einen 1¼ stündigen interessanten Vortrag des heimischen Reichstagsabgeordneten

Karl Severing über „Das neue Vereinsgesetz“ entgegen; der Vortrag fand bei den zahlreichen Zuhörern großen Beifall. Ein Antrag des Kollegen Ernst Rothe, den ständigen Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“, der seither am Schluß der Versammlungen Erledigung fand, an zweite Stelle zu setzen mit der Maßnahme, daß die zu verhandelnden Angelegenheiten vor Verhandlung dem Vorsitzenden schriftlich mitzuteilen seien, fand gegen acht Stimmen Annahme.

In der Novemberversammlung mußte der Ortsverein wiederum Stellung nehmen „gegen die neueste Ehrabschneiderei seitens des ‚Vorwärts‘, der ‚Leipziger Volkszeitung‘ und anderer Parteiblätter (Bielefelder ‚Volkswacht‘) usw.“ gegen den „Korrespondent“-Redakteur sowie die Kollegen Mussial und Mahlow-Berlin. Der Vorsitzende Kollege Mirow gab einen kurzen Rückblick auf den Prozeß des „Vorwärts“-Geschäftsführers Fischer kontra Berliner „Post“ und wie von der Parteipresse in gemeiner Weise gegen den in diesem Prozeß als Zeuge aufgetretenen Kollegen Rexhäuser vorgegangen sei. Die Artikel seien leider auch in der hiesigen „Volkswacht“ erschienen, deren Redaktion schriftlich zur Versammlung eingeladen, der Einladung aber keine Folge geleistet habe mit der schriftlichen Motivierung, daß das Thema unter Punkt 2 unserer Tagesordnung für sie undiskutabel sei! Bedauerlich wäre, daß zwei im „Vorwärts“ tätige, auch im Prozeß als Zeugen vernommene Kollegen, die in Parteikreisen sich die größte Achtung erworben, ihre Stellung eingebüßt hätten. An der sich anschließenden, äußerst sachlichen 1½ stündigen Diskussion beteiligten sich 10 Kollegen, die alle darin einig waren, daß die Art und Weise, wie genannte Blätter gegen den Kollegen Rexhäuser vorgegangen, durchaus zu verwerfen sei. Nachstehende Erklärung mit anschließender Resolution wurde einstimmig angenommen:

Erklärung: Die tagende Mitgliederversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker (Ortsverein Bielefeld) bedauert aufs tiefste, daß die hiesige „Volkswacht“ den Bericht einer Gerichtsverhandlung (Richard Fischer kontra „Post“) mit einer Überschrift versehen hat, welche nicht der Wahrheit entspricht und ehrverletzend wirkt. Da hierdurch falsche Meinungen und irrige Auffassungen über die Sache selbst in weite Arbeiterkreise hineingetragen werden, welche niemals dazu dienen können, die stets gewünschte Einigkeit in der deutschen Arbeiterbewegung zu fördern, so ersuchen wir um Veröffentlichung folgender einstimmig angenommenen Resolution.

Resolution: Die am 11. Nov. 1908 im Vereinslokale tagende Mitgliederversammlung spricht zunächst ihrem langjährigen Verbandsorgan-Redakteur Rexhäuser ihr vollstes Vertrauen aus und ersucht ihn, nach wie vor unsere gewerkschaftlichen Interessen in derselben Weise wahrzunehmen. Die Versammlung hat sich davon überzeugt, daß die unter aller Kritik stehenden beleidigenden und ehrverletzenden Äußerungen seitens des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ und des Herrn Fischer über Rexhäuser und unsere gesamte Redaktion in keiner Weise zutreffen. Versammlung protestiert ferner dagegen, daß der Rechtsanwalt Heine unter dem Schutze seines Plaidoyers die Redaktion eines Gewerkschaftsblattes als „Verleumdernest“ bezeichnet, eine Verteidigertaktik, die geeignet ist, den „Korrespondent“ in der Arbeiterbewegung herabzusetzen. Des weiteren beklagt Versammlung aufs tiefste, daß durch solche tendenziöse und einseitige Behauptungen Zwietracht und Mißstimmung in weite Arbeiterkreise getragen wird und bedauert, daß derartige Manipulationen in der Arbeiterbewegung überhaupt möglich sind. Ferner spricht Versammlung den beiden von der Geschäftsleitung des „Vorwärts“ plötzlich entlassenen Kollegen Mussial und Mahlow ihre vollste Sympathie aus. Die Tatsache, daß Kollege Mussial gerade im Augenblick der Entlassung auf eine 25-jährige Tätigkeit in der Organisation zurückblicken konnte, macht ihn seinen Kollegen besonders sympathisch.

Versammlung beschließt, falls die Bielefelder „Volkswacht“ diese Resolution und einen objektiven Bericht nicht aufnimmt, durch Flugblatt die gesamte Arbeiterschaft Bielefelds über die Angelegenheit aufzuklären und empfiehlt dieses Vorgehen allen Ortsvereinen, die sich in ähnlicher Situation befinden.

Die „Volkswacht“ hat obige Resolution nicht gebracht, und deshalb ist das erwähnte Flugblatt verbreitet worden.

Der „Korrespondent“ wird in Bielefeld bei einem Mitglie-derstande von 292 in 184 Exemplaren gehalten.

Auf Antrag des Kollegen Flatterich beschloß der Ortsverein die Aufnahme einer Statistik über die Durchführung der sanitären Bundesratsvorschriften. Das Resultat war befriedigend. Der Gehilfenvorsitzende des Schiedsgerichts, Kollege Ernst, macht Mitteilung, daß Kollege Kessemeyer sein Amt als Beisitzer niedergelegt, da er vom Beruf abgegangen *).

*) Kollege Kessemeyer, der durch seine rednerische Begabung des öfteren die Majorität der Ortsvereinsmitglieder seinen Ansichten gefügig zu machen wusste, widmete sich nach seinem Abgang vom Beruf dem Spiritismus. Seine diesbezüglichen Vorträge, die er sowohl in Universitätsstädten, wo er sich mit den Professoren in Diskussionen einließ, wie meist in den größeren und größten Städten Deutschlands abhielt, wurden wiederholt als Düperung gekennzeichnet.

Der Mitgliederstand des Ortsvereins hatte die Zahl 300 überschritten. Es wurde eine Neuregelung der Verwaltung geschaffen. Nachdem das neu ausgearbeitete Bezirksreglement, wonach Orts- und Bezirksvorstand getrennt wurden, in Kraft getreten war, ergab die Vorstandswahl für 1909 folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Kollege Lentz, 2. Vorsitzender Kollege Flatterich, Kassierer Kollege Holz, 1. Schriftführer Kollege Dreyer, 2. Schriftführer Kollege Schrödelsecker, 1. Bibliothekar Kollege Droste, 2. Bibliothekar Kollege Leyser, Beisitzer Kollege Wosniak. — Kartelldelegierte: die Kollegen Flatterich, Schuster und Strathmann.

Der Bezirksvorstand setzte sich zusammen aus den Kollegen Mirow, Vorsitzender; Holz, Kassierer; Dreyer, Schriftführer; Lentz und Obstfelder, Beisitzer.

Anlässlich des Besuches der Kasseler „Typographia“ in Bielefeld bewilligte der Ortsverein dem „Graphischen Gesangverein“ 150 M., die ev. bei Bedarf auf 200 M. erhöht werden konnten, wogegen den Mitgliedern freier Eintritt zu sämtlichen Veranstaltungen gewährt wurde; konditionslose Kollegen erhielten 3 M. zur Teilnahme an dem Feste. Das Zusammensein Pfingsten 1909, dessen Höhepunkt das Festkonzert in Richters Garten am ersten Tage war, gestaltete sich unter allgemeiner Teilnahme wiederum zu einem echten kollegialen Buchdruckerfeste; viele dürften sich dieses Tages gern erinnern. Über „Arbeiterschutz in der Gesetzgebung und seine Durchführung“ referierten Kollege Schreck vom Holzarbeiterverband und Kollege Flatterich. Den Ausführungen beider Redner wurde von der Versammlung mit Interesse gefolgt. Für die Bibliothek wurden erneut 50 M. bewilligt.

Einen Meinungsstreit löste die Mitteilung des Kartelldelegierten Kollegen Schuster aus, wonach das Kartell die Aufnahme einer Statistik in die Wege leiten wolle, wer von den Familienangehörigen organisiert, ob und welchem Konsumverein die Gewerkschaftler angehörten und welche Zeitung von ihnen gelesen würde. Der lebhaft geführten Diskussion, an der sich 17 Redner beteiligten, teils gegen, teils für diese Absicht sprechend, machte ein Schlußantrag ein Ende. Für die Buchdrucker wurden dann 303 Fragezettel ausgegeben, von denen 123 beantwortet; 122 nicht ausgefüllt wurden; 58 kamen nicht zurück.

Da der erste Vorsitzende des Ortsvereins sein Amt „infolge unliebsamer Vorkommnisse“ niederlegte, fand vor der Vor-
nahme der Wahl eine Aussprache statt, nach der der zweite
Vorsitzende Kollege Flatterich folgende Erklärung verlas:

Der Gesamtvorstand, einschließlich des Kollegen Lentz, erklärt sich
bereit, auch weiterhin, d. h. vorläufig bis zum Ablauf des Jahres
bzw. der Amtsperiode, für den Ortsverein tätig zu sein, erwartet aber
als unbedingte Gegenleistung des Ortsvereins dasjenige Maß von
Achtung und Vertrauen, welches notwendig ist, um ein ersprieß-
liches gemeinsames Arbeiten für die Interessen des Verbandes zu
zeitigen. Die Versammlungen des Ortsvereins müssen einen an-
ständigen und sachlichen Verlauf nehmen und dürfen nicht in Radau-
szenen ausarten. Die selbstgeschaffene Geschäftsordnung muß unbedingt
respektiert werden. Nur unter diesen Voraussetzungen wird sich ein
weiteres Arbeiten unsererseits in Ihrem Interesse ermöglichen lassen.

Damit war die Angelegenheit erledigt.

In der **Dezemberversammlung** hielt **Handwerkskammer-
Sekretär Sackmann** einen Vortrag über „Der kleine Be-
fähigungsnachweis und die Ausbildung im Handwerk“. In
derselben Versammlung fand eine besondere Ehrung des
Kollegen **Hans Wosniak** statt, der die letzten Stunden im
Kreise **Bielefelder Kollegen** weilte, um als Invalide seinen
Lebensabend in **Marburg** zu beschließen. Der Scheidende
wurde gefeiert als ein in jeder Beziehung treues und tüchtiges
Verbandsmitglied, das **27 Jahre** in **Bielefeld** verbracht hatte,
wovon es **18 Jahre** in **Vorstandsämtern** (langjähriger Biblio-
thekar) tätig gewesen war. Als Anerkennung hierfür wurde
ihm als Andenken vom Ortsverein ein **Krug** mit ent-
sprechender Widmung überreicht.

Für die Instandsetzung der **Bibliothek** bewilligte der Orts-
verein **35 M.**, ferner **25 M.** als Beitrag für den Ausbau der
Sternwarte auf dem „**Kahlen Berge**“.

Die **Wahl des Vorstandes 1910** ergab die **Wiederwahl** des bis-
herigen; nur an Stelle des **2. Bibliothekars** Kollegen **Leyser**
trat Kollege **Hoffmann**. Zu den alten **Kartelldelegierten** kam
als **vierter Kollege** **Weeking**.

Am **5. Februar** veranstaltete der „**Graphische Gesangverein**“
ein **Konzert** zum Besten der **Bibliothek**, das einen **Reinertrag**
von **175 M.** aufwies, der dem Ortsverein für die **Bibliothek**
übergeben wurde.

Die **Bezirksversammlung** bewilligte **100 M.** für die **streikenden**
schwedischen Arbeiter.

Über „Gewerkschaftliche Erziehung“ referierte Kollege Flatterich in der Februar-Versammlung des Ortsvereins, und in einer späteren hielt Professor Mummenthey einen 1¼stündigen lehrreichen Vortrag über „Kometen und Meteore“.

Den Vorstandsmitgliedern wurden für alle Sitzungen, an denen dieselben teilnahmen, 50 Pf. Zehrgelder genehmigt, ebenso dem Bibliothekar für Anwesenheit in der Bibliothek.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter bewilligte der Ortsverein 150 M.; ferner beschloß er, für dieselben die Erhebung einer wöchentlichen Extrasteuer von 25 Pf. bis zur Beendigung der Aussperrung auszuschreiben.

Die Firma Gebr. Kahter gab ihrem Gesamtpersonal 6 Tage Ferien ohne Karenz.

Über eine stattgehabte Bezirksvorsteher-Konferenz berichtete Kollege Mirow. Nachstehende Resolution fand nach kurzer Aussprache einstimmige Annahme:

Die Versammlung erklärt sich mit den in der Gauvorsteher-Konferenz gefaßten Beschlüssen einverstanden und verspricht alle Kraft zur Durchführung einzusetzen. Der Rücktritt des Kollegen Rexhäuser wird lebhaft bedauert; die Versammlung spricht ihm für seine langjährige Tätigkeit im Interesse des Verbandes ihren Dank aus.

In der Versammlung, in der vorstehender Bericht erstattet wurde, stand auch auf der Tagesordnung „Aufstellung von Kandidaten zur Wahl eines 1. und 2. Vorsitzenden“. Aus dem Protokoll ist nicht zu ersehen, aus welchen Gründen; ersichtlich ist nur, daß Kollege Petke eine Resolution der Vertrauensmänner, die sich mit dem Rücktritt des 1. Vorsitzenden befaßt hatten, verlesen hat, wogegen die „beteiligten Kollegen“ Hahnwald und Ernst Rothe ganz entschieden protestierten. Dann berichtet das Protokoll von einer heftig geführten 1½ stündigen Debatte, wobei die Gemüter zuweilen stark aufeinanderplatzten. Da keiner der vorgeschlagenen Kollegen eine Kandidatur annahm, wurde der Punkt für eine Außerordentliche Versammlung zurückgestellt.

In dieser erhielt von 102 abgegebenen Stimmen Kollege Krone als 1. Vorsitzender 59 Stimmen, als 2. Vorsitzender erhielt Kollege Flatterich 58 Stimmen. Als wieder keiner der Gewählten das Amt annahm, erfolgte eine nochmalige Wahl. Von 89 abgegebenen Stimmen fielen auf Kollegen Flatterich als 1. Vorsitzenden 58 und auf den Kollegen Ritzenhoff als 2. Vorsitzenden 48 Stimmen. Beide nahmen die Wahl an.

„Wer ist Verbandsmitglied?“ Über dieses Thema referierte unter allgemeinem Beifall Kollege August Holz in $\frac{3}{4}$ stündigen Ausführungen, die Rechte und Pflichten eines Verbandsmitgliedes besonders hervorhebend.

155 M. wurden für Drucklegung eines Bibliothek-Katalogs bewilligt. In der Novemberversammlung des Jahres 1910 sprach in zweistündigem Vortrage Gauvorsteher Rosenbruch-Hannover über „Unsere Tarifgemeinschaft und unsere tariflichen Institutionen“.

Die Vorstandswahl 1911 zeitigte folgendes Resultat: Kollege Flatterich, 1. Vorsitzender; Ritzenhoff, 2. Vorsitzender; Holz, Kassierer; Dreyer, 1. Schriftführer; Oberbeckmann, 2. Schriftführer; Droste, 1. Bibliothekar; Seifert, 2. Bibliothekar.

Der Vergnügungsausschuß setzte sich zusammen aus den Kollegen Brindöpke, Strobel und Reichheng.

Kartelldelegierte: die Kollegen Flatterich, Linnenbrügger, Poggenklas, Schuster.

Infolge der bevorstehenden Tarifrevision wurde eine Kommission eingesetzt, der es obliegen sollte, „die Formulierung und das Ordnen der von der Versammlung beschlossenen Anträge und Wünsche allgemeiner Natur vorzunehmen“. Dieser Kommission gehörten an die Kollegen Zinn, Krüger, Ondratschek, Geisendörfer, Maßmann, Hiltcher und Görner.

In der Versammlung vom 18. März hielt Parteisekretär Schreck einen Vortrag über: „Der 18. März, sein Einfluß auf die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung.“

Für die streikenden Kollegen in Finnland bewilligte der Ortsverein 50 M. Der Vorsitzende mußte in der April-Versammlung bekannt machen, daß keiner von den vier vom Bezirk Bielefeld aufgestellten Kandidaten zur Verbands-Generalversammlung in Hannover gewählt sei.

„Strömungen im Buchdruckergewerbe.“ Dies Thema behandelte im Mai 1911 Gauvorsteher Hugo König, Halle a. S. Die Versammlung war nicht gut besucht, da von 360 Mitgliedern nur etwa 150 anwesend waren. Das gab dem Referenten Anlaß, die Interesselosigkeit in Anbetracht der bevorstehenden Tarifrevision besonders zu geißeln. Im Juli nahm eine Versammlung Kenntnis von der Einrichtung eines Vereinsbüros beim Kassierer Kollegen Holz. — Die kommende

Tarifrevision zeitigte die Delegation der Kollegen Flatterich, Holz, Lentz, Maßmann, Petke und Ritzenhoff zur Kreisversammlung in Köln am 30. Juli 1911. — Die Tagesordnung der Juli-Versammlung brachte weiter wiederum den Punkt „Wahl eines 1. Vorsitzenden“. Aufklärung über die Gründe des Rücktritts des Vorsitzenden gibt eine von acht Kollegen eingebrachte Resolution:

Die am 16. und 18. Juli tagende Ortsversammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem Kesseltreiben einzelner Kollegen gegenüber dem Kollegen Flatterich. Die Versammlung würdigt in vollem Maße die Verdienste des Kollegen Flatterich um die Organisation und mißbilligt das Verhalten einzelner Kollegen, welches geeignet ist, das Vereinsleben fernerhin schwer zu schädigen. Versammlung steht auf dem Standpunkt, daß derartige Schädlinge aus der Organisation entfernt werden müssen.

Als verschiedene Kollegen und auch Kollege Flatterich hauptsächlich wegen des letzten Absatzes entschieden gegen Annahme dieser Resolution sprachen, zogen die Einbringer sie zurück. Die in Vorschlag gebrachten Kandidaten lehnten sämtlich die Annahme einer Wahl ab. Schließlich erklärte sich der 1. Schriftführer, Kollege Dreyer, bereit, das Amt des Vorsitzenden anzunehmen; er wurde per Akklamation gewählt. Den 1. Schriftführerposten erhielt bei der Wahl Kollege Oberbeckmann; Kollege Ondratschek wurde 2. Schriftführer. Eine zum 17. September in das Restaurant Halwes einberufene Außerordentliche Versammlung mit dem einzigen Tagesordnungspunkt: „Was lehren uns die Anträge der Prinzipale zur Tarifrevision?“ konnte wegen des schwachen Besuchs nicht abgehalten werden.

Im Oktober referierte Bezirksvorsitzender Kollege Mirow über den neuen Tarif und ersuchte, das Errungene hinzunehmen und für die glatte Durchführung am 1. Januar 1912 zu sorgen. Von Annahme einer Resolution wurde abgesehen.

Zur Unterstützung der ausgesperrten Tabakarbeiter bewilligte die November-Versammlung 50 M., ferner wurden dem Vorstände für denselben Zweck weitere 50 M. pro Woche bis zur nächsten Versammlung zur Verfügung gestellt. In dieser Versammlung kam die Ausschreibung einer wöchentlichen Extrasteuer von 10 Pf. für die Tabakarbeiter zustande. Die durchreisenden Kollegen sollen für die Folge 1 M. aus der Ortskasse erhalten.

Die Vorstandswahl 1912 ergab folgendes Bild: Kollege Dreyer, 1. Vorsitzender; Lentz, 2. Vorsitzender; Holz, Kassierer; Oberbeckmann, 1. Schriftführer; Reichheng, 2. Schriftführer; Droste, Hoffmann, Koller Bibliothekskommission. — Kartelldelegierte: Kollegen Flatterich, Linnenbrügger und Schuster. In den Bezirksvorstand trat an Stelle des verdienstvollen Kollegen Mirow, der invalid wurde, Kollege Lentz.

Der neue Tarif wurde in Bielefeld in allen Druckereien glatt eingeführt, bis auf die Firma Eilers sen., wo die Drucker eine halbe Stunde länger arbeiteten.

Einen Anti-Alkoholvortrag: „Ein Feind der Kultur“ hielt Kollege Karl Löwe. Wenn die Ausführungen des Redners, wie die Diskussion zeigte, auch nicht von allen Anwesenden geteilt wurde, so bewies andererseits der gezollte Beifall, daß der Referent bei vielen Versammlungsbesuchern Zustimmung gefunden hatte.

Gauvorsteher Emil Albrecht sprach in der Quartals-Generalversammlung über „Die Gewerkschaften und die drohende Verschlechterung des Koalitionsrechts“. Reicher Beifall folgte seinen vortrefflichen Ausführungen.

Aus Anlaß des Besuches der Kollegen-Gesangvereine von Osnabrück und Münster zu Pfingsten 1912 wurden dem „Graphischen Gesangverein“ 100 M. überwiesen. — Die Zentralbibliothek erhielt 25 M. bewilligt.

Die Juni-Versammlung beschäftigte sich mit der Generalversammlung des Deutschen Buchdruckervereins in Breslau und nahm eine vom Orts- und Bezirksvereinsvorstande empfohlene EntschlieÙung einstimmig an:

Die am 8. Juni 1912 stattgefundene Versammlung des Ortsvereins Bielefeld protestiert mit aller Entschiedenheit gegen den in der Versammlung der Prinzipale des Kreises II gefaÙten BeschluÙ, bei der Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins zu Breslau zu beantragen, daß der Deutsche Buchdrucker-Verein Schritte unternimmt, den MiÙstand zu beseitigen, daß den dem Verbande der Deutschen Buchdrucker nicht angehörenden Gehilfen das Arbeiten in tariftreuen Druckereien erschwert wird. Die in diesem Antrage enthaltene Beschuldigung und Verdächtigung des Verbandes und seiner Mitglieder stützt sich auf Terrorismusgeschichten die wiederholt, auf ihren wahren Wert zurückgeführt sind. Versammlung erhebt daher gegen diese Beschuldigung, die sie als eine direkte Irreführung der öffentlichen Meinung bezeichnet, den entschiedensten Protest.

Diese Resolution ist den drei Bielefelder Tageszeitungen übersandt; aber nur von der „Volkswacht“ wurde ihr Aufnahme gewährt.

Am 21. Juli konnte der Ortsverein nach einem Zeitraum von sechs Jahren wieder den 1. Verbandsvorsitzenden begrüßen. Kollege Emil Döblin referierte unter großem Beifall über „Die Situation im Buchdruckergewerbe“. Er behandelte u. a. ausgiebig den Wert des Tarifs und der noch nebenbei abgeschlossenen Verträge, insbesondere das Zustandekommen des letzten Tarifs und die großen Schwierigkeiten in der Maschinensetzerfrage.

Vor Beginn der zweiten Quartals-Generalversammlung fand eine Zusammenkunft der Neuausgelernten mit dem Vorstände und den Vertrauensleuten statt, in der die jungen Kollegen über das Wissenswerteste im Verbandsleben wie auf tariflichem Gebiete Belehrung erhielten.

Für die Gewerbegerichtsbeisitzerwahl wurde Kollege H. Maßmann nominiert.

Nachdem das Inslebetreten einer Korrektorensparte schon zu Anfang des Jahres 1912 erfolgt war, konnte in der September-Versammlung der Vorsitzende Mitteilung machen von der stattgehabten Gründung der Typographischen Vereinigung. In derselben Versammlung hielt der Kollege H. Dethloff-Hagen einen Lichtbildervortrag über das Setzmaschinenwesen.

Die dritte Quartals-Generalversammlung bewilligte der 140 Mitglieder zählenden „Typographischen Vereinigung“ 25 M. Ebenso wurden den streikenden baltischen Kollegen 25 M. als Unterstützung übersandt.

Kollege Ernst berichtete über die am 25. November in Köln stattgefundene Kreisamtssitzung. Hervorzuheben sei die Plattform, auf der die Parteien sich einigten: die Prinzipale verpflichteten sich, bei Einstellung von Gehilfen nicht nach der Zugehörigkeit zu irgend einer Organisation zu fragen, dagegen dürften die Gehilfen mit ihren Leistungen, wie angenommen worden sei, nicht zurückhalten.

Ende 1912 wurde wieder die Einführung einer Überstundenstatistik beschlossen.

In den Vorstand 1913 kam als zweiter Schriftführer Kollege v. d. Heid für Kollegen Reichheng.

Als Kartelldelegierte wurden die Kollegen Flatterich, Linnenbrügger und Poggenklas gewählt.

Die Generalversammlung am 11. Januar 1913 nahm den Antrag der Kartelldelegierten Flatterich, Linnenbrügger, Poggenklas und Schuster auf Übergabe der Bibliothek an die Zentralbibliothek gegen fünf Stimmen an.

In der Märzversammlung erntete Redakteur Karl Severing mit seinem Vortrage über „Hebbel und sein Leben“ wohlverdienten Beifall. — In derselben Versammlung wurde Beschluß gefaßt auf Errichtung einer Sparkasse zwecks Besuchs der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig 1914. — Ferner hörte die Versammlung die Mitteilung, daß der Gutenbergbund in Paderborn durch rührige Agitation auf 75 Mitglieder angewachsen sei, demgegenüber der dortige Ortsverein des Verbandes nur 24 Mitglieder aufzuweisen habe. Am 3. Mai 1913 fand die erste Versammlung im neuen Vereinsheim, dem Gewerkschaftshaus der Metallarbeiter „Eisenhütte“ statt. Nach der Begrüßung der 18 Neuausgelernten und nach dem beifällig aufgenommenen Vortrage des Gauvorstehers Kollegen Albrecht-Köln: „Gewerkschaftliche Tätigkeit und Erziehungsarbeit“ machte der Vorsitzende Kollege Dreyer noch Mitteilung von der neuerlichen Gründung einer Ortsgruppe des Hilfsarbeiterverbandes und ersuchte, wo eben möglich, der verwandten Organisation Mitglieder zuzuführen. Dann folgte der gemütliche Teil zur Einweihung des neuen Vereinsheims, zu dem einige Kollegen den musikalischen und humoristischen, und der „Graphische Gesangverein“ den gesanglichen Teil übernommen hatten. Delegierter zur Verbands-Generalversammlung in Danzig vom 16.—22. Juni 1913 war Bezirksvorsitzender Kollege Lentz. Der „Typographischen Vereinigung“ bewilligte der Orts- und Bezirksverein je 15 M. zur Deckung des Defizits von 45 M., das durch Veranstaltung einer öffentlichen Plakatausstellung entstanden war.

Die September-Versammlung ehrte das Andenken des verstorbenen Arbeiterführers August Bebel. — Ferner gab der Vorsitzende bekannt, daß dem Verbandsvorsitzenden Kollegen Döblin zu seinem Amtsjubiläum Glückwünsche vom Orts- und Bezirksvorstand übersandt seien. — Diese Versammlung erörterte auch den Konflikt der Hamburger Kollegen in der

Verlags-Gesellschaft deutscher Konsumvereine, bzw. die Wiederauflösung des beigelegten Konflikts durch deren Leiter, Kaufmann und Steinhorst, in einer Hamburger Prinzipalsversammlung und nahm die vom Kollegen Flatterich eingebrachte Resolution einstimmig an:

Die am 6. September in der „Eisenhütte“ tagende Versammlung des Ortsvereins Bielefeld im Verbands der Deutschen Buchdrucker gibt ihrer Entrüstung darüber Ausdruck, daß Herr Kaufmann-Hamburg, Leiter der Verlagsgesellschaft Deutscher Konsum-Vereine, Mitglied der Unternehmerorganisation im Buchdruckgewerbe, in Gemeinschaft mit Herrn Steinhorst, technischem Leiter der Buchdruckerei der Verlagsanstalt, in einer Versammlung Hamburger Buchdruckereibesitzer an der Wiederauflösung des beigelegten Konfliktes in genannter Druckerei mitgewirkt haben. Der Zweck jener Versammlung war, den Konflikt in recht scharfmacherischer Weise auszunutzen. Das Vorhaben Kaufmanns und Steinhorsts betrachtet die Versammlung des Ortsvereins Bielefeld als im höchsten Maße arbeiter- und genossenschaftsfeindlich, die Herren haben sich damit den in vorderster Reihe stehenden Scharfmachern in unserem Gewerbe würdig an die Seite gestellt. Die Versammlung fordert die genossenschaftlich organisierte Arbeiterschaft auf, dafür zu sorgen, daß diesem eines Arbeiterbetriebes unwürdigen Treiben ein Ende bereitet und Herrn Kaufmann klar gemacht wird, daß er als Leiter eines arbeitergenossenschaftlichen Betriebes unter keinen Umständen, weder ideell noch materiell, zur Stärkung einer Unternehmerorganisation beitragen darf. Die Aufsichtsinstanzen der Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine sollten dahin wirken, daß Herr Kaufmann aus dem Vorgefallenen die notwendigen Konsequenzen zieht.

Die Versammlung beschloß, obige Resolution der hiesigen Arbeiterschaft zugänglich zu machen und in der „Volkswacht“ veröffentlichen zu lassen.

In der November-Versammlung referierte Kollege Feichter in einem Vortrage „Streiflichter vom Gewerbegerichtstag in Leipzig“, an dem er als Delegierter teilgenommen hatte. Vorstand 1914: Kollege Lentz, 1. Vorsitzender; Weeking, 2. Vorsitzender; Holz, Kassierer; Dreyer, Ernst, Koller, Löschner, Schriftführer bzw. Beisitzer. — Kartelldelegierte: die Kollegen Koller, Linnenbrügger und Poggenklas.

Im März sprach Kollege Flatterich über das Thema: „Der Graphische Gesangverein als kollegiales Bindeglied“. Redner hob hervor, daß der Gesangverein im örtlichen Kollegenkreise nicht die Bedeutung genieße, die ihm zukomme, da noch etwa 200 Kollegen in Bielefeld ihm aus Gründen unzuläng-



Albert Uhlemann
Eingetreten am 21. Januar 1876 in Leipzig

licher Art fernständen und ein, glücklicherweise nur kleiner Teil sogar gegen ihn agitiere. Referent forderte zum vollzähligen Anschluß an den Gesangverein auf und meint, wenn bisher der Nichtanschluß an den Arbeiter-Sängerbund manche abgehalten hätte, so sei es doch klar, daß man an der Lösung dieser und anderer Fragen nur innerhalb des Vereins mitwirken könne. Für seine Ausführungen erntete Kollege Flatterich lebhaften Beifall. In der anschließenden Diskussion, an der sich neun Kollegen beteiligten, kamen gegensätzliche Auffassungen und Meinungen nicht zum Ausdruck. Einen Hauptbestandteil der Ausführungen bildete auch hier der Anschluß an den Arbeiter-Sängerbund.

Nach der Überstundenstatistik sind im Jahre 1913 etwa 24 000 Überstunden geleistet worden.

Im April referierte Kollege Krebs-Köln über „Wie sichert sich der Berufsarbeiter seine Stellung als solcher?“ In interessant gestalteten Ausführungen wies Vortragender auf die Notwendigkeit der beruflichen Fortbildung hin und forderte zum Eintritt in die technischen Vereinigungen auf.

Eine Außerordentliche Versammlung am 20. April gab ihre Zustimmung zu dem Vorstandsvorschlag, an die Stadtverwaltung ein Gesuch zu richten zwecks Gewährung eines Reisezuschusses an Kollegen, die die „Bugra“ in Leipzig besuchen wollten. — Dieses Gesuch ist, nachdem die Stadtverordnetenversammlung zuerst 500 M. bewilligt hatte, zweimal vom Magistrat wieder abgelehnt worden. Auf die Eingabe mit demselben Zwecke an die Prinzipale Bielefelds, die an 23 Firmen gesandt war, haben nur drei in wohlwollendem Sinne geantwortet und zwar Velhagen & Klasing, Jeziorsky & Koch und Eilers sen.

Dem „Verein der Naturfreunde“ wurden zum Bau einer Unterkunftshütte 10 M. überwiesen.

1914-1918

Opfersinn und guter Zusammenhalt der Daheimgebliebenen mit den Feldfrauen und deren Familien — Die Arbeitslosigkeit — 50jähriges Verbandsjubiläum — Feier des 25jährigen Bestehens des Graphischen Gesangsvereins und 40jährigen Bestehens des Ortsvereins — Emil Döblin † — Ehrentafel der Gefallenen u. a.

Während der langen Dauer des Krieges war die Verbindung des Ortsvereins mit den im Felde befindlichen Kollegen durch die Feldpost eine äußerst rege. Wiederholt gingen in Zwischenräumen Massensendungen von Liebespaketen ins Feld, wofür auch der „Graphische Gesangsverein“ und die anderen Sparten ihre Kassen opferten. Neben anderen Familien-Zusammenkünften wurde besonders darauf gehalten, jährlich eine größere Weihnachtsfeier zu veranstalten, wo die Kriegerfrauen und deren Kinder reichliche Geschenke an Geld und Gaben erhielten.

Am 25. Oktober 1914 hielt Gauvorsteher Kollege Albrecht-Köln einen aktuellen Vortrag: „Die Einwirkungen des Krieges auf unsere gewerblichen und organisatorischen Verhältnisse und unsere Aufgaben.“

Die allgemeine Arbeitslosigkeit nahm zu Anfang des Krieges einen außerordentlich großen Umfang an. Da das Buchdruckgewerbe davon besonders hart getroffen wurde, beantragte der Ortsvorstand sofort eine wöchentliche Extrasteuer von 50 Pf. zu erheben. Über diese Maßnahme setzte in den späteren Versammlungen ein Meinungsstreit ein. Und man hat dann einsehen müssen, daß die Kollegen recht behalten hatten, die behaupteten, die Kriegslage würde den Arbeitsmarkt noch so gestalten, daß ein Mangel an verfügbaren Arbeitskräften eintreten würde. Die Extrasteuer fand dann durch einstimmigen Versammlungsbeschluß eine Herabsetzung auf wöchentlich 10 Pf.

„Die deutschen Gewerkschaften und der Krieg“. Dieses Thema erörterte am 1. März 1915 Redakteur Karl Severing in 1¼stündigen lehrreichen Ausführungen mit denen er allgemeinen Beifall erntete.

In der Versammlung vom 3. Juli 1915 machte Vorsitzender W. Lenz die Mitteilung, daß die Druckerei „Volkswacht“

ihr 25 jähriges Jubiläum am 1. Juli begehen konnte. „Wenn auch in früheren Jahren die ‚Volkswacht‘ unsere Interessen nicht rühmlich vertreten habe, so müsse doch jetzt anerkannt werden, daß sie sich um die Arbeiterinteressen große Verdienste erworben habe.“

Am 25. März 1916 hielt Photograph Baumann-Bielefeld einen Experimental-Vortrag: „Der elektrische Strom“.

Das 50 jährige Bestehen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker wurde am 21. Mai 1916 in der „Gambrinushalle“ (Indiestel) durch eine Bezirks-Festversammlung begangen. Ein zum größten Teil aus musikbeflissenen Kollegen zusammengesetztes Orchester leitete die Feier ein, worauf Kollege Emil Hiltcher den vom „Korrespondent“-Redakteur Kollegen Helmholz gedichteten Jubiläums-Prolog ausdrucksvoll zu Gehör brachte. Die beifällig aufgenommene Festrede hielt Gauverwalter Müller-Köln, und der „Graphische Gesangsverein“, der seine nichteinberufenen Sänger zusammengeholt hatte, trug durch Vortrag passender Lieder sehr zur Hebung des Festes bei. In der Jubiläumsnummer des „Korrespondent“ stand der Bezirk Bielefeld mit 46 Kollegen verzeichnet, die dem Verbande 25 Jahre und länger treu angehört hatten.

„50 Jahre Drucksachen-Ausstattung“. An Hand zahlreichen Anschauungsmaterials, das vom Kollegen Möller-Leipzig sorgfältig zusammengestellt war, behandelte in der Versammlung vom 26. Juli 1916 Kollege H. Weeking obiges Thema in längeren Ausführungen, und Kollege Emil Hiltcher rezitierte aus der Gedichtsammlung „Ein Kranz dem Verbande“. — Auf Vorschlag des Vorstandes wurden der Arbeiterbibliothek zwei Bände, die „Geschichte des Verbandes der Deutschen Buchdrucker“ und ein Exemplar „Ein Kranz dem Verbande“ des Kollegen Preczang überwiesen. Mehrere Versammlungen im späteren Verlaufe des Krieges mußten sich mit der nicht restlos erfolgten Auszahlung der tariflich festgelegten Teuerungszulagen beschäftigen, ebenso auch mit der Regelung der Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen in der Lebensmittelversorgung. —

Kollege Petke erklärte sich freiwillig bereit, an Stelle des zum Militärdienst einberufenen Kollegen Meyerhoff das Amt des Kartelldelegierten zu übernehmen.

Am 15. März 1917 konnte Kollege L. Hüntzsch auf eine 50 jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken. Die Ehrung des Jubilars fand am 19. Mai in der „Eisenhütte“ statt, zu der Gauvorsteher Albrecht-Köln anwesend war.

Vorsitzender Kollege Löschner, der an die Stelle des seitherigen Vorsitzenden Kollegen Weeking getreten war, weil dieser das Kassiereramt für den einberufenen Kollegen Holz übernommen hatte, referierte am 11. März 1917 „Über die gegenwärtige Lage im Berufe“ und im Juli desselben Jahres über „Gewerkchaftliche Zukunftsaufgaben“.

Am 25. März beging der „Graphische Gesangverein“ durch eine einfache kurze Morgenfeier sein 25 jähriges Bestehen im Vereinslokal „Eisenhütte“.

Eine Feier anlässlich des 40 jährigen Bestehens des Ortsvereins Bielefeld fand am 9. Dezember 1917 in der „Eisenhütte“ statt. Nachdem Gauvorsteher E. Albrecht-Köln in der Morgenversammlung in einem Vortrage „Rückblick auf die Tagung der Tarif-Ausschußsitzung in Berlin“ die Resultate dieser Sitzung näher beleuchtet hatte, fand nachmittags die wiederum von den Kollegen mit ihren Angehörigen recht zahlreich besuchte Familienfeier statt. Der langjährige ehemalige Orts- und Bezirksvorsitzende Kollege Otto Mirow gab als einer der ältesten am Orte noch weilenden Mitglieder einen Rückblick auf die Geschichte des Ortsvereins Bielefeld, viele frohe und trübe Erinnerungen wachrufend; seinen interessanten Ausführungen folgte großer Beifall. Die eigentliche Festansprache hielt Gauvorsteher Kollege Albrecht, der die alten Kämpen feierte, insbesondere den 50 jährigen Jubilar Louis Hüntzsch; ferner gedachte er in tief bewegten Worten der vielen, auf blutiger Walstatt gebliebenen Kollegen. Bei Musik- und anderen Vorträgen, wobei namentlich Kollege Ed. Fliegner in Rezitationen wieder wie so oft sein Bestes gab, und den Liedern der Konzertsängerin Frl. Emmy Krause verflohen die Stunden nur allzusehr.

Im Oktober 1917 erhielt die Bielefelder Gehilfenschaft eine einmalige Ausnahmeteuerszulage.

Die Versammlung am 15. Februar 1918 ehrte in besonderer Weise das Andenken des verstorbenen hochverdienten und ausgezeichneten Verbandsvorsitzenden Emil Döblin. Die eindrucksvolle Gedächtnisrede hielt Kollege Löschner.

Am 3. Juli 1918 erstattete in der „Eisenhütte“ der Verbandsvorsitzende Kollege Peter Graßmann- Berlin Bericht über den Verlauf der in Würzburg stattgehabten außerordentlichen Verbands-Generalversammlung.

Der Vorsitzende Kollege Löschner teilte im Juli 1918 mit, daß die Mehrzahl der Bielefelder Prinzipale nach Vorstelligwerden der Gehilfen erklärt hätten, die Teuerungszulagen zu erhöhen. Während des Krieges haben die Kollegen W. Lentz, H. Weeking und Georg Löschner dem Ortsverein als Vorsitzende erfolgreich vorgestanden; Kassierer waren die Kollegen A. Holz und H. Weeking; als Schriftführer amtierten die Kollegen Ed. Dreyer und Max Middeldorff und als Beisitzer Kollege L. Ernst. Letzterer hat als Gehilfenvorsitzender des Schiedsgerichts bei vorkommenden Streitfällen während des Krieges eine vermittelnde Tätigkeit mit vielem Erfolg wahrgenommen.

EHRENTAFEL

Nachstehend verzeichnete Kollegen des Ortsvereins Bielefeld mußten im Kriege ihr Leben hingeben:

Ahlhorn, Gerhard	Hübner, Robert	Noeggerath, Norbert
Bauer, Oskar	Hugo, Heinrich	Ostmann, Friedrich
Bitter, Heinrich	Husemann, Ludwig	Pfefferkorn, Otto
Blankenburg, Gustav	Imkamp, Heinrich	Pielsticker, Fritz
Brinkmann, Heinrich	Keiderling, Heinrich	Plafmann, Heinrich
Buchholz, Fritz	Kihr, Otto	Pohlmann, Otto
Bunte, Hugo	Kleine-Bekel, Karl	Remmert, August
Diekmann, Heinrich	Klinkhammer, Gerh.	Ruhr, Fritz
Döge, Richard	Klöpper, Emil	Sambrowsky, Ferd.
Dölle, Franz	Knoche, Julius	Schürmann, Karl
Düker, Paul	Knost, Rudolf	Schweers, Hugo
Eibensteiner, Franz	Kobs, Alfred	Sebening, Fritz
Ellermann, Gustav	Kröger, Alfred	Steinbrecher, Arno
Ernst, Wilhelm	Kroos, Eduard	Steinkröger, August
Gerke, Johannes	Kuhn, Walter	Switalski, Rudolf
Gutler, Gustav	Langeworth, Oskar	Unland, Hermann
Halemeyer, Wilhelm	Linnenbrügger, Fritz	Voß, Gustav
Heißmann, Paul	Lippert, Fritz	Voß, Heinrich
Himmler, Richard	Meyer, Gustav	Wellerdiek, Emil
Höcker, Erich	Meyer, Walter	Westerheide, Emil
Höner, Emil	Müller, Hans	

1918-1927

Bestrebungen auf fachgewerbliche Weiterbildung — Graphisches Arbeitsamt — Das Verhalten des Arbeitgeberbundes für das graphische Gewerbe und Vorgehen der Gehilfen und Hilfsarbeiter wegen Teuerungszulagen — Ein Streik ohne viel Erfolg — Lokalzuschlag 15 % — 17 ½ % — 20 % — Gründung einer Lehrlingsabteilung — Ein „wilder Streik“ — Was der amtliche Schlichtungsausschuß sagt — Anhaltende Unzufriedenheit über die zu geringe Entlohnung — Streik bei der Firma Gust. Thomas — Eine dreiwöchentliche Gesamtaussperrung — Ein Konflikt mit der „Volkswacht“ — Überall Entlassungen — W. Krahl in Bielefeld — Besuch der Kollegengesangvereine „Gutenberg“ Minden, „Typographia“ Münster und „Typographia“ Osnabrück — Gründung einer Technischen Bibliothek — 60jährige Jubelfeier des Verbandes u. a.

Ende 1918 setzten im Ortsverein die Bestrebungen auf fachgewerbliche Weiterbildung wieder ein. Nach einem Referat des Kollegen Weeking „Über neue Wege“, in dem er dem Wiederinslebentreten der „Typographischen Vereinigung“ das Wort redete, wurde ein Bildungsausschuß, bestehend aus den Kollegen Geimke, Löschner, Scheele, Steinbrecher und Strothmann, gewählt.

Der Betrag der bisher erhobenen Extrasteuer wurde um 10 Pf. auf 25 Pf. pro Woche erhöht.

Aus einer kurzen Besprechung der Friedensbedingungen der Entente resultierte die Annahme folgender, vom Kollegen Petke eingebrachten EntschlieÙung:

Den Vorstand zu ersuchen, den internationalen Buchdrucker-Sekretär zu beauftragen, bei den vor dem Kriege abgeschlossenen Organisationen Schritte zu unternehmen in dem Sinne, daß diese in ihrem Lande für Aufklärung des Volkes dafür sorgen, daß die in Deutschland gegenwärtig herrschende Bewegung mit Bolschewismus nichts zu tun hat. Das deutsche arbeitende Volk erwartet, daß die Arbeitsbrüder in den alliierten Ländern ihre Regierungen auffordern, die Hungerblockade gegen die Zentralmächte so schnell wie möglich aufzuheben.

Im Volksrat, einer durch die Revolution ins Leben gerufenen Institution, war der Ortsverein vertreten durch die Kollegen David, Dreyer, Droste, Ernst, Lentz, Löschner, Meyerhoff, Moshage, Petke, Weeking. Ein Antrag, auch im Vollzugsrat vertreten zu sein, fand keine Annahme. — Aus den Kollegen Löschner und Lentz, Köchling (Steindrucker) und Hergt (Buchbinder) von Arbeitnehmerseite und

den Herren Bertelsmann (Deutscher Buchdruckerverein), Niemeyer (Zeitungsverlegerverein), Brockmann (Steindruckereibesitzer) und Dohse (Buchbindereibesitzer) von Arbeitgeberseite bildete sich ein „Graphisches Arbeitsamt“, dessen Aufgabe es sein sollte, das graphische Gewerbe wieder in geordnete Bahnen zu leiten. — Alle diese Gebilde nach der Revolution waren nicht von langer Lebensdauer und verschwanden sehr bald von der Bildfläche.

Gegen den Teil der Prinzipale, der sich gegen die in der Sitzung des Tarifausschusses vom 19. und 20. Dezember 1918 festgesetzten Teuerungszulagen wendete, richtete sich nachstehende, vom Kollegen Weeking eingebrachte und einstimmig angenommene Resolution in der Ortsversammlung vom 7. Januar 1919:

Die heutige von über 150 Kollegen besuchte Mitgliederversammlung protestiert gegen das untarifliche Verhalten der Buchdruckereibesitzer des Kreises II (Rheinland-Westfalen) und gibt ihrer Überzeugung Ausdruck, daß die beschlossene erneute Teuerungszulage unter allen Umständen zu Recht bestehen bleiben muß, zumal die täglich noch steigenden Lebensunterhaltungskosten diese erneute Teuerungszulage bereits wieder überholt haben.

Der Orts-Extrabeitrag erhöhte sich wiederum um 5 Pf. Der Ortsvorstand 1919 bestand aus folgenden Kollegen: Löschner 1. und Weeking 2. Vorsitzender, Holz Kassierer, Dreyer 1. und Gustav Meyer 2. Schriftführer, Ernst und Zabel Beisitzer. — Reisekasseverwalter: Kollege Ernst. — Kartelldelegierte: die Kollegen Fr. Bökenkamp, H. Scheele und A. Schuster.

In der Mitgliederversammlung vom 17. April 1919 machte Vorsitzender Kollege Löschner Mitteilung von einem Schreiben von 30 Kollegen aus der Druckerei E. Gundlach A.-G., weiter von einem solchen eines Kollegen aus der Druckerei J. D. Küster Nachf., in denen das Verlangen nach Anbahnung einer den Verhältnissen entsprechenden Regelung der Teuerungszulagen bzw. Gewährung eines Entschuldungsbetrages Ausdruck fand. Kollege Löschner erklärte, er habe mit dem Vorsitzenden des örtlichen Prinzipalvereins verhandelt. Dieser hätte sich bereit erklärt, für die Gewährung eines Extrawochenlohnes bei seinen Kollegen zu wirken. Der neugegründete Arbeitgeberbund für das graphische Gewerbe beschloß aber nur die Bewilligung eines halben

Lohnes und nur für Verheiratete, was die Gehilfen ablehnten. Als auch die Erhöhung auf 40 M. keine Einigung brachte, legten die Gehilfen und Hilfsarbeiter von Gundlach am Mittwoch, 7. Mai, die Arbeit nieder, welchem Vorgehen sich das technische Druckereipersonal (auch Hilfsarbeiter) der Firma J. D. Küster Nachf. anschloß. Daraufhin erklärte sich der Arbeitgeberbund für das Buchdruckgewerbe am Donnerstag zu Verhandlungen bereit. Gewährt wurde für das Druckereipersonal: für Verheiratete ein Minimumlohn nebst Teuerungszulage, für Ledige $\frac{3}{4}$ Lohn nebst Teuerungszulage; männliche Hilfsarbeiter 40 M., weibliche 20 M.; Lehrlinge vom 2. Jahre an 25 M. Lohnabzug für Streikzeit findet nicht statt, jedoch sind zwei versäumte Stunden nachzuholen. Diese Abmachungen fanden Geltung für sämtliche Bielefelder Druckereien mit Ausnahme der Anstaltsdruckerei Bethel, von der jedoch später eine befriedigende Regelung vorgenommen wurde.

Den Bericht über eine stattgehabte Bezirksvorsteher-Konferenz im Anschluß an die Verhandlungen des Tarif-Ausschusses erstattete Vorsitzender Kollege Löschner in der Ortsversammlung vom 29. Mai. Eine auf der Konferenz gefaßte Resolution fand in der Versammlung nach längerer Aussprache einmütige Zustimmung:

Die Bezirksvorsteher-Konferenz des Gaus Rheinland-Westfalen des V. d. D. B. bedauert das geringe Entgegenkommen der Prinzipalvertreter bei der letzten Tarifausschuß-Sitzung. Sie empfindet das Angebot der Teuerungszulagen um 8—10 Mk. seitens der Prinzipale als einen Hohn auf die Notlage der Gehilfen und bedauert, daß die Zuhilfenahme des Reichs-Arbeitsamts und eines Schiedsgerichts sich durch die Schuld der Prinzipale notwendig machte. — Das Ergebnis des Schiedsspruches entspricht zwar nicht den berechtigten Erwartungen der Gehilfen. Die Bezirksvorsteher-Konferenz stellt sich jedoch auf den Boden der Tarifgemeinschaft und empfiehlt der Gehilfenschaft dringend, sich mit dem Erreichten einverstanden zu erklären und zwar mit Rücksicht auf die Unsicherheit der durch den bevorstehenden Friedensvertrag zu erwartenden Wirtschaftslage. Die Konferenz erwartet baldigste Revision des Tarifs und volle Berücksichtigung der Notlage der Gehilfenschaft.

Angesichts der Teuerungsverhältnisse wurde den Kranken und Arbeitslosen eine wöchentliche Extrazuwendung von 3 M. gemacht. Witwen und Invalide erhielten den Betrag von 25 M. Der „Typographische Vereinigung“ wurde für ihre Zwecke

50 M. überwiesen; ebenso wurde dem Gewerkschaftskartell für Bildungszwecke 100 M. einstimmig bewilligt.

Am Donnerstag, 5. Juni 1919, nahm der „Graphische Gesangsverein“ seine regelmäßigen Übungsstunden wieder auf.

Einen beifällig aufgenommenen Vortrag: „Volksgesundheitliche Fragen der Gegenwart“ hielt am 7. Juli Dr. Wichern-Bielefeld, und am 25. August referierte in der Mitgliederversammlung Kollege Köllner über „Die soziale Arbeiterversicherung, und wie gestalten wir diese weiter aus?“ Redner beleuchtete in seinem Vortrage die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der kleinen Krankenkassen, ferner wies er ziffernmäßig nach, wie verheerend der Krieg auf die Volksgesundheit eingewirkt habe.

Am 29. September sprach Lehrer Pellmann über „Ethik und materialistische Geschichtsauffassung“ und am 26. Oktober Oberlehrer Dr. Bauer über „Vom Kapitalismus zum Sozialismus“. Beide Vorträge fanden reichen Beifall.

In einer Außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 20. November 1919 berichtete Vorsitzender Kollege Löschner: Am 13. November nahm eine Vertrauensmännersitzung Stellung zu der wirtschaftlichen Notlage der Mitglieder. Nach eingehender Erörterung kam man in dieser Sitzung zu dem Entschluß, den Prinzipalen die Not zu schildern und um eine außerordentliche Teuerungszulage anzugehen. Zu diesem Zwecke wurde eine sog. Verhandlungskommission, bestehend aus dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts, den Organisationsvertretern und fünf Kollegen, gewählt. Leider war es bis zum Tage dieser Versammlung nicht möglich, mit den Prinzipalen zur Verhandlung zu kommen.

Von dem weiteren Verlauf dieser Angelegenheit, die zu einem Konflikt führte, gibt ein damals vom Ortsverein herausgegebenes Flugblatt Auskunft:

Zur Aufklärung! Da die Differenzen mit unserem Buchdruckerpersonal noch nicht beigelegt werden konnten, muß die Zeitung zu unserem Bedauern auch heute in unvollkommener Form erscheinen. Nur ein kleiner Teil des vorhandenen Materials wurde gesetzt; zahlreiche Anzeigen mußten zurückgestellt werden.

Westf. Neueste Nachrichten. Nr. 274. 24. 11. 19.

Die unterzeichnete Organisation fühlt sich verpflichtet, der Öffentlichkeit zu Vorstehendem folgendes zu erklären: Veranlaßt durch das scharfmacherische Vorgehen der Firmeninhaber der E. Gundlach A.-G.

in Verbindung mit der Organisation der hiesigen Buchdruckerei-
besitzer, sahen sich die organisierten Gehilfen gezwungen, am Montag,
den 24. d. M., ihre Arbeitsplätze zu verlassen.

Dem Vorfall liegt folgendes zugrunde: Infolge der völlig unzureichenden
Löhne, der unerhörten und fortwährenden Preissteigerung fast aller zum
Leben notwendigen Nahrungsmittel und Bedarfsgegenstände sahen sich
die Gehilfen genötigt, mit der Leitung der Arbeitgeberorganisation
Verhandlungen zu pflegen, um eine Besserung ihrer wirtschaftlichen
Notlage herbeizuführen. Mehrere Male wurde deshalb an die Arbeit-
geber das Ersuchen gerichtet, mit den Vertretern der Gehilfen Ver-
handlungen einzuleiten. Die Gehilfenvertreter glaubten, im Interesse
des gewerblichen Friedens zu handeln, sie waren des weiteren der Mei-
nung, daß auch die hiesigen Buchdruckereibesitzer soviel soziales
Verständnis besitzen würden, um zu der Überzeugung zu gelangen,
daß die Gehilfenschaft wohl ein Anrecht darauf hat, in ihrer trostlosen
wirtschaftlichen Lage unterstützt zu werden.

Was war die Antwort der Arbeitgeber?

Von den leitenden Personen ihrer Organisation wurde dem mit den
Verhandlungen beauftragten Gehilfenvertreter u. a. erklärt, die Not-
lage, in der sich die Gehilfen befänden, werde anerkannt, sie (die Arbeit-
geber) müßten aber jegliche Verhandlungen ablehnen, da sie durch
Beschlüsse ihrer Organisation gebunden seien. Sie wären wohl zu Ver-
handlungen bereit, aber nur auf dem Wege über die Tarifinstanzen,
nicht einsehend, daß außerordentliche Zeitumstände auch außerordent-
liche Vereinbarungen rechtfertigen.

Diese Antwort löste helle Empörung bei den Gehilfen aus. Daß bei
dieser allem menschlichen Gefühle geradezu hohnsprechenden Stellung-
nahme seitens der Arbeitgeber die Gehilfen noch Ruhe bewahrten,
ist nur ihrer Disziplin zuzuschreiben. Eine nachfolgende Versammlung
faßte einstimmig den Beschluß, daß die Gehilfen bzw. deren Vertrauens-
männer in den einzelnen Druckereien selbst zwecks Erlangung einer
Lohnaufbesserung vorstellig werden sollten.

Mit Ausnahme der „Volkswacht“, die die gewünschte Lohnaufbesserung
bewilligte, erklärten die einzelnen Arbeitgeber, sie erkennen die Not-
lage der Gehilfen an, seien aber durch Beschluß unter Strafe gebunden
und würden nur dann bewilligen, wenn — eine andere Firma den
Anfang mache.

Durch die brüske Ablehnung unserer Forderungen wurde das Be-
streben der Gehilfen, eine Verständigung auf tariflicher Grundlage zu
erlangen, völlig illusorisch.

Wer trägt die Schuld?

Nur die Arbeitgeber, welche durch ihre Kurzsichtigkeit die jetzige Lage
heraufbeschworen haben. Daß die Arbeitsfreudigkeit der Gehilfen durch
das schroffe Verhalten der Arbeitgeber nicht gehoben wurde, ist wohl
selbstverständlich.

Am vergangenen Montag morgen versuchte der Vertrauensmann der
Firma Gundlach, nochmals in Verhandlungen einzutreten. Mit Zu-
stimmung seiner Firma wandte er sich nochmals an den Vorsitzenden

der Arbeitgeber. Im Verlauf der Unterredung lehnte dieser abermals jegliche Verhandlung — auch vor dem Schlichtungsausschuß — ab. Darauf erfolgte mittags die rechts- und tarifwidrige plötzliche Entlassung von drei Kollegen bei der Firma Gundlach. Unter diesen Verhältnissen sah sich die übrige Kollegenschaft bei genannter Firma gezwungen, Solidarität mit den Gemaßregelten zu üben und ihre Arbeitsplätze zu verlassen. Die Firma Gundlach machte nun den Versuch, ihre Arbeiten bei anderen Firmen herstellen zu lassen. Als dieses Ansinnen an die Kollegen der „Westfälischen Zeitung“ gestellt wurde, lehnten diese ein solches Verlangen selbstverständlich ab, und sie wurden daraufhin entlassen. Aus demselben Anlaß erfolgte auch in anderen Druckereien die Entlassung der Personale. Eine für die Öffentlichkeit bestimmte aufklärende Nötiz wurde schon am Freitag voriger Woche von der „Westfälischen Zeitung“ sowohl als auch von den „Westfälischen Neuesten Nachrichten“ abgelehnt und nur von der „Volks-wacht“ gebracht.

Dies ist der wahre Sachverhalt!

An die gesamte Öffentlichkeit richten wir die Bitte, Verständnis für den uns aufgezwungenen Kampf zu zeigen.

Verband der Deutschen Buchdrucker
Ortsverein Bielefeld.

Die „Westfälische Neuesten Nachrichten“ (General-Anzeiger) und die „Westfälische Zeitung“ brachten während der Streik- bzw. Aussperrungstage gemeinsam täglich eine einseitige Zeitung heraus.

Zum 26. November hatte Handwerkskammersekretär Sackmann die Parteien geladen, um eine Verständigung herbeizuführen; es kam ein Ausgleich zustande:

Die Vertreter der Arbeitgeber erkennen an, daß eine allgemeine Notlage besteht und erklären sich zur Gewährung von Vorschüssen bereit, die jedoch auf die in Kürze zu erwartenden tariflichen Bewilligungen in Anrechnung gebracht werden sollen. Die Vertreter der Gehilfenorganisationen erklären sich bereit, ihre Mitglieder dahin zu verständigen, daß sie die gewährten Vorschüsse demnächst auf die tariflichen Bewilligungen sich anrechnen lassen bzw. zurückzahlen und zwar in wöchentlichen Raten von 5—10 Mk. Weitere Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hierüber sind zulässig. Die Regelung der bis heute gezahlten Vorschüsse scheidet hierbei aus.

Im übrigen werden die Arbeitgeber bei der Rückforderung der Vorschüsse rücksichtsvoll vorgehen.

Die Parteien verpflichten sich, daß

1. restlose Wiedereinstellung aller Gehilfen und Lehrlinge und Wiedereinsetzung in die alten Rechte erfolgt. Gegenseitiges Nachtragen darf nicht stattfinden;
2. alle anhängig gemachten Klagen und Ansprüche zurückgezogen werden;

3. wegen Bezahlung der Streik- und Aussperrungstage folgendes vereinbart wird:

Die Gehilfenschaft erkennt an, daß sie bei ihrem Vorgehen in dieser Sache nicht in allen Teilen dem Tarif entsprechend gehandelt hat. Trotzdem erklären sich die Arbeitgeber im Interesse eines guten Einvernehmens und um ihren guten Willen zu zeigen, bereit, die Streik- und Aussperrungstage zu bezahlen.

Die Parteien treffen ein Abkommen über die in den Fachzeitungen vorzunehmenden Veröffentlichungen. Alle in dieser Beziehung getroffenen Maßnahmen sind zurückzuziehen. Die Arbeit ist morgen früh zur gewohnten Zeit aufzunehmen.

gez. Deutscher Buchdruckerverein,
Ortsverein für Bielefeld und Umgegend.

F. C. Bertelsmann.

gez.: Georg Löschner, Vorsitzender des
Ortsverein Bielefeld V. d. D. B.

Gegen diesen Ausgleich wurde in der Außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 27. November kein Widerspruch erhoben, die Wiederaufnahme der Arbeit hat sich glatt vollzogen. Dieselbe Versammlung bewilligte den streikenden Königsberger Kollegen 1000 M. Die Summe sollte wieder eingebracht werden durch Erhebung einer Extrasteuer von 1 M. für die Dauer von drei Wochen. Die Gewerkschaftsbibliothek erhielt ebenfalls 50 M. bewilligt.

„Über unsere Wirtschaftslage“ sprach am 13. Dezember 1919 Konsumvereinsbeamter Herzwurm.

Als Weihnachtsgabe sollten den Kranken wie den Arbeitslosen — wenn sie länger als 14 Tage krank bzw. arbeitslos — 25 M. überwiesen werden.

Im Vorstande traten für 1920 folgende Änderungen ein: An Stelle des 2. Vorsitzenden Kollegen Weeking trat Kollege Leyser, und für Kollegen Zabel wurde Kollege David gewählt. Kartelldelegierte: Kollegen Holtmann, Droste, Ritzenhoff. Der Lokalzuschlag erhöhte sich 1920 für Bielefeld auf 15 %. Über „Das Betriebsrätegesetz“ hielt Parteisekretär J. Schmidt einen Vortrag in der Mitgliederversammlung vom 8. Februar. Für die streikenden Kollegen in Bremen und Düsseldorf hatte der Vertrauensmännerkörper je 1000 M. bewilligt, was von der April-Versammlung gutgeheißen wurde. Diese Summe sollte durch Extrasteuer von je 1 M., in drei Wochen erhoben, wieder eingebracht werden. In derselben Versammlung fand die Nichtbeteiligung verschiedener Kollegen von der Anstalt

„Bethel“ am Generalstreik aus Anlaß des Kapp-Putsches eine Rüge. Die Beteiligung war sonst allgemein gewesen. Die „Typographische Vereinigung“ erhielt aus der Ortsvereinskasse 900 M. Vorschuß als Betriebskapital überwiesen. Den Bericht über die Verbands-Generalversammlung in Nürnberg am 14. Juni 1920, an der er als Delegierter des Gaues Rheinland-Westfalen teilgenommen, erstattete am 29. Juni in der Ortsvereinsversammlung unser Vorsitzender Kollege Löschner in 2¼ stündigen eingehenden Darlegungen.

Für die Gewerbegerichtswahlen, die im Jahre 1921 stattfanden, wurden als Kandidaten der Buchdrucker die bisherigen Beisitzer, die Kollegen R. Feichter, H. Maßmann und E. Rothe wieder nominiert.

In der Juli-Versammlung des Ortsvereins referierte der Obmann der örtlichen Tarifkommission Kollege Ritzenhoff. Er empfahl die Annahme einer EntschlieÙung, in der die allgemeinen Wünsche und Anträge bzw. Anregungen niedergelegt waren, und fand diese einstimmige Annahme:

Die Mitglieder des Ortsvereins Bielefeld des Verbandes der Deutschen Buchdrucker halten grundsätzlich an einer zentralen Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen fest. Sie beauftragen deshalb ihre Vertreter, einen kurzfristigen, nicht über zwei Jahre hinausgehenden Tarif, der in Form und Ausführung kurz und präzise ist, abzuschließen, aber ein Mitbestimmungsrecht der Kontrahenten vorsieht, entsprechende Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes in verbesserter Form in sich aufnimmt und eine weitere Verelendung der Gehilfenschaft verhindert. Da die bisherigen Lohn- und Teuerungszulagen absolut nicht in Einklang zu bringen sind mit einem tatsächlich notwendigen Existenzminimum, verlangen sie eine Neuregelung der Lohnverhältnisse auf Grund der Calverschen Lebensmittelstatistik. Eine vom Tarifamt zu diesem Zwecke einzusetzende ständige Kommission hat die Lohnfrage den Verhältnissen entsprechend zu regeln. Es wird ferner eine vollständige Abschaffung der Sonntagsarbeit verlangt, äußerste Einschränkung der Nacharbeit, eine bedeutende Erhöhung des Aufschlags für regelmäßige Nachmittags- bzw. Spätschicht, die über 8 Uhr abends hinausgeht, und Abschaffung des Berechnens. Unter keinen Umständen werden die Gehilfen in eine Verschlechterung der Ferienfrage einwilligen, erwarten vielmehr eine verbesserte Regelung derselben nach Jahresaltersklassen. Die Bielefelder Gehilfenschaft beantragt eine Verkürzung der Arbeitszeit an Vorabenden von Sonn- und Feiertagen. Sie protestiert entschieden gegen den Versuch, den Bezirk Bielefeld dem Tarifkreis I (Hannover) anzugliedern. Um das graphische Gewerbe vor Erschütterungen zu bewahren, werden die Gehilfen-

vertreter beauftragt, die Schaffung eines Manteltarifs anzustreben. Solidarisch erklärt sie sich mit den im „Korrespondent“ veröffentlichten Anträgen der Gesamtgehilfenschaft.

Oberlehrer Dr. Bauer hielt am 15. August einen Vortrag über „Wissenswertes aus dem Leben und Wirken Lassalles“.

Am 29. August 1920 fand eine Versammlung der Lehrlinge und deren Eltern statt, in der die Gründung einer Lehrlingsabteilung im Ortsverein vollzogen wurde. Die Leitung dieser Abteilung soll aus sieben Personen bestehen, vier Lehrlingen im dritten und vierten Lehrjahre und drei Gehilfen. Für letztere wurden die Kollegen David (vom Ortsvorstand), Nachtwey und Ondratschek in Vorschlag gebracht. Der Beitrag beträgt für Lehrlinge im ersten und zweiten Lehrjahre 25 Pf., im dritten und vierten Lehrjahre 40 Pf.

Am 26. September hielten die Vorstände im Bildungsverbände der Typographischen Vereinigungen Kreis Bielefeld hier eine Konferenz ab. Im Anschluß fand zu Ehren der Gäste in der „Eisenhütte“ eine Abendunterhaltung statt, deren Kosten je zur Hälfte die Orts- und Bezirkskasse übernommen hatten.

„Die Kunst und die Arbeiter“. Über dieses Thema hielt Lehrer Doht am 8. November einen beifällig aufgenommenen Vortrag und am 5. Dezember sprach Geh. Justizrat Dr. A. Bozi über: „Unsere Rechtsentwicklung“. Dem letztgenannten Vortrag folgte eine interessante Diskussion, an der sich sechs Kollegen beteiligten.

Dem Zentralverband der Invaliden wurde — im Oktober — auf Vorschlag des Vorstandes 100 M. aus der Bezirkskasse bewilligt, die Kranken und Invaliden erhielten, wenn sie länger als vier Wochen krank oder arbeitslos waren, 30 M. aus der Bezirks- und 20 M. aus der Ortskasse. Ferner wurde aus der Ortskasse noch 50 M. für die Lehrlingsabteilung angewiesen zur Abhaltung einer Weihnachtsfeier am 18. Dezember. Nachdem Gauvorsteher Kollege E. Albrecht Direktor der Sozialpolitischen Abteilung der Stadt Köln wurde, mußte Ende des Jahres 1920 eine Gauvorsteher-Neuwahl stattfinden. Aus dieser ging als 1. Gauvorsteher Kollege J. Bertram und als 2. Kollege Schippers-Dortmund hervor. Als letzterer seine Kandidatur zurückzog, wurde in der Stichwahl Kollege Georg Löschner-Bielefeld gewählt. Damit verlor der Bezirks- und Ortsverein Bielefeld einen Vorsitzenden, der ihm seit den

Kriegsjahren mit Geschick vorgestanden und der sich während seiner Amtsdauer recht viel Sympathien erworben hatte. Die Vorstandswahl 1921 zeitigte folgendes Ergebnis: Kollege Leyser 1. und Ondratschek 2. Vorsitzender, Holz Kassierer, Ed. Dreyer 1. und G. Meyer 2. Schriftführer, Ernst und Geisendörfer Beisitzer.

In einer Allgemeinen Buchdruckerversammlung am 16. Jan., in der Kollege Ernst einen kurzen Rückblick über die abgelaufene Geschäftsperiode 1914—20 des Schiedsgerichts gab und die Aufstellung der Kandidaten für die Schiedsgerichtsbeisitzerwahl vorgenommen wurde, fand folgende Resolution Annahme:

Die am 16. Januar 1921 in Bielefeld in der „Eisenhütte“ tagende Allgemeine Buchdruckerversammlung erhebt schärfsten Protest gegen die prinzipalsseitig geplante Abtrennung des Schiedsgerichtsbezirks Bielefeld vom Tarifkreise II (Rheinland-Westfalen). Wirtschaftlich und geographisch von jeher zur Provinz Westfalen gehörend, ersuchen wir die Gehilfenvertretung des Kreises II und das Tarifamt der deutschen Buchdrucker, allen Anträgen auf Abtrennung des Bezirks Bielefeld die Zustimmung zu versagen. Wir suchen vergebens nach Gründen, die diese in Aussicht gestellten Maßnahmen rechtfertigen.

Ferner wählte die Versammlung als Aufsichtsführende für den Arbeitsnachweis die Kollegen E. Rothe, A. Scheele und K. David. Als Arbeitsnachweisverwalter wurde Kollege Ernst mit großer Mehrheit wiedergewählt.

Zum Leiter des Kreises Bielefeld des Bildungsverbandes im V. d. D. B. wurde Kollege Lesemann-Herford gewählt.

Am 2. April hörte der Ortsverein einen Vortrag des Architekten Schluckebier und am 11. Mai behandelte Verbandsvorsitzender Seitz-Berlin in 1¼ stündigen Ausführungen „Gewerkschaftliche und wirtschaftliche Tagesfragen“. Lebhafter Beifall folgte seinen Darlegungen.

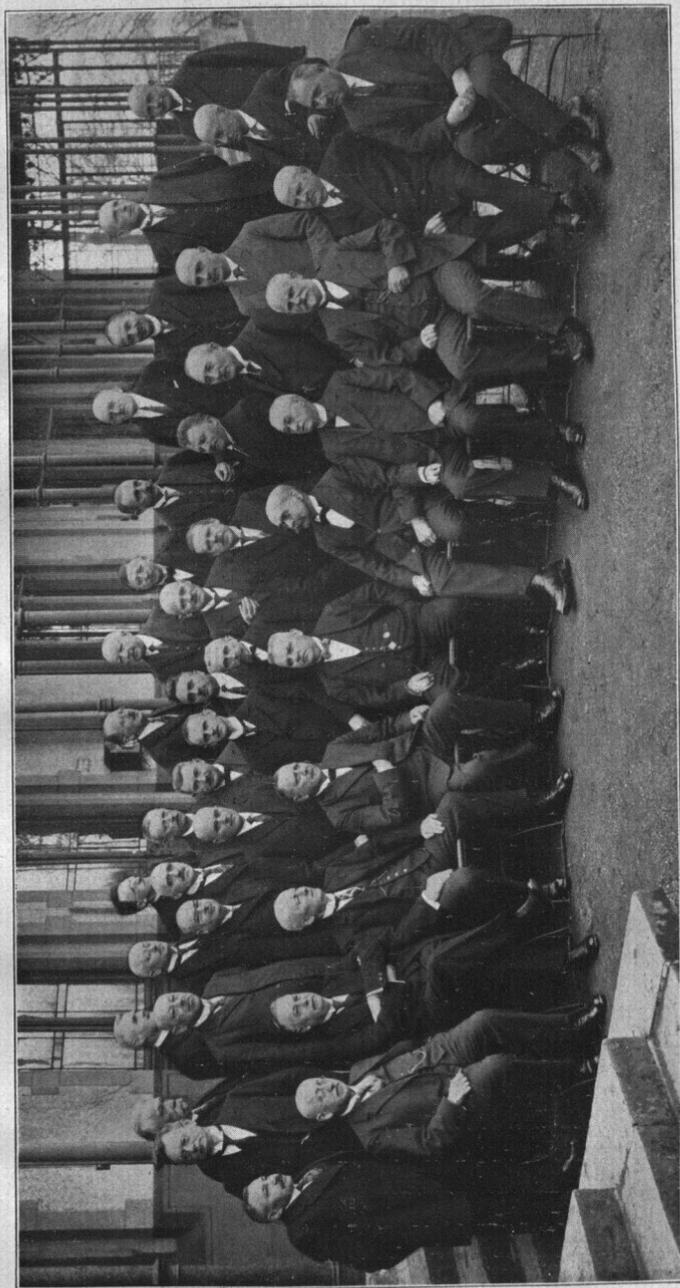
Ferner verbreitete sich am 6. Juni Studienrat Dr. Bauer in einem interessanten Vortrage über „Goethes Jugendlyrik“. Im Anschluß an den Bericht des Vorsitzenden Kollegen Leyser über die Bezirksvorsteher-Konferenz setzte in der Außerordentlichen Versammlung am 25. Juli 1921 eine sehr rege Diskussion ein, in der die letzten Abmachungen des Tarifausschusses einer scharfen Kritik unterzogen wurden. Trotz des dringenden Appells des Vorsitzenden an die Kollegen, die

Ruhe zu bewahren und sich nicht zu unüberlegten Handlungen hinreißen zu lassen, fand ein aus der Versammlung eingebrachter Antrag, örtlich vorzugehen, gegen wenige Stimmen Annahme. Aber auch ein Zusatz-Antrag des Koll. Petke: vorerst eine Urabstimmung vornehmen zu lassen, wurde angenommen. Das Resultat dieser Urabstimmung war dann folgendes: Abgegeben 345 Stimmen; davon stimmten 221 mit Ja und 117 mit Nein, ungültig waren 7 Stimmen, so daß an der erforderlichen Zweidrittel-Majorität 5 Stimmen fehlten. Zu den September-Lohnverhandlungen, nahm am 27. August eine Mitglieder-Versammlung Stellung. Nachstehende vom Kollegen Ritzenhoff eingebrachte Entschließung wurde nach längerer Aussprache angenommen:

In Anbetracht, daß unsere Löhne sich immer weiter zu unserem Ungunsten im Verhältnis zu denen anderer Berufe entwickelt haben, daß weiter die Preise für alle Lebens- und Bedarfsmittel, Mieten, Beleuchtung, Steuern usw. usw. ganz ungeheuerlich gestiegen sind und noch weiter steigen, fordert die Mitgliederversammlung eine Lohnerhöhung, die 1. einen Ausgleich schafft zwischen unseren und den Löhnen anderer Berufe und 2. der bestehenden und hereinbrechenden Teuerungswelle nur einigermaßen gerecht wird. Die Versammlung bezeichnet einen Aufschlag von 75 Prozent auf den Gesamtlohn (Grundlohn inkl. Teuerungszulage und Wirtschaftsbeihilfe) als das Mindestmaß dessen, was von den Prinzipalen gefordert werden muß und ist bereit, mit allen Mitteln für die Verwirklichung dieser Forderung einzutreten.

Für die im Streik befindlichen Kölner Kollegen, die seit 25. Juli in der Bewegung standen, faßte dieselbe Versammlung nachstehenden Beschluß: „Es wird ein Extrabeitrag von 5 M. drei Wochen lang erhoben und diese Summe den Kölner Kollegen zur Verfügung gestellt. Außerdem wird abgeliefert der Restbetrag, der noch aus früheren freiwilligen Sammlungen vorhanden ist, in ungefährender Höhe von 900 M. Weiter sollen die Hilfsarbeiter, die ja auch mühelos die Wirtschaftsbeihilfe bekommen, angehalten werden, sich an der Sammlung zu beteiligen.“ Dieser Beschluß wurde den Bezirkskollegen übermittelt mit dem Ersuchen, sich ihm anzuschließen. — Kassierer Holz konnte später berichten, daß für Köln 6585 M. eingekommen waren.

In der Außerordentlichen Versammlung vom 27. September 1921 gab Kollege Leyser ein Spiegelbild von der Bezirksvorsteher-Konferenz in Köln, die die vom Kreisamt bewilligten



30- bis 39-jährige ununterbrochene Mitgliedschaft

Obere Reihe: Eduard Fliegner (42 Jahre), Paul Brand, Eduard Dreyer, Emil Hiltzcher, Wilhelm Hermening, Georg Eisenhut, Theodor Oberbeckmann, Simon Heinemann, Fritz Hülsewede, Wilhelm Herkströter, Peter Strobel, Wilhelm Zinn, Richard Voegelsang. — Mittlere Reihe: Heinrich Wecking, Wilhelm Landwehr, Franz Stadowiak, Otto Lütke, Karl Wiedemeyer, Gustav Horstbrink, Hermann Mahmann, Max Bayer, Karl Ondratschek, Gustav Niediek, Heinrich Rahmeyer, Fritz Moshage, Heinrich Heibrock, Wilhelm Pankoke, Heinrich Wiedemann, Wilhelm Schlüthaber. — Sitzend: Louis Ernst, Max Middeldorf, Ernst Bücking, Emil Irrgang, Otto Hahnwald, Gustav Droste, Bernard Noptro, August Holz, August Kastrup, August Brindöpke.

Sätze abgelehnt hatte. In der Versammlung lehnten sämtliche Diskussionsredner das Bewilligte ebenfalls als viel zu gering ab. Es wurde darauf eine Lohnkommission, bestehend aus den Kollegen Leyser, Ondratschek, Ernst, David, Felbinger und Petke gewählt, die berechtigt war, Verhandlungen mit den Prinzipalen zu führen. An den Zentral- und Gauvorstand ging ein Telegramm folgenden Inhalts: „Sofort Einberufung einer Kreisamtssitzung, sonst Streik.“ — In einer Außerordentlichen Versammlung am Donnerstag, 6. Oktober, in der Kollege Ernst den Bericht von der Kreisamtssitzung gab, teilte Vorsitzender Kollege Leyser einleitend mit, daß in einer Sitzung der Lohnkommission mit den Bezirks-Ortsvorständen das Ergebnis der Kreisamtssitzung einstimmig abgelehnt sei. Dann berichtete Kollege Ernst über die zweitägigen Verhandlungen in Köln, wobei 25 M. für Verheiratete und 15 M. für Ledige herausgekommen seien. Da dies Resultat nicht befriedigen könne, habe er gegen die Abmachungen gestimmt. Es folgte eine lebhafte Aussprache, an der sich 13 Kollegen beteiligten. Die Abstimmung ergab auch hier einstimmige Ablehnung der vom Kreisamt festgesetzten Sonderzulagen. Die gewählte Kommission erhielt (gegen zwei Stimmen) Vollmacht, selbständig zu entscheiden und Auftrag, am folgenden Morgen (Freitags) Verhandlungen mit den Prinzipalen nachzusuchen. Die letzteren lehnten dies ab; sie wollten nicht früher als Sonnabendnachmittag verhandeln, trotzdem ihnen gehilfenseitig wiederholt durch persönliche und Telephongespräche der Ernst der Situation vor Augen geführt worden war. Die Forderung der Gehilfenschaft ging dahin, mit den Orten des Industriegebiets, die denselben Lokalzuschlag wie Bielefeld hatten, gleichgestellt zu werden, d. h. die Sonderzulage sollte um 30 M. erhöht werden. Als alle Bemühungen der Kommission fehlschlügen, mit den Prinzipalen am Freitagmorgen zusammenzukommen, faßte sie den Entschluß, die Personale aus den Geschäften herauszuziehen. Voran die Kollegen von Gundlach. Diese zogen von Druckerei zu Druckerei, und im Laufe des Vormittags waren die Arbeitsplätze (auch der Hilfsarbeiter) bis auf wenige Ausnahmen (von Faktoren und einigen Korrektoren) verlassen. Sogar ein großer Teil der Lehrlinge hatte sich angeschlossen. Der Streik verlief anfangs in ruhigen Bahnen. Mittwochs fand

eine Zusammenkunft der Prinzipale mit der Lohnkommission statt, in der auch der Geschäftsführer des D. B. V., Kreis II, anwesend war. Diese Verhandlung verlief ohne Ergebnis, weil die Prinzipale vorerst die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit verlangten. Begreiflicherweise steigerte sich dadurch die Erregung unter den Streikenden. Als die Zeitungsverleger dazu übergingen, eine sog. Notzeitung „Vereinigte Bielefelder Tageszeitungen“ herauszubringen und im Gundlachschen Betriebe herzustellen versuchten, änderte sich die Lage. Es kam in der Rohrteichstraße vor dem Gundlachschen Geschäftshause zu großen Menschenansammlungen, und wurden den an der Herstellung der genannten Zeitung Beteiligten allerlei Schwierigkeiten bereitet, in den Betrieb zu gelangen. Merkwürdigerweise hatte der Bielefelder Faktorenbund seinen Mitgliedern empfohlen, bei der Herstellung der „Notzeitung“ mitzuwirken. Diese und andere an der Zeitungsfertigstellung Beschäftigte mußten sich deshalb gefallen lassen, auf ihrem Wege nach und von der Gundlachschen Druckerei außer von Schupo-leuten von zahlreichen Personen durch die Stadt begleitet zu werden, die große Schilder vorantrugen, worauf „Streikbrecher“ zu lesen war. Schließlich wurde eine halbe Hundertschaft Schupo mit Karabinern bewaffnet aufgeboden, um die Rohrteichstraße frei zu machen. Das Druckereigebäude der Firma Gundlach A.-G. war kurze Zeit Tag und Nacht von der Schupo bewacht.

Folgender Auszug aus den Beschlüssen des Amtl. Schlichtungsausschusses für den Landwehrbezirk Bielefeld in der Sitzung vom 19. Oktober 1921 gibt Auskunft über das Ende des Streiks:

In der Schlichtungssache Nr. 1556/19. X. 21 betreffend den Verband der Deutschen Buchdrucker, Ortsverein Bielefeld, sowie den Verband der Graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, Zahlstelle Bielefeld, einerseits und den Arbeitgeberverband für das graphische Gewerbe, Bielefeld, andererseits, wurde der nachfolgende Vergleich geschlossen:

Die Parteien des Buchdruckgewerbes vergleichen sich auf folgenden Vorschlag des Vorsitzenden des Amtlichen Schlichtungsausschusses:

I. Die Herren Arbeitgeber erklären sich bereit, eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe zu gewähren, die für die verheirateten Buchdruckereigehilfen bzw. Hilfsarbeiter 200,— Mk. und für die ledigen Arbeiter bzw. Arbeiterinnen über 16 Jahre 100,— Mk. beträgt.

II. Die Buchdrucker bzw. Buchdruckerei-Hilfsarbeiter nehmen größt-

möglichst die Arbeit am Donnerstag, den 20. Oktober 1921, zu der üblichen Tagesstunde wieder auf. Personen, die nicht eher unterrichtet werden können, nehmen die Arbeit im Laufe des Donnerstages, spätestens aber am Freitag vormittag restlos wieder auf.

III. Maßregelungen oder irgendwelche Nachtragungen aus den stattgefundenen Differenzen finden beiderseitig nicht statt. Die bisher erworbenen Rechte gelten unvermindert weiter.

IV. Verhandlungen bzw. Beratungen über die materielle Frage, die zum Ausbruch der Differenzen geführt hat, finden innerhalb einer Woche zwischen den Parteien statt und werden, wenn sie dort eine Erledigung nicht finden, dem tariflichen Instanzenwege übergeben. Die Vertreter beider Parteien stimmen diesem Vergleichsvorschlage zu und erklären, daß sie sich dafür einsetzen werden, daß die restlose Durchführung derselben erfolgt.

Auf diesen Vergleichsvorschlag hat der Amtl. Schlichtungsausschuß deshalb hingearbeitet, weil nur auf diesem Wege eine Lösung des Konfliktfalles möglich geworden war. Der Amtliche Schlichtungsausschuß stellt ausdrücklich fest — und von seiten der Gehilfen bzw. Arbeitervertreter wird es zugegeben —, daß im vorliegenden Falle von seiten der Gehilfen bzw. Arbeiter ein Tarifbruch vorgenommen worden ist, der nach Auffassung der Gehilfen- bzw. Arbeitervertreter sich aus einer gewissen Notlage erklärt. Der Amtl. Schlichtungsausschuß bedauert, daß dieser Tarifbruch in einem Gewerbe möglich geworden ist, von dem der Gedanke zu Tarifgemeinschaften ausging. Er bedauert im besonderen, daß in Verbindung damit Vorgänge sich zugetragen haben, die nicht Zeugnis dafür ablegen, daß der Gedanke der Tarifgemeinschaften heute noch im Buchdruckgewerbe so stark bei den Angehörigen desselben vorhanden ist, als wie das auf Grund eines dreißigjährigen Bestehens erwartet werden mußte. Der Förderung eines Tarif-Werkes kann nur dienen die strenge Einhaltung der Tarifbestimmungen auch gerade dann, wenn solche einer Partei oder einer Gruppe nicht angenehm erscheinen. Denn das ist ja die Voraussetzung für eine Tarifgemeinschaft, daß sie eine allgemeine Regelung bietet, wobei nicht die Wünsche jedes einzelnen oder jeder Gruppe im absoluten Sinne erfüllt werden, sondern ausschlaggebend sind die Gesamtverhältnisse. Daher mußte die Entscheidung des Kreisamtes in Köln als eine solche gewertet werden, der gegenüber es nur eine Verfolgung der Interessen der einzelnen Gruppen gab durch die Anrufung des im Tarifvertrage für das Buchdruckgewerbe vorgesehenen Amtes. Da das nicht geschah, war ein Konfliktfall geschaffen, der dem Amtl. Schlichtungsausschuß es nur ermöglichte, auf dem Wege des Ausgleichs eine Einigung herbeizuführen. Würde der Amtl. Schlichtungsausschuß sich auf den Boden des reinen Rechts und der tarifmäßigen Abmachung gestellt haben, dann hätte er nicht die Möglichkeit gehabt, den Konflikt aus der Welt zu schaffen. Er glaubte aber, im Interesse der Wiederherstellung des Wirtschaftsfriedens, im Interesse der Gehilfen wie Arbeiter und im Interesse der gewerblichen Unternehmungen zu handeln, wenn er sich

der wenig angenehmen Aufgabe unterzog, schon hier durch den Ausgleich die Störung des Wirtschaftslebens zu beseitigen. Er gibt der Erwartung Ausdruck, daß aus diesem Vorgang die Lehren gezogen werden, die die allein richtigen sind, daß ein gemeinsames Werk nur bestehen kann, wenn von beiden Seiten eindeutig Tariftreue geübt wird.

Da die Vertreter beider Parteien zu diesem Vergleichsvorschlage ihre Zustimmung gegeben haben, dürfte damit ab Donnerstag, den 20. Oktober 1921, nicht nur der Wirtschaftsfriede wiederhergestellt sein, sondern es dürfte auch dahin kommen, daß der tarifliche Gedanke dazu beiträgt, die beiderseitig guten Beziehungen so zu gestalten, daß ein Miteinanderwirken gegeben ist.

Der Vorsitzende. gez.: C. Schreck, Stadtrat.

L. S.

Der Schriftführer: Düker.

Im Bezirk war von den Kollegen in Gütersloh ein Lokalzuschlag von 12 $\frac{1}{2}$ % verlangt worden, weshalb auch dort ein Streik wie in Bielefeld ausbrach. Die Forderung ist hier ebenfalls nicht erreicht.

In der Mitgliederversammlung vom 7. November gab der Vorsitzende das negative Ergebnis der Verhandlungen mit den Bielefelder Prinzipalen, die vom Schlichtungsausschuß gefordert waren, bekannt. In der Sitzung sei nochmals der Antrag auf Gleichstellung mit den übrigen Orten des Industriegebiets mit 15 % Lokalzuschlag eingehend begründet worden. In den Tagen vom 15.—19. November fände in Köln eine Kommissionssitzung des Kreisamts statt, in der für Bielefeld hoffentlich etwas herauskommen werde. (Es sind dort weitere 15 M. bewilligt.) Die Kollegen in Minden haben bei Verhandlungen erreicht, daß die ab 15. November vom Kreisamt festgesetzten 25 M. schon ab 1. Oktober gezahlt sind. Auf dieselbe Weise erhielten die Herforder Kollegen eine Beihilfe: Verheiratete mit mehr als zwei Kindern 150 M., bis zu zwei Kindern 125 M.; den Hilfsarbeitern wurde der prozentuale Anteil zuerkannt.

Die Lehrlingsabteilung erhielt wiederum zu ihrer Weihnachtsfeier 100 M. bewilligt.

Der Vorstand für 1922 setzte sich aus nachstehenden Kollegen zusammen: Leyser, 1. und Ondratscheck, 2. Vorsitzender; Holz, Kassierer; Weeking, 1. und Wessel, 2. Schriftführer; David und Herkströter, Beisitzer. — Als Kartellvertreter wurden gewählt die Kollegen Bökenkamp und Choyne; Stellvertreter: die Kollegen Brindöpke und Petke.

Der Ortsvereinsbeitrag wurde vom 1. Januar ab von 30 auf 80 Pf. erhöht, die Ortsunterstützung für Durchreisende ab 1. Mai von 3 auf 7,50 M. Die Sitzungsgelder für die Vertrauensleute erfuhren eine Erhöhung von 3 auf 5 M., ebenso die Zehrgelder der Arbeitslosen für den Versammlungsbesuch.

Am 1. März sprach Rabbiner Dr. Kronheim über das Thema: „Der soziale Gedanke im Judentum“.

Folgenden Beschluß faßte die Mitgliederversammlung vom 24. März: „Die Mitglieder des Ortsvereins zahlen im Umlageverfahren nach Bedarf 1 M. zur Ortskasse. Aus diesem Fonds erhalten alle durchreisenden Kollegen ein Ortsgeschenk von 30 M. und außerdem 7,50 M. Schlafgeld. Dadurch wird jede weitere Auszahlung in den einzelnen Druckereien abgelöst.“

Die Versammlung nahm auch den Bericht über die stattgehabte Kreisamtssitzung entgegen: der Antrag der Prinzipale des Kreises II an den Tarifausschuß, er möge bei Festsetzung der neuen Teuerungszulage im März gleichzeitig einen Abbau der bestehenden Kreiszulage vornehmen, sei zurückgewiesen; die Kreiszulage bleibe einstweilen bestehen. Außerdem erhöhe sich der Lokalzuschlag für Bielefeld auf 17 ½ %, mit der Einschränkung, daß ab 27. März bis 30. April 50 %, ab 1. Mai die volle Erhöhung des Zuschlages zu zahlen sei. Ferner wurde nach dreistündiger Diskussion zum Ergebnis der Tarifausschußsitzung durch einstimmige Annahme einer Entschließung Stellung genommen:

Die heute tagende Mitgliederversammlung erklärt das neue Berliner Lohnabkommen als völlig ungenügend, die wirtschaftliche Notlage innerhalb der Kollegenschaft zu bessern. — Die bewilligten Lohnzulagen sind schon jetzt wieder durch die wucherischen Preiserhöhungen für alle Bedarfsartikel illusorisch gemacht. Versammlung bedauert, daß die Gehilfenvertreter zu dieser Vereinbarung ihre Zustimmung gegeben haben.

Der 2. Vorsitzende, Kollege Ondratschek, berichtete in einer Außerordentlichen Versammlung am 31. März über eine Zusammenkunft der Opposition des Kreises II gegen das neue Lohnabkommen, die in Elberfeld stattgefunden, an der er als Delegierter der Ortsvereins teilgenommen hatte. Nachdem das Abkommen nur 150 bzw. 140 M. gebracht habe, hätten die Delegierten beschlossen, die ursprüngliche Elberfelder Forderung: Erhöhung des Tariflohnes um 50 % und der Industriezulage um 100 %, erneut aufzustellen. Der Antrag

Elberfelds, diese Forderung am 28. März in allen Druckereien Rheinland-Westfalens zu stellen und bei Ablehnung am Sonnabend, 1. April, die Arbeit niederzulegen, sei abgelehnt, dagegen die von Düsseldorfer Kollegen vorgelegte Resolution angenommen. Diese besagt:

Die heute, 26. März 1922, in Elberfeld stattgefundene Mitgliederversammlung des Gaues Rheinland-Westfalen nahm Stellung zu dem Ergebnis der Tarifausschuß- und Kreisamtssitzung und kommt zu folgendem Entschluß: „Die Kollegenschaft kann mit dem Ergebnis in Anbetracht der täglich wachsenden Teuerung unmöglich zufrieden sein, weil es noch nicht als Ausgleich mit der Verteuerung des Lebensunterhalts bis Mitte März, geschweige denn für die nächste Zeit als ausreichend angesehen werden kann. Die Kollegenschaft verlangt, sofort, spätestens Anfang April, erneute Verhandlungen vor dem Tarifamt bzw. der geschaffenen 16gliedrigen Kommission, um spätestens ab 10. April eine weitere Erhöhung des Lohnes zu erzielen. Finden diese Verhandlungen nicht statt, so wird die Rhein.-Westf. Lohnkommission hiermit beauftragt, zwecks Erhöhung des Lohnes alle erforderlichen Schritte zu tun. In der Zwischenzeit ist innerhalb des Kreises II unter den Mitgliedern eine Urabstimmung vorzunehmen, ob sie gegebenenfalls gewillt sind, dem Rufe der Lohnkommission Folge zu leisten. Dem Gauvorsteher wird seitens der Versammlung einstimmig das schärfste Mißtrauen ausgesprochen.“

Darauf erhielt der in der Außerordentlichen Versammlung anwesende Gauvorsteher, Kollege Löschner, das Wort, um in längeren Ausführungen eindringlich zu warnen, sich dieser sozusagen wilden Bewegung anzuschließen, die keinen Erfolg verspräche und großen Schaden, sowohl den beteiligten Kollegen, wie dem Verbands bringen könne. — Nach umfangreicher Diskussion beschloß die Versammlung, der Entschliebung der Elberfelder Tagung ihre Zustimmung zu geben und eine Urabstimmung im Bezirk herbeizuführen.

In der Maiversammlung kritisierte Vorsitzender Kollege Leyser das bei den jüngsten Lohnverhandlungen gezeigte Unverständnis der Prinzipale für die Nöte ihrer Arbeitnehmer, bemängelte die vom Reichsarbeitsministerium festgesetzte und von den Gehilfenvertretern angenommene geringe Erhöhung des Lohnes. — In der Diskussion äußerten alle Redner ihre große Unzufriedenheit über die Annahme dieses Almosens seitens der Gehilfenvertreter. Auch kam zum Ausdruck, daß die Form, wie seitens der „Korrespondent“-Redaktion die in Rheinland-Westfalen aus der Not entstandene Bewegung be-

kämpft wurde, verurteilt werden müsse, wenn wie geschehen, diese Opposition als kommunistische und anarchistische bezeichnet werde. Ein Vergleich der Löhne am Orte ergebe, daß die Buchdrucker mit ihrem Spitzen-Stundenlohne von etwa 18 M. an 14. Stelle ständen und damit hinter den Löhnen ungelernter Berufe angelangt seien. — Nachstehende EntschlieÙung fand einstimmige Annahme:

Mit Empörung nimmt die Bielefelder Kollegenschaft Kenntnis von der jedes soziale Empfinden vermissenden Handlungsweise der Prinzipalsvertreter in der Lohnkommission anläÙlich der Beratung der Teuerungszulage und fordert vom Gauvorstand, daß er sofort Schritte zur sofortigen erneuten Sitzung des Tarifausschusses unternimmt zwecks weiterer Lohnerhöhung.

Von einer Johannistfest-Veranstaltung im Jahre 1922 wurde wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage abgesehen.

An der Verbands-Generalversammlung in Leipzig hat als Delegierter des Bezirks Kollege Leyser teilgenommen.

„Über Kulturaufgaben in der Gegenwart“ sprach in der Versammlung am 10. Juni Bildungssekretär Löwe.

Eine Ortsbeitragserhöhung erfolgte vom Juli ab. Der Gesamtbeitrag für Verband, Gau, Bezirk und Ort wurde auf 20 M. erhöht und die Sitzungsgelder für Funktionäre pro Sitzung auf 15 M. festgesetzt.

Vom 26. Juli bis 15. August traten 15 Kollegen und 5 Hilfsarbeiterinnen der Firma Thomas in Ausstand. Ursache zu diesem Konflikt war das unkollegiale Verhalten des Betriebsobmanns. Zur Unterstützung der Streikenden beschloÙ der Ortsverein die Erhebung eines Extrabeitrages von wöchentlich 25 M. für die Dauer des Streiks.

Mit regem Interesse folgte die Mitgliederversammlung am 28. August den 1½ stündigen Ausführungen des Kollegen Dreßler-Leipzig, der das Thema behandelte: „Der Bildungsverband in Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft.“

Das neue Lohnabkommen fand wiederum keine gute Aufnahme und wurde als viel zu niedrig bezeichnet. Eine einstimmig angenommene Resolution gab dieser Ansicht Ausdruck. Gauvorsteher Kollege Bertram-Köln berichtete in einer Außerordentlichen Versammlung am 10. Oktober über die letzte Ausschußsitzung. Zunächst verbreitete sich Redner über die allgemeine wirtschaftliche Lage und die des Buchdrucker-gewerbes im besonderen. Er schilderte die großen Wider-

stände bei den Unternehmern und den oft heftigen Verlauf der Verhandlungen, wodurch das Schiedsgericht angerufen werden mußte. Vortragender warnte vor Vornahme einer Urabstimmung über das Lohnabkommen. Die Versammlung gab dem Abkommen ihre Zustimmung nicht.

Für die Weihnachtsfeier der Lehrlingsabteilung wurde wie immer ein Zuschuß bewilligt, diesmal 800 M.

Bei der Vorstandswahl 1923 trat an die Stelle des zurückgetretenen 2. Vorsitzenden Kollegen Ondratschek Kollege Fr. Bökenkamp; bei allen übrigen Ämtern erfolgte Wiederwahl. Als Jugendleiter wurde Kollege H. Stärke gewählt. Kartelldelegierte: Kollegen Fr. Bökenkamp, Petke, Schuster. Ersatzmänner: Kollegen Brindöpke und Nolte.

Die Generalversammlung beschloß die Gründung einer Sterbegeld-Zuschußkasse im Umlageverfahren. Die Kollegen Hellemann, Holz und Moshage bilden die Verwaltung der Kasse. Diese Kasse, deren Inslebensretzen auf die furchtbare Not des schlimmsten Inflationsjahres 1923 zurückzuführen ist, hat sich als segensreich gezeigt. Sie ist bis jetzt in 12 Fällen in Anspruch genommen.

Als unständige Beisitzer beim Schlichtungsausschuß gingen aus der Wahl die Kollegen Bökenkamp und Weeking hervor. Zu Mitgliedern des Schiedsamts wurden die Kollegen David, Ernst, Meyerhoff und Leyser gewählt und als aufsichtsführende Personen des Arbeitsnachweises die Kollegen Burghausen, David und Petke.

Drei Außerordentliche Versammlungen am 28. Februar, 8. März und 17. März 1923 beschäftigten sich wieder mit der mißlichen Lage. Vorsitzender Kollege Leyser stellte in der ersten fest, daß der Lohn der Buchdrucker 15—20 000 M. hinter dem anderer Berufe am Orte zurückstehe und daß bei Festsetzung des Lokalzuschlages Bielefeld leer ausgegangen sei, während einige kleinere Orte im Bezirk hierbei Berücksichtigung gefunden hätten. — Eine Reihe von Kollegen führt Klage über niedrige Entlohnung, auch die Leistungszulagen seien schlecht ausgefallen. Dem Orts- und Gauvorstand wurden schwere Vorwürfe gemacht, was Kollege Leyser zurückwies. Der Vorstand erhielt von der Versammlung Auftrag, falls bei den bevorstehenden Berliner Verhandlungen das Gewünschte nicht herauskäme, sofort am Orte Schritte zu unternehmen,

um die Lage der Kollegen zu verbessern. — In der zweiten Außerordentlichen Versammlung teilte der Vorsitzende mit, daß die Verhandlungen in Berlin für das besetzte Gebiet eine Besetzungszulage von 9000 M. gebracht habe und bedauert, daß nicht der ganze Kreis II diese Zulage erhalte. Redner wirft die Frage auf, was geschehen solle, um dem in voriger Versammlung geäußerten Mißmut wegen der minimalen Leistungszulagen und Ablehnung der Erhöhung des Lokalzuschlages Rechnung zu tragen. — In der Diskussion fand der günstige Abschluß der Kölner Kollegen (infolge passiver Resistenz) Ausdruck. Es wurden Verhandlungen mit den Prinzipalen verlangt. Versammlung beschloß, eine Kommission zu wählen und bestimmte in diese die Kollegen Leyser, Holz, Hellemaun, Meyerhoff und Ondratschek. Als Forderung wurde aufgestellt: Erhöhung des Lokalzuschlages und Gleichstellung in der Entlohnung mit der übrigen Bielefelder Arbeiterschaft. Versammlung beschloß ferner, alle Maßnahmen der Kommission zu decken. — In der dritten Außerordentlichen Versammlung am 17. März schilderte der Vorsitzende Kollege Leyser die schon von früher bekannte Verschleppungstaktik der Prinzipale. Die dann am 11. März stattgefundenen Verhandlungen der Kommission und der Prinzipale seien negativ verlaufen. Nicht das geringste Entgegenkommen würde seitens der Prinzipale gezeigt, und seien darauf von Gehilfenseite die Verhandlungen abgebrochen. Darauf habe sich die Kommission bemüht, den Regierungspräsidenten als Schlichtungsstelle anzurufen. Dieser habe zugesagt, sei aber durch Schlichtung anderer Differenzen vor dem 21. März nicht frei. Weiter sei dann der Gewerberat ersucht worden einzugreifen. Letzterer habe vermittelnd gewirkt, wurde aber von den Prinzipalen abgewiesen. Nunmehr habe die Kommission beschlossen, zunächst in den Zeitungen, durch passive Resistenz den Forderungen Geltung zu verschaffen. Der Erfolg war, daß die „Volkswacht“ 15 000 M. für Verheiratete und 1 250 M. für Ledige bewilligte. Die „Westfälischen Neuesten Nachrichten“ (General-Anzeiger) seien am Sonnabend nicht erschienen, die „Westfälische Zeitung“ mit Verspätung. — In der Aussprache wurde das Verhalten der Prinzipale gegeißelt, und trotzdem einige Kollegen auf die nicht besonders günstige Zeit verwiesen, gegen wenige Stimmen

beschlossen, bei den aufgestellten Forderungen zu bleiben, und am Montag aufs neue zu versuchen, den gewünschten Erfolg durchzudrücken. Als am Montagmorgen die Kollegen bei Gundlach weiter passiv arbeiteten, wurde Kollege Leyser zur Direktion gerufen und gefragt, ob er arbeiten wolle oder nicht. Der Gefragte sagte: „Solange keine Verhandlungen, nicht!“ Darauf erfolgte vom Direktor Gundlach die Antwort: „Sie sind hiermit entlassen, verlassen Sie die Fabrik!“ Gleich nachher erschien Gundlach in der Setzerei mit den Worten: „Sie wollen nicht arbeiten, meine Herren, verlassen Sie die Fabrik!“ Darauf verließ das gesamte Personal die Druckerei. Es wurde nun Manuskript usw. nach der „Westfälischen Zeitung“ gebracht, die dortigen Setzer sollten den vierseitigen „General-Anzeiger“ fertigmachen. Diese erklärten in mehrmaligem Verhandeln, sie wollten arbeiten, aber die Herstellung des „General-Anzeiger“ könne man ihnen nicht zumuten. Die Folge war die Aussperrung auch dieser Kollegen. Dann hatten es die Prinzipale eilig. Ein Manuskript, von dem man sagte, es sei Arbeit der „Westfälischen Zeitung“, wurde bei allen Firmen herumgegeben und der Betriebsobmann gefragt, ob die Kollegen es setzen wollten, im Weigerungsfall seien sie entlassen. Im Laufe des Tages wurden alle Kollegen Bielefelds mit Ausnahme weniger von Zwergbetrieben ausgesperrt. Die Aussperrung hat vom 19. März bis 9. April 1923 gedauert. Von seiten der Gehilfen sind verschiedentlich Versuche unternommen, den Konflikt beizulegen. Nachdem der Amtl. Schlichtungsausschuß in Bielefeld sich als nicht zuständig und die Bielefelder Gehilfen-Schiedsamtmitglieder sich für befangen erklärt hatten, wandten die Ausgesperrten sich zunächst vergeblich an das Schiedsamt Dortmund und dann nach Hannover, wo eine Verhandlung auf den 3. April anberaumt wurde. Der in dieser Sitzung gefällte Spruch war negativ, weil das Schiedsamt die Klage mit Stimmgleichheit abwies. Hierauf ging die Angelegenheit an das Reichsschiedsamt in Berlin. Es kam hier ein Vergleich zustande:

1. Unter der Voraussetzung, daß die Arbeit Montag, 9. April in allen Betrieben einschließlich der Firma Gundlach wieder aufgenommen wird von allen Gehilfen, ist die Prinzipalität bereit, allen ledigen Gehilfen einen Vorschuß von 40000 Mk., den verheirateten Gehilfen von 60000 Mk. zu zahlen, rückzahlbar in sechs

gleichen Raten. — Mit dieser Zahlung sind sämtliche Ansprüche, die aus Anlaß dieses Streitfalles erhoben werden könnten, ausgeglichen.

2. Die unterzeichneten Vertreter des Ortsvereins Bielefeld und des Deutschen Buchdruckervereins erklären, daß ihre Organisationen mit den Arbeitnehmer-Verbänden eine Vereinbarung treffen werden, daß ab erste volle Lohnwoche des Mai 1923 der Ortszuschlag für den Druckort Bielefeld auf 20 % festgelegt wird. Diese Erklärung wird nur unter der ausdrücklichen Bedingung abgegeben, daß durch die Arbeitnehmer-Organisation die ausdrückliche Verpflichtung übernommen wird und zwar für sich selbst und ihre Mitglieder, daß damit alle den Druckort Bielefeld betreffenden außertariflichen Sonderforderungen irgendwelcher Art und gleichgültig aus welchen Gründen nicht mehr erhoben werden können.

Hierzu wird erklärt, daß das alte Arbeitsverhältnis als nicht unterbrochen gilt.

Berlin, 7. April 1923.

(gez.) Wilhelm Leyser. (gez.) Paul Winkler. (gez.) Fritz Eilers jun. (gez.) Paul Meyer. (gez.) Otto Krautz.
(gez.) Dr. Kaeller. (gez.) Hans Gundlach.

Im Anschluß erklärt Herr Gundlach, sich damit nicht zu verpflichten, Herrn Leyser einzustellen. Es sollen darüber noch besondere Verhandlungen gepflogen werden.

In der Außerordentlichen Versammlung vom 9. April, vormittags 9 Uhr, wurde nach ausgedehnter, zum Teil erregter Debatte und nachdem Kollege Leyser wiederholt ersuchte, auf seine Person keine Rücksicht zu nehmen und zur Besonnenheit mahnte, über die Abmachungen vor dem Reichs-Schiedsamt abgestimmt. Bei 19 Stimmenthaltungen stimmten 90 dafür und 48 dagegen. Damit war der Einigungsvorschlag angenommen. Nach heftiger Auseinandersetzung einigte man sich, damit die Bedingungen des Vertrages erfüllt würden, dahin, daß die Kollegen der beiden Zeitungen noch am selben Tage 3 Stunden arbeiteten.

In der Diskussion der Versammlung wurde auch hervorgehoben, daß ein Weiterkampf ausgeschlossen sei, nachdem die andern Gewerkschaften Bielefelds versagt hätten und von dort nichts zu erwarten sei. Hierüber gibt ein Schreiben des Ortsausschusses Bielefeld des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an den Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Ortsverein Bielefeld, bemerkenswerte Auskunft:

Werte Kollegen! Der Vorstand des Ortsausschusses hat sich in seiner Sitzung am 9. April mit dem Antrage der Buchdrucker auf Heraus-

gabe von Sammelisten zur Unterstützung der in der Bewegung stehenden Buchdrucker beschäftigt. Nach eingehender sachlicher Würdigung kam der Vorstand zu der einmütigen Auffassung, daß von Herausgabe der Sammelisten abgesehen werden müsse. Als Gründe kommen in Frage: 1. Nach §§ 58 und 59 der Bundessatzungen ist es den Ortsausschüssen nicht gestattet, Sammelisten herauszugeben. 2. Auf Grund der Bundessatzungen haben wir uns bereits vor zwei Jahren im Ortsausschuß Satzungen gegeben, die einstimmig von allen angeschlossenen Gewerkschaften, also auch von den Buchdruckern, beschlossen sind. Der § 14 unserer Satzungen lautet: „Zur Unterstützung von Streiks und Ausgesperrten soll der Ortsausschuß Geldsammlungen veranstalten, wenn ein Aufruf des Vorstandes des A. D. G. B. hierzu auffordert.“ 3. Die augenblickliche wirtschaftliche Lage in allen Industrien und Gewerben bürgt keinesfalls für einen guten Ertrag der Sammlungen. Solange wir noch Satzungen, die wir uns selbst geschaffen haben, besitzen, müssen sie selbstverständlich auch respektiert werden, wenn nicht die gewerkschaftliche Disziplin untergraben werden soll. — Weiter wurde lebhaft Klage geführt darüber, daß die Buchdrucker den Mitgliedern des Graphischen Kartells nichts über die bevorstehende Bewegung mitgeteilt haben. Diese Tatsache trägt nicht dazu bei, das gewerkschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühl zu fördern. — Ferner muß berücksichtigt werden, daß bisher die Gewerkschaften, die sich in der Bewegung befanden, diese selbst finanziert haben, und würden es die Kollegen nicht verstehen, daß hier bei den Buchdruckern eine Ausnahme gemacht würde. — Wir setzen voraus, daß die Buchdrucker vorstehende Gründe würdigen, und werden sie dann die Auffassung des Kartellvorstandes verstehen. Mit freundlichem Gruß H. Castien.

Die Finanzierung der Aussperrung zeigt bei einem Dollarstande von 21 022 (am 7. April) folgendes Bild:

Einnahme	ABRECHNUNGS-AUSZUG		Ausgabe
Bielefelder Druckereien	3 479 750	An Unterstützungen	5 478 350
Bezirk Bielefeld	378 700	An Sonstigem	247 764
Gau Rheinland-Westfalen	1 637 100		
Andere Gaue	252 000	Bestand	21 436
	<u>5 747 550</u>		<u>5 747 550</u>

In der Vorstands-Ergänzungswahl, die am 12. Mai 1923 in einer Außerordentlichen Versammlung stattfand, kam an Stelle des Bielefeld verlassenden Kollegen Leyser als 1. Vorsitzender Kollege W. Herkströter, Kollege Weeking wurde 2. Vorsitzender und die Kollegen Ernst und Ritzenhoff Beisitzer. — Den Ortsbeitrag erhöhte die Versammlung auf 200 M. Der Graphische Gesangverein erhielt für eine Sängerfahrt nach Minden 30 000 M. bewilligt.

Am 16. Juni sprach Gewerkschaftssekretär Castien über „Wirtschaftskrisen und Arbeitslosenproblem“ und fand viel Aufmerksamkeit seitens der Versammlung

In der Mitgliederversammlung vom 1. September teilte Vorsitzender Herkströter mit, daß bei Besprechung der von den Unternehmern unternommenen Aktion (Kurzarbeit und Entlassungen) und Lohnfestsetzung nach dem Reichsindex durch die Vertrauensmännersitzung folgende Resolution beschlossen und der Pressekommission der „Volkswacht“ zugesandt sei:

Die am 25. August tagende Vertrauensmännersitzung des Buchdruckerverbandes bedauert, daß die „Volkswacht“ eine aus Unternehmerkreisen stammende Notiz über die hohen Buchdruckerlöhne in Fettdruck an der Spitze ihres lokalen Teiles brachte. Der Inhalt dieser Notiz ist zum Teil irreführend. Daher erwarten wir für die Folge, daß aus Unternehmerkreisen stammende Notizen vor ihrer Veröffentlichung der gewerkschaftlichen Organisation zur Prüfung auf ihre Richtigkeit vorgelegt werden.

Inzwischen war hierzu ein Schreiben, unterzeichnet C. Schreck, eingegangen, worin die Berechtigung der Beschwerde anerkannt wurde.

In derselben Versammlung teilte der Kassierer mit, daß für die streikenden Kollegen in Aschersleben 4 Millionen M. abgegangen seien. Der Streik sei inzwischen beendet. Weiter fand ein Vorstandsantrag, infolge der Geldentwertung eine Extrasteuer von 20 000 M. zu erheben, einstimmige Annahme. Die von den Vertrauensleuten beschlossene Neuregelung der Bezüge für Ausgesteuerte (100 000 M.) und Bezugsberechtigte (50 000 M.) wurde nach kurzer Aussprache auf 200 000 bzw. 100 000 M. erhöht.

Ende September waren in Bielefeld 40 Arbeitslose angemeldet und 100 Kollegen von Kurzarbeit betroffen.

Bei der Firma Velhagen & Klasing wurde 10 Setzern, 7 Druckern und 10 Hilfsarbeitern gekündigt und die tägliche Arbeitszeit auf 4 Stunden herabgesetzt und die Firma J. D. Küster Nachf. kündigte sämtlichen ledigen Kollegen (9 Setzern, 1 Drucker). Der Ortsbeitrag erhöhte sich auf 1 Million M. — Für die im Ausstand befindlichen Kollegen in Brieg wurde eine Extrasteuer von 1 Million M. festgesetzt. Für die arbeitslosen Kollegen und Invaliden in Bielefeld mußten die Vollbeschäftigten einmalig einen Stundenlohn abführen. Mit einem neuen

Konflikt der „Volkswacht“-Kollegen und der Handelsgesellschaft hatte sich die Mitgliederversammlung vom 10. November zu beschäftigen. Die Entlassung von 7 verheirateten Kollegen rief große Entrüstung hervor. Der Vorsitzende verurteilte das unsoziale Auftreten einiger Handelsgesellschafter bei den stattgefundenen Verhandlungen. Zu nochmaligen Verhandlungen in dieser Angelegenheit bestimmt die Versammlung die Kollegen Herkströter und Petke. Das Ergebnis war: von den zur Entlassung bestimmten blieben drei Kollegen (darunter ein älterer) stehen.

Den Arbeitslosen soll zu Weihnachten eine Unterstützung gewährt werden und zwar den Verheirateten 5 RM. und den Ledigen 3 RM. Für diesen Zweck wurde ein einmaliger Extrabeitrag erhoben.

In der Außerordentlichen Versammlung am 21. Dezember gab Gauvorsteher Kollege Bertram-Köln einen Bericht über die stattgehabten Tarifverhandlungen, deren Ergebnis von den Gehilfenvertretern abgelehnt war wegen 1. der Arbeitszeit, 2. des Fortfalls des Zentraltarifs, 3. der Kündigungsfrist, 4. der Ferien nach Berufsjahren. — Der Redner wies auf die böse Situation hin und rechnete mit einer tariflosen Zeit. Der Zentralvorstand würde nichts unversucht lassen, um bei der Frage der Arbeitszeit, vielleicht auch des Reichstarifs etwas zu erreichen und fordert von den Bielefelder Kollegen Einigkeit und Disziplin.

Bei der Wahl des Vorstandes für 1924 wurde der bisherige durch Akklamation wiedergewählt.

Als Leiter der Jugendabteilung ging Kollege Geißler aus der Wahl hervor, vom Vorstand hinzugewählt die Kollegen Weeking und Ritzenhoff.

Ein Kollege, der nicht genannt sein will, hatte 3 Dollar aus Amerika für die Ortskasse geschickt. — Für die ausgesperrten Kollegen der „Düsseldorfer Zeitung“ bewilligte der Ortsverein einen Betrag von 50 RM.

Am 1. März referierte Stadtrat Binder über das „Wohnungswesen“ und Sekretär Gubatz über die „Zentralisierung der Gewerkschaften“. Beiden Vorträgen folgte viel Beifall.

Der Vorsitzende Kollege Herkströter teilte in der Versammlung vom 6. April mit, daß der bisherige Lokalzuschlag von 20 % als Sonderabkommen bestehen bleibe, mußte aber in der

Außerordentlichen Versammlung am 13. April bekannt geben, daß bei den stattgehabten Verhandlungen die örtliche Forderung, einen Minimallohn von 30,60 M. bei 48 stündiger Arbeitszeit zu bewilligen, von den Unternehmern, die sich an die Berliner Abmachungen hielten, brüsk abgelehnt sei. Infolgedessen beschloß die Versammlung, jede Überstundenarbeit zu verweigern, bis der Forderung entsprochen würde. Im Jahre 1924 konnte der frühere langjährige Orts- und Bezirksvorsitzende und Gehilfenvertreter des Tarifkreises II Kollege Otto Mirow auf eine 50jährige Zugehörigkeit zum Verbands zurückblicken. Eine besondere Ehrung des Jubilars fand in der Bezirks-Versammlung am 18. Mai in Detmold durch den Gauvorsteher Kollegen Löschner statt.

Für die ausgesperrten Bergarbeiter wurde ein Extrabeitrag von 1 M. genehmigt und der Vorstand ermächtigt, falls der Ausstand noch länger dauere, weitere Beiträge einzuziehen. Das Ergebnis der Aufnahme einer Lehrlingsstatistik war folgendes: Erfasst wurden im Bezirk 61 Druckereien mit 107 Lehrlingen bei 756 Gehilfen; davon 71 Setzer-, 34 Drucker- und 2 Stereotypeurlehrlinge. Hiervon entfielen auf den Ort Bielefeld 18 Setzer, 14 Drucker, 2 Stereotypeure. Von diesen 107 Lehrlingen lernten im ersten Jahre 24, im zweiten 8, im dritten 36 und im vierten 39.

Bei der Wahl zum Tarifschiedsamt wurden als ordentliche Mitglieder zugewählt die Kollegen Wilhelm Herkströter und H. Weeking. als Ersatzmitglieder die Kollegen A. Brindöpke, K. Rixe, Rob. Hoffmann und E. Rothe.

Am 11. August beehrte „Korrespondent“-Redakteur Kollege W. Krahl Bielefeld mit seinem Besuch. Was der Verfasser der „Verbandsgeschichte“ in seinem im „Handwerkerhause“ gehaltenen lehrreichen Vortrage, ausgehend von den bei der Verfassungsfeier in Münster in Gegenwart des Reichspräsidenten Ebert gehaltenen Reden in umfassenden Ausführungen mit vielen Materialbelegen in pointierter Form über die wirtschaftlichen Organisationen und den wirtschaftlichen Kampf in Deutschland zu Gehör brachte und wie dabei die gewerblichen, beruflichen und organisatorischen Verhältnisse der Buchdrucker Beleuchtung fanden, das hatte das vollste Interesse der Versammlung. Dem Vortragenden lohnte ein überaus reicher Beifall.

Der Maschinenmeisterverein nahm seine Tätigkeit, die seit Beginn des Krieges geruht, wieder auf.

„Die tarifliche Lage“ stand auf der Tagesordnung der von 183 Kollegen besuchten Mitgliederversammlung am 3. November. Vorsitzender Herkströter referierte über die Lohnverhandlungen der letzten Monate, die nichts brachten. Der bei den letzten Verhandlungen gefällte Schiedsspruch entspräche nicht den Verhältnissen und könne von der Gehilfenschaft nicht angenommen werden. Eine dementsprechende Resolution fand gegen 11 Neinsager Annahme. Als Weihnachtsgabe bewilligte die Dezemberversammlung für Invaliden und Arbeitslose 10 M. Durchreisende erhielten 5 M. Der Vorstand für das Jahr 1925 setzte sich zusammen aus den Kollegen Wilhelm Herkströter, 1. und Karl David, 2. Vorsitzender, August Holz, Kassierer, Arnold Flachmann, 1. und Gustav Bökenkamp, 2. Schriftführer, Beisitzer Louis Ernst und Wilhelm Klenke.

Kartelldelegierte: die Kollegen Petke und Ritzenhoff; Stellvertreter: die Kollegen Brindöpke und Nolte.

Die im März erfolgte Abstimmung über Annahme des neuen Tarifs ergab 247 Ja- und 137 Nein-Zettel.

Über „Krankenversicherung“ referierte am 9. März Stadtrat Oster. Redner behandelte in 1 ½ stündigen Ausführungen das Wesen der Krankenversicherung und die Ziele der Ortskrankenkassen, wobei die Zersplitterung durch die Innungs- und Betriebskrankenkassen besondere Beachtung fand.

Am 15. April sprach Kollege Krautz-Berlin vom Zentralvorstand über „Die Gewerkschaften in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unserer Zeit“. In gut zu verstehenden Ausführungen schildert Redner den Aufstieg der Industrie in der Vorkriegszeit und die Notwendigkeit starker Arbeiterorganisationen. Die Kriegs- und Nachkriegszeit brachte große Schäden und diese Zeit fand Unstimmigkeit innerhalb der Arbeiterschaft. Um den Ansturm der Unternehmer gegen die Sozialgesetzgebung abzuwehren, brauchten wir wieder das alte Vertrauen zu den Führern. Nachdem Kollege Krautz die wirtschaftlichen Kämpfe nicht nur der Mitglieder, sondern auch der Funktionäre in den letzten Jahren geschildert, kam er auf die Zukunftsarbeit zu sprechen. Der Vortrag wurde mit sichtlichem Interesse verfolgt; großer Beifall lohnte Kollegen



25- bis 29jährige ununterbrochene Mitgliedschaft

Obere Reihe: Wilhelm Fedeler, Hermann Stärke, Otto Tschuschke, Ruppert Fischer, Wilhelm Pilgrim, Fritz Bartels, Fritz Meyer, Paul Dorn, Paul Naeger, August Bergmann. — Mittlere Reihe: Wilhelm Stuke, Karl Krüger, Karl Wehmeyer, Karl Wittneben, Arnold Fladmann, Heinrich Strathmann, August Scheele, Richard Feldter, Wilhelm Wessel, Karl Rixe, Heinrich Ostermeyer, Karl Beck, Hermann Goldbeck, Rudolf Merthen, Rudolf Stuphorn, Gustav Tantow, Oskar Schwerfeger, Theodor Fastabend, Friedrich Julmi, Arthur Schuster. — Sitzend: Paul Dambrowsky, Ernst Gehring, Fritz Landzettel, Robert Jäckel, Albert Horn, Gustav Meyerhoff, Wilhelm Oberbeckmann, Johann Ritzenhoff, Karl Bunte, August Bültmann.

Krautz. — Eine kurze Diskussion setzte ein, in der ein Kollege moskowitzischer Richtung die Ausführungen als Verteidigungsrede des Zentralvorstandes hinstellte und mit den üblichen Phrasen die Versammlung besser zu unterrichten trachtete. Er hatte jedoch kein Glück damit und mußte sich durch das Schlußwort des Referenten eines anderen belehren lassen. Die den streikenden Metallarbeitern übermittelten 1000 M. sollen durch drei Extrabeiträge von je 1 M., wieder eingeholt werden.

Als Nachfolger für Kollegen Bökenkamp wurde in den engeren Ortsausschuß des A. D. G. B. Kollege Ritzenhoff delegiert. Zu Pfingsten weilten die Kollegen-Gesangvereine „Gutenberg“-Minden, „Typographia“-Münster und „Typographia“-Osnabrück in Bielefeld. Dieser Besuch, der dem heimischen „Graphischen Gesangverein“ galt, fand allseitige Teilnahme der Bielefelder Kollegenschaft. Den Höhepunkt bildete das Festkonzert auf dem Johannisberge mit anschließendem Festkommers und Beleuchtung der Sparrenburg. Während des Konzerts weilte unter den Zuhörern der preußische Minister des Innern Severing. Die Festrede hielt Kollege Helmholz von der „Korrespondent“-Redaktion. Am zweiten Tage fand ein Ausflug über die Berge nach dem „Rütli“ und nachmittags Gartenkonzert im „Freudental“ mit anschließendem Tanz statt. Alle Veranstaltungen nahmen bei prächtigem Wetter einen sehr gelungenen Verlauf und dürften bei den Gästen in guter Erinnerung haften. Der Ortsverein hatte zu den Unkosten 300 M. bewilligt.

Dem Anschluß des Ortsvereins an die Gutenberg-Gesellschaft in Mainz mit einem Jahresbeitrag von 10 M. wurde stattgegeben; ferner überwies der Ortsverein der Arbeiter-Sportbewegung am Orte den Betrag von 30 M.

„Die schaffenden Schichten und die moderne dramatische Dichtung.“ Dies Thema behandelte „Volkswacht“-Redakteur Nierich in einer Versammlung. Redner schilderte die Anfänge der dramatischen Dichtung und ihre Entwicklung bis zur Gegenwart in leichtverständlicher, humorvoller Weise. Ferner nahm der Ortsverein in der folgenden Versammlung mit großem Interesse die 1½ stündigen Ausführungen des Sekretärs Gubatz über „Arbeitsgerichte“ entgegen. Beide Vorträge fanden reichen Beifall.

Aus der letzten Kartellsitzung berichtete Kollege Ritzenhoff über den Bau eines Gewerkschaftshauses. Das in Aussicht genommene Projekt mit einem Kostenaufwande von 1 ½ Mill. Mark sei wegen der Nichtbeteiligung der Metallarbeiter gefallen. Die andern Organisationen hätten aber beschlossen, ein neues Projekt ausarbeiten zu lassen und die Kosten allein zu tragen. Der Ortsverein beschloß, sich zu beteiligen. Als Weihnachtsgabe wurden den Invaliden und Arbeitslosen je 10 M. bewilligt.

Als Vorstand für 1926 wurde der bisherige wiedergewählt. Kartellvertreter: Kollegen Herkströter und Petke, Stellvertreter: Kollegen David und Meyerhoff. — Weil nach einem Schreiben des engeren Ortsausschusses dessen Mitglieder zugleich Vorstandsmitglieder ihrer Organisation sein müssen, wurde für den dieserhalb ausscheidenden Kollegen Ritzenhoff als Nachfolger Kollege Herkströter bestimmt.

In Gemeinschaft mit den Sparten (Bildungsverband, Maschinenmeisterverein und Maschinensetzerverein) wurde vom Ortsverein eine technische Bibliothek gegründet. Diese ist jeden Sonntagvormittag geöffnet.

Die Versammlung am 3. Mai nahm einen Vortrag des Redakteurs W. Korpeter entgegen über „Die Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung und die Aufgaben der Arbeiterklasse“. In 1 ½ stündigen Ausführungen besprach Redner die Entstehung des englischen Generalstreiks der Bergarbeiter und seine Auswirkung auf die anderen europäischen Staaten. In dieser Versammlung wurde auch Klage geführt, daß durch die Beteiligung der Kommunisten an der Maidemonstration im Zuge Plakate getragen seien, deren Aufschrift nicht mit den Ideen der Gewerkschaften im Einklang ständen. Der Vorsitzende stimmt dem zu und verspricht, in der nächsten Ausschußsitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes diese Klagen vorzutragen. Am 6. Juni 1926 beging der Bezirk Bielefeld das 60 jährige Verbandsjubiläum in großzügiger Weise. Vormittags fand eine Morgenfeier künstlerischen Charakters statt. Nach der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Kollegen Herkströter trug Fräulein Mimi Holz mit gutem Ausdruck den vom Kollegen Viktor Kalinowsky-Bochum gedichteten Festprolog vor. Die musikalischen Darbietungen gaben die Kammermusikvereinigung

vom Städtischen Orchester und der „Graphische Gesangverein“. Das Gebotene fand in wehevoller Stimmung von der recht zahlreich erschienenen Kollegenschaft mit ihren Damen gute Aufnahme, ebenso wie die Festrede vom Gauvorsteher Kollegen Georg Löschner-Köln. — Die Nachmittagsfeier auf dem Johannisberge wurde mit einer Fest-Bezirksversammlung in der Tonhalle eingeleitet. Zur Verlesung kam u. a. folgendes Schreiben des Ortsausschusses Bielefeld vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes:

Mit besonderer Freude nehmen wir Kenntnis von dem 60jährigen Bestehen eurer Organisation, dem Verbands der Deutschen Buchdrucker. Nicht alle Berufe haben den Zusammenschluß so frühzeitig erkannt und durchgeführt wie die Buchdrucker. Mit Genug-tung stellen wir fest, daß eure Organisation mit zu den festesten Säulen der freien Gewerkschaften zählt. Das, was in dieser Beziehung für das ganze Reich gilt, trifft auch für den Bezirk Bielefeld zu. Die Buchdrucker von Groß-Bielefeld waren mit die ersten, die hier den Zusammenschluß im Gewerkschaftskartell (jetzt Ortsausschuß des A. D. G. B.) erstrebten. Geradezu deshalb sind die Buchdrucker auch hier in Bielefeld als Bahnbrecher der Gewerkschaften anzusprechen. Schon die Tatsache, daß in eurem Bezirk rund 125 Verbandsjubilare vorhanden sind — darunter 84 in Groß-Bielefeld — die über 25 Jahre, teilweise über 40 und 50 Jahre der Organisation angehören, rechtfertigt die Feststellung, daß eure Organisation zu den festesten Fundamenten der freien Gewerkschaften gehört. Im Verfolg dieser Tatsache gestatten wir uns, euch zu eurem 60jährigen Bestehen die besten Glückwünsche zu entbieten. Wir verbinden diese mit der dringenden Bitte, auch ferner mit uns zusammen für die Ideale und damit für die Befreiung der Unterdrückten wirken zu wollen.

Mit kollegialem Gruß H. Castien.

In der Festversammlung fand weiter neben anderen Jubilaren eine besondere Ehrung des 50 jährigen Verbandsjubilars Kollegen Albert Uhlemann statt. — Am Schluß der Versammlung weihte Gauvorsteher Kollege Georg Löschner das Banner der Jungbuchdrucker, einen Wimpel, der vom Ortsverein Bielefeld der Lehrlings-Abteilung des Bezirks gewidmet war. — Konzert und Tanz, abends durch einen Rundgang durch die Anlagen bei Feuerwerk und bengalischer Beleuchtung unterbrochen, hielten die Kollegen mit ihren Angehörigen bis zum Schluß in gehobener Stimmung beisammen. — Aus Anlaß der Jubelfeier erhielten die Arbeitslosen und Invaliden ein Geschenk von 20 M. (vom Ort und Bezirk je 10 M.). Die Durchreisenden bekamen 5 M.



Den Bericht über die Verbands-Jubiläums-Generalversammlung gab in der Juli-Versammlung der vom Gau delegierte Ortsvorsitzende Kollege Herkströter in eingehender Weise. Den streikenden englischen Bergarbeitern bewilligte die Versammlung vom 18. September 500 M.

Zur Teilnahme an einem von den Gewerkschaften Bielefelds eingerichteten Kursus „Gewerkschaftliche Schulung“ wurde Kollege Helmut Fischer delegiert.

Im Oktober sprach Kollege Löwe über „Kunst und Wohnungskultur“. Der Redner hatte aufmerksame Zuhörer.

In den durch Annahme der Lehrlingsordnung durch die Bielefelder Handwerkskammer ins Leben gerufenen Fachausschuß entsandte der Ortsverein die Kollegen August Holz, Karl Hellemann und Robert Hoffmann sowie Heinrich Schulte. Als Weihnachtsgabe erhielten Invaliden, Ausgesteuerte und Arbeitslose je 10 M. bewilligt. Ebenso bewilligte man für den Elternabend der Lehrlingsabteilung 12 M.

Die Vorstandswahl für 1927 ergab das folgendes Resultat: Kollege W. Herkströter, 1. und Karl David, 2. Vorsitzender, August Holz Kassierer, Robert Hoffmann 1. und Paul Klähn 2. Schriftführer, L. Ernst, E. Becker und Helmut Fischer Beisitzer. — Kartelldelegierte: Kollegen W. Herkströter und Th. Petke; als Ersatzleute: Kollegen Karl David und G. Meyerhoff. — Reisekasseverwalter: Kollege L. Ernst. Die Gauvorsteherkonferenz vom 6. Dezember 1926 hatte beschlossen, den am 28. Januar abgelaufenen Lohntarif sowie den am 31. März 1927 abgelaufenen Manteltarif zu kündigen. Nach ergebnislosen Verhandlungen zwischen Gehilfen- und Prinzipalsvertretern wurde vom Zentralschlichtungsamt in Berlin ein Schiedsspruch gefällt, wonach die bestehenden Löhne für die Monate Februar und März weitergelten sollten. Für die Zeit ab April 1927 sei über die Neuregelung der Löhne und Neuabschluß des Manteltarifs zu verhandeln. Der Reichsarbeitsminister erklärte den Spruch für verbindlich. — Weil bei den Verhandlungen von den Prinzipalen die „hohen Löhne“ der Gehilfen, die eine Folge der vielen Überstunden waren, ins Feld geführt, faßte der Ortsverein in seiner Februar-Versammlung den Beschluß, Mehrstunden zu verweigern.

SCHLUSSBETRACHTUNG

Nachstehende Zahlen zeigen das Wachsen des Ortsvereins und seine Kassenverhältnisse in den letzten 20 Jahren:

Mitgliederstand am 31. Dezember	1907	282
„ „ „	1908	306
„ „ „	1909	344
„ „ „	1910	359
„ „ „	1911	368
„ „ „	1912	355
„ „ „	1913	383
„ „ „	1914	247
„ „ „	1915	159
„ „ „	1916	146
„ „ „	1917	138
„ „ „	1918	241
„ „ „	1919	364
„ „ „	1920	392
„ „ „	1921	411
„ „ „	1922	406
„ „ „	1923	374
„ „ „	1924	435
„ „ „	1925	490
„ „ „	1926	497
Kassenbestand am 31. Dez.	1907	239.10
„ „ „	1908	559.49
„ „ „	1913	262.54
„ „ „	1914	I 174.53
„ „ „	1915	I 762.98
„ „ „	1916	I 996.28
„ „ „	1917	I 858.12
„ „ „	1918	2 472.42
„ „ „	1919	3 690.84
„ „ „	1920	660.42
„ „ „	1921	I 191.52
„ „ „	1922	II 198.25
Vorschuß	„ „ „	1923	87 636 108.—
Kassenbestand	„ „ „	1924	I 609.96
„ „ „	„ „ „	1925	3 225.81
„ „ „	„ „ „	1926	I 710.89

Wie nur gesunde Faktoren etwas Organisches zu gedeihlicher Entwicklung zu führen vermögen, so haben auch die Gestaltung des Bielefelder Ortsvereins durchaus gesunde Faktoren bewirkt und gefördert: beruflich eifriges Streben, gewerkschaftlich fortschrittlicher Geist und Solidarität.

Beredtes Zeugnis im Streben zu beruflicher Vervollkommnung geben die von Bielefelder Firmen hergestellten, vielfach als hervorragend und mustergültig anerkannten Druckerzeugnisse. Besonderes Verdienst haben sich hierbei die Sparten erworben, wie der Maschinenmeisterverein, der der Vervollkommnung des Mehrfarbendrucks große Aufmerksamkeit zuwendet, und der Bildungsverband, bzw. die frühere Typographische Vereinigung, deren Ziel auf Modernisierung des Satzes eine Reihe von Kollegen mit Eifer fördern. Hervorgehoben sei hier neben dem Kollegen Heinrich Weeking besonders der Vorsitzende des Kreises Bielefeld im Bildungsverbände der Deutschen Buchdrucker, Kollege Wilhelm Lesemann-Herford, früher in Bielefeld ansässig, jetzt als Fachlehrer an der Bielefelder Städtischen Kunstgewerbeschule hier noch tätig.

Wie tief der gewerkschaftliche Geist unter den Buchdruckern Bielefelds Wurzel geschlagen hat, beweist am besten mit das steigende Interesse an der sozial- und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung, das besonders in den letzten Jahrzehnten in Erscheinung getreten ist. Dementsprechend gestaltete sich auch die Betätigung von Ortsvereinsmitgliedern in den öffentlichen Körperschaften. Es wurden oder sind Kollegen gewählt bzw. berufen in Stadt- und Gemeindevertretungen, in den Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse, in die öffentliche Wohlfahrtspflege, in Elternbeiräte der Schulen, als Schöffen und Geschworene bei Gerichtssitzungen, als Beisitzer am Gewerbegericht, als Sühnevermittler beim Rechtsfriedensamt, als Schiedsgerichtsbeisitzer beim Oberversicherungsamt u. a. Mit dem fortschrittlichen, gesunden Geiste in gewerkschaftlicher Hinsicht hielt ein musterhaftes Solidaritätsgefühl, von Außerseibern und oberflächlich Urteilenden mitunter jedoch angezweifelt oder gar wohl angefeindet, jederzeit gleichen Schritt, so daß heute das Verhältnis des Ortsvereins zu den übrigen Arbeiterorganisationen am Platze als ein recht gutes bezeichnet werden kann.

Wenn am Tage der 50 jährigen Jubelfeier festzustellen ist, daß der Ortsverein seiner Pflicht und Schuldigkeit gegenüber der Gewerkschaft voll und ganz genügt und sich zu einem angesehenen Zweige am großen stolzen Baume des Verbandes der Deutschen Buchdrucker entwickelt hat, so sei der frohen Zuversicht berechtigter Ausdruck gegeben: die Zukunft wird ihn stets gewappnet finden! Alle empfinden wohl heute die frohe Genugtuung, daß die Opfer, die die Organisation forderte, nicht umsonst gebracht worden sind!

Für den Ortsverein Bielefeld gelte daher zu seiner Jubelfeier derselbe Glückwunsch, den ein alter Gönner und Verteidiger des Verbandes, der greise Professor Lugo Brentano, an die Berliner 60jährige Jubelfeier-Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker drahtete:

„Ein vivat floreat crescat!“

ANHANG

Die Sparten des Ortsvereins: Maschinenmeisterverein, Bezirk Bielefeld — Ortsgruppe Bielefeld im Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker — Maschinensetzer-Bezirksverein Bielefeld — Rheinisch-Westfälischer Korrektorenverein, Bezirksgruppe Bielefeld — Bezirksverein Bielefeld der Stereotypen- und Galvanoplastiker — Graphischer Gesangverein Bielefeld

MASCHINENMEISTERVEREIN BEZIRK BIELEFELD

Vorstand: Gustav Droste, 1. Vorsitzender, Paul Eisenberg, 2. Vorsitzender; Georg Pfläging, Kassierer; Gustav Biermann, 1. Schriftführer, Walter Tigges, 2. Schriftführer.

Vor dem Kriege konnte das kollegiale Leben im Verein, wie aus der Anfang 1914 anlässlich des zehnjährigen Bestehens erschienenen Festschrift zu ersehen ist, als ein sehr gutes bezeichnet werden; ebenso das Interesse an der weiteren Ausbildung. Verschiedene Kurse wurden abgehalten: Zuriichte-, Ausschnitt-, Apparat- und Farbmischkurse. Des weiteren fanden Besichtigungen der Farbenfabrik Jänicke & Schneemann-Hannover, der Papierfabrik Hillegossen, des Gas- und Elektrizitätswerkes, sowie der Maschinenfabrik Fischer & Krecke-Bielefeld statt. Leider mußte der Verein durch die Nachwirkungen des Krieges, besonders während der krassen Inflationszeit von 1923—1924 seine Tätigkeit einstellen. In dieser Zeit fand nur nach Bedarf eine Zusammenkunft des Vorstandes statt. Nach Beendigung der Inflation, die so ziemlich den ganzen Kassenbestand geraubt hatte, wurde die Sparte infolge Aufrufs des Verbands-Vorstandes in ganz Deutschland wieder ins Leben gerufen und trat am 26. Nov. 1924 auch hier in Tätigkeit. Es war nicht leicht, die Drucker um ihre alte Fahne zu sammeln. Eine große Mißstimmung hatte um sich gegriffen, da die Entlohnung mit den geforderten Leistungen in keiner Weise in Einklang zu bringen war, was den Trieb zur Weiterbildung hemmte. Erfreulicherweise hat sich das Interesse am Verein wieder gehoben. Er zählt z. Z. über 100 Mitglieder und sein Kassenbestand beträgt 170,00 Mk. Da sich auch der Versammlungsbesuch zusehends hebt, wird der Verein seine Aufgaben bald wieder ganz erfüllen können.

ORTSGRUPPE BIELEFELD IM BILDUNGS- VERBAND DER DEUTSCHEN BUCHDRUCKER

Vorstand: Adolf Nachtwey, Vorsitzender, Hermann Stärke, Kassierer; Georg Geißler, Schriftführer.

Die 50jährige Jubelfeier des Ortsvereins Bielefeld im Verbands der Deutschen Buchdrucker gibt Anlaß, in einigen Sätzen 15 Jahre Bildungsarbeit der „Typographischen Vereinigung“, später Ortsgruppe Bielefeld im Bildungsverbände der Deutschen Buchdrucker, zu schildern. Als um das Jahr 1911 die in einzelnen Typographischen Vereinigungen und Klubs zusammengeschlossene Gehilfenschaft erkannt hatte, daß nur in engstem Zusammenschluß aller auf dem Fortbildungsgebiet für den einzelnen und damit auch für die Gesamtheit sich Erspreißliches erzielen lasse, konnte dank unermüdlicher Tätigkeit einzelner Bielefelder Kollegen am 8. September 1912 die Typographische Vereinigung Bielefeld gegründet werden. Kollege Wilhelm Lesemann war ihr erster Vorsitzender, und mit seinen Getreuen (A. Petzold, E. Hiltcher, A. Flachmann) verstand er es, aus der Vereinigung bald das zu machen, was sie sein sollte: eine Vereinigung zur Fortbildung auf beruflichem Gebiet. Gediegene Vortragsabende wechselten mit Ausstellungen, Wettbewerben und groß angelegten Kursen. Zwei Jahre hindurch wirkte die Vereinigung in vorbildlicher Weise. Die nun folgenden vier Jahre sind gekennzeichnet durch das unselige Völkermorden (1914—1918). Fast alle Mitglieder wurden zum Kriegsdienst berufen, und nur der selbstlosen Tätigkeit des Kollegen H. Weeking ist es zu danken, wenn die Heimkehrenden die Vereinigung noch in allen Fugen heil vorfanden.

Die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse in der Nachkriegszeit ließen zunächst rechte Freude auf dem Fortbildungsgebiet nicht aufkommen. Kollege W. Holtmann verstand es aber trotzdem, das Schiffllein Typographische Vereinigung um alle Klippen und Fährnisse zu steuern. Als im Jahre 1919 der Kreis Bielefeld im Bildungsverbände der Deutschen Buchdrucker gebildet und Bielefeld Vorort wurde, konnte dem Kollegen W. Holtmann die Leitung übertragen werden. Langsam aber stetig ging es dann vorwärts. Selbst in den erbärmlichen Inflationsjahren 1920—1923 verzagte nicht das

„Häuflein klein“ der Typographischen Vereinigung. Hier sind vor allem zu nennen die Kollegen A. Flachmann, H. Stärke, G. Geißler, H. Strothmann, A. Nachtwey u. v. a. Ganz besonders gilt es des Kollegen Wilhelm Lesemann zu gedenken, der, zum Kreisvorsitzenden gewählt (Kollege Wilhelm Holtmann trat von diesem Posten aus beruflichen Gründen zurück), immer und gern von seinem reichen Können und Wissen allen mitteilte.

Im Jahre 1924 setzte endlich auf wirtschaftlichem Gebiete Besserung ein, die sich erfreulicherweise ganz besonders auch in der Vereinigung bemerkbar machte. Vorträge, Kurse, Wettbewerbe usw. fanden wieder Anklang bei der Kollegen-schaft. Die Freude am Beruf lebte auf.

Die Jahre 1925—1927 standen im Zeichen größerer Wettbewerbe und Sprachkurse. Unterhaltung und Wissen auf jedem Gebiete fördert die Büchergilde Gutenberg durch Herausgabe bester Bücher, Schöpfungen erster Literaten und einwandfrei in technischer Ausstattung.

Überall ist ein unverkennbarer Fortschritt zu verzeichnen, und will der einzelne nicht unterliegen, dann muß es für ihn heißen: Hinein in die Ortsgruppe Bielefeld des Bildungsverbandes und teilgenommen an allen Veranstaltungen, denn nur bestes Wissen und Können schafft in jeder Lage feste Gewerkschaftler!

Das 15. Jahr läßt sich eben erst an, und mit einem guten Kassen- und Mitgliederbestand und einem arbeitsfreudigen Vorstand wird auch das Jahresende beste Erfolge aufweisen zum Wohle jedes einzelnen und damit der Gesamtheit.

MASCHINENSETZERBEZIRKSVEREIN BIELEFELD

Vorstand: Arthur Schuster, Vorsitzender; August Brindöpke, Kassierer; Wilhelm Stuke, Schriftführer.

Die eigentliche Gründung der Sparte erfolgte im Jahre 1903. Vom Jahre 1902 hatte schon ein loser Zusammenschluß bestanden. Der Verein gehörte von 1903—1907 zur Maschinensetzer-Vereinigung Rheinland-Westfalen, schloß sich dann aber mit einem knappen Dutzend Mitglieder der Maschinensetzer-Vereinigung Gau Hannover an; die geographische Lage war für diesen Beschluß ausschlaggebend. Der Wieder-

Lehrer

anschluß an den Gau Rheinland-Westfalen erfolgte aus Anlaß des Hannoverschen Maschinensetzer-Kongresses. Der Beschluß wurde am 30. März 1913 in Bielefeld gefaßt, wo Kollege Müller vom Gau Rheinland-Westfalen und Kollege Wiehmeyer vom Gau Hannover anwesend waren. Die Statistik vom 15. Oktober 1913 ergab folgendes Bild:

27 Firmen, 11 Druckorte, 62 Setzmaschinen: 30 Linotypes, 14 Typograph, 13 Monotypes (7 Taster, 6 Gießapparate); beschäftigt wurden an diesen Maschinen 78 Personen: 58 Verbandsmitglieder, 14 Gutenbergbündler, 4 Nichtverbändler (davon 2 Nichtbuchdrucker), 2 Lehrlinge. Von den 58 Verbandsmitgliedern gehörten 50 der Sparte an.

Im Jahre 1927 sind vorhanden: 29 Firmen, 12 Druckorte, 101 Setzmaschinen und zwar: 69 Linotypes, 14 Typograph, 11 Monotype-Taster, 7 Monotype-Gießapparate; beschäftigt wurden an diesen Maschinen 146 Personen. Davon sind Verbandsmitglieder 116, Gutenbergbündler 30. Von den Verbandsmitgliedern gehörten 110 Kollegen der Sparte an. Im Jahre 1928 besteht die Vereinigung 25 Jahre.

RHEIN.-WESTFÄLISCHER KORREKTORENVEREIN ORTSGRUPPE BIELEFELD

Vorstand: Karl Ondratschek, Vorsitzender; Karl Krüger, Kassierer; Heinrich Strothmann, Schriftführer.

Auch bei der Korrektorensparte waren, ehe deren Gründung erfolgen konnte, große Schwierigkeiten zu überwinden. In den meisten größeren Druckstädten von Rheinland-Westfalen bestanden schon Ortsgruppen des Rheinisch-Westfälischen Korrektorenvereins, bevor das gemeinsame Interesse die Bielefelder Kollegen zur Vereinigung führte. Ein Hemmnis für unsere Bestrebungen war die verhältnismäßig hohe Ziffer der Nichtbuchdrucker als Korrektoren. Nach einer Statistik vom Jahre 1908 gab es zu jener Zeit im Bezirk Bielefeld 18 Korrektoren, von denen 8 Nichtbuchdrucker waren, und nur 5 Berufsangehörige gehörten dem Verbands an. Der Durchschnittslohn betrug damals M. 31,51 (16,36 % über das Ortsminimum Klasse C einschl. Lokalzuschlag). Völlig ungeeignete Plätze, Fehlen jeglicher Hilfsbücher usw. zeugten von wenig Verständnis oder Anerkennung der Arbeit der Korrektoren. Die ersten Versuche 1909; hier für Besserung und

Zusammenschluß der Kollegen zu wirken, wurden von den Kollegen Franz Bäumgen und A. Wemper-Dortmund, wie auch vom Kollegen E. Heinrich-Köln unternommen. Auch Kollege Louis Ernst, Bielefeld, hat dazu beigetragen, diese Angelegenheit zu fördern. Wie aus den Vereinsakten zu ersehen, gelang es, 1910 als erste Mitglieder in Bielefeld die Kollegen Willi Kruspe und Heinrich Wiedemann und etwas später Kollegen Hans Trapp zu gewinnen. Da mit dieser Zahl noch keine Ortsgruppe gegründet werden konnte, erfolgte Beitragszahlung usw. nach Dortmund. Am 31. Juli desselben Jahres fand eine Versammlung statt, in der der Vorsitzende des Rheinisch-Westfälischen Korrektorenvereins, Kollege Mainholz-Köln, über „Die Korrektorenbewegung seit Gründung ihrer Sparte“ sprach. Die Versammlung hatte jedoch nicht vermocht, die noch Abseitstehenden für die Sparte zu gewinnen, so daß 1911 kein Mitgliederzuwachs zu verzeichnen war.

1912 traten 4 Kollegen bei; es konnte also zur Gründung einer Ortsgruppe geschritten werden. Die Gründungsversammlung der Ortsgruppe Bielefeld fand am 14. April im Lokale Rolfsmeyer, Ritterstraße, statt. Als Referent war Kollege Bernhardt-Hamm erschienen, der über „Zweck und Ziele des Korrektorenvereins“ sprach, und von Dortmund war der rührige Kollege A. Wemper herbeigeeilt. In dieser bedeutsamen Versammlung waren auch Vertreter des Bezirks- und Ortsvorstandes des Verbandes sowie eine größere Zahl von Setzerkollegen anwesend; erfreulicherweise erhielt die Sparte an jenem Tage einen weiteren Zuwachs von drei Bielefelder Kollegen. Der Versammlung folgte nachmittags ein Ausflug auf den Johannisberg und den Sparenberg, und in der „Kanone“ fand bei Musik und Gesang die Feier einen harmonischen Abschluß. Als Leiter der Ortsgruppe war Kollege W. Kruspe einstimmig gewählt worden, der dies Amt bis zu seinem Konditionswechsel im November 1913 versah. Mit Ablauf jenes Jahres war ein Mitgliederbestand von 13 Kollegen zu verzeichnen.

An Stelle des nach Göttingen übersiedelten Kollegen Kruspe wurde Kollege Ondratschek gewählt. Durch weiteren Mitgliederzuwachs aus Herford, Minden, Oeynhaus, Detmold, Melle (Hannover) erhöhte sich die Zahl auf 18. Die

Ortsgruppen wurden in Bezirksgruppen umgebildet. Der in-
zwischen ausgebrochene Weltkrieg lichtete auch unsere
kleine Schar. Ende 1914 9, 1915 7, 1916 und 1917 je 5,
am Schluß des letzten Kriegsjahres 6, 1919 noch 7 Kollegen
An Stelle des ebenfalls zum Kriegsdienst eingezogenen Vor-
sitzenden regelte Kollege Friedrich Preß von 1916—1919
die Geschäfte der Ortsgruppe.

Das in nachfolgender Zeit einsetzende Tohuwabohu im ganzen
Wirtschaftleben und die Geldentwertung mit ihren verheeren-
den Folgen brachten auch die Ortsgruppe zum Erliegen; sie
wurde erst am 6. Dezember v. J. wieder zu neuem Leben
erweckt. Sämtliche für die Gruppe in Betracht kommenden
Kollegen von Bielefeld erklärten ihren Wieder- oder Neu-
eintritt; die Mitgliederzahl beträgt zur Zeit 15.

BEZIRKSVEREIN BIELEFELD DER STEREOTYPEURE UND GALVANOPLASTIKER

Die Sparte ist nach dem Kriege nicht wieder lebensfähig ge-
worden und hat sich 1926 leider aufgelöst. Hoffentlich tritt
sie bald wieder zu neuem Streben in Tätigkeit.

GRAPHISCHER GESANGVEREIN BIELEFELD

Vorstand: Eduard Dreyer, Vorsitzender; Robert Conrad,
Liedervater; Louis Ernst, Kassierer; Erich Bode, Schrift-
führer; Karl Bunte, Archivar; Albert Wollin und Ernst
Kaufmann, Beisitzer.

Es war im Frühjahr des Jahres 1892, als der Verein gegründet
wurde. Überall regte sich die organisierte Arbeiterschaft,
um sich freizumachen von einer bürgerlichen Bevormundung.
Auch die sangesfrohen Kollegen, soweit sie in Ermangelung
einer Arbeiter-Sängerbewegung Mitglieder kleinbürgerlicher
Vereine waren, machten aus ihren freiheitlichen Anschau-
ungen kein Hehl, was den Spießbürgern in den Vereinen,
denen diese Kollegen angehörten, äußerst unbequem wurde.
Als sich ein Kollege um die Mitgliedschaft im „Männergesang-
verein“, dessen Sängerschar zu einem guten Drittel schon
aus Buchdruckern bestand, bewarb, aber nicht aufgenommen
wurde, traten sämtliche Berufsgenossen aus. Dieser Vorgang
sollte der äußere Anlaß zur Gründung des „Graphischen“
werden.

Es wehte also Märzlufte im wahrsten Sinne des Wortes, als sich die Ausgetretenen in einem Zirkular an die Verbandsmitglieder der graphischen Berufe wandten mit dem Ersuchen, sich dem neuzugründenden Vereine anzuschließen. Am 22. März 1892 wurde die Gründung vollzogen und als erster Liedervater der Kollege Louis Hüntzsch gewählt, der den Verein in die rechte Bahn leitete und ihm bis zum Jahre 1906 mit großem Geschick vorgestanden hat. In der am 4. April abgehaltenen ersten Gesangstunde im Vögedingschen Lokal erhielt der Verein auf Vorschlag des Kollegen A. Siggelkow den Namen „Graphischer Gesangverein“. Auch mit der Wahl seines ersten Dirigenten, Herrn Lehrer Klußmann, hatte der Verein Glück, erwies sich doch der Gewählte als äußerst tüchtig. Die alten Sänger, deren es ja noch eine Reihe im Vereine gibt, erinnern sich auch heute noch dankbar des Herrn Klußmann, der trotz aller Widerwärtigkeiten jahrelang der Sache des Vereins treu blieb.

War der Anfang demnach recht verheißungsvoll, so sollten doch auch Rückschläge aller Art nicht ausbleiben. Das Gärende und Unabgeklärte der damaligen Zeit, der große Wechsel im Verein, der Kampf um die Tarifgemeinschaft, der die Verbandsmitglieder in zwei Lager zu spalten drohte, waren wohl erklärliche Vorgänge, konnten dem Vereine aber nicht förderlich sein. Dazu gesellte sich auch noch der Streit der Meinungen über die Auswahl der zu singenden Lieder, zumal es noch keine brauchbaren Arbeiter-Freiheitslieder gab. „Will ich, Herr Gott, dich loben“ wäre in jener Zeit nicht gesungen worden. Auch das Verhalten des Dirigenten gab Veranlassung zur Kritik, die zu seiner Verabschiedung führte. Der Verein hatte aber einen tüchtigen Leiter verloren und tauschte dafür einen minder tüchtigen ein, der sein Amt lediglich als Geschäft betrachtete.

Das Vereinslokal war inzwischen nach dem Restaurant Steinmeyer am Bach verlegt, wo die künstlerische Ausbeute zwar gleich Null war, der Humor aber in desto vollerer Blüte stand. Als auch die Lithographen und Steindrucker dem Vereine größeres Interesse entgegenbrachten, erwies sich das Steinmeyersche Lokal als zu klein, und es wurde ein Heim gewählt, in dem der Verein sich jahrelang wohlfühlen sollte: die „Harmonie“.

Ein besonderes Glück hatte der „Graphische“ im Jahre 1896 zu verzeichnen, als es ihm gelang, einen Mann als Dirigenten zu gewinnen, dem er immer zu Dank verpflichtet bleibt: Herr Fritz Wiedemeyer. Mit nie versagender, ja opferbereiter Hand hat W. alle entgegenstehenden Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt, und er ist dem Vereine treu geblieben bis zur letzten Übungsstunde in der denkwürdigen schwülen Juliwoche vor Ausbruch des Krieges. Ihm ist es zu verdanken, wenn der Verein sich nicht nur in den Kreisen des graphischen Gewerbes in der engeren Heimat, sondern auch weit darüber hinaus Ansehen erworben hatte.

Der nach mehrjähriger Behaglichkeit einsetzende, öfter wiederkehrende Besitzerwechsel der „Harmonie“, der naturgemäß die Gemütlichkeit mehr und mehr schwächte, verursachte schließlich auch einen Wechsel im Vereinslokal. Im neuen Heim, Restaurant Keimeyer am Niederntor, ging es jedoch nach einigen Jahren ebenso. Als die Buchdrucker im Jahre 1913 mit ihren Sparten nach der neuerbauten „Eisenhütte“ zogen, wurden auch die Gesangsabende dorthin verlegt. Im Jahre 1906 legte der erste Vereinsliederwatter Hüntzsch sein Amt nieder; Sangesbruder Theodor Dieckmann, als nunmehriger Liedervater, gelang es in jahrelanger ersprießlicher Tätigkeit, sich große Verdienste um den Verein zu erwerben, und er hat bis zum Beginn und auch noch während des Krieges seine ganze Kraft dem Verein gewidmet.

Volle fünf Jahre, veranlaßt durch das entsetzliche Brudermorden, das auch 20 liebe Sangesbrüder als Opfer forderte, sollten die Gesangstunden ruhen; doch war es erfreulicherweise möglich, anläßlich des 50jährigen Verbandsjubiläums im Mai 1917 aus den zurückgebliebenen Sängern einen Chor zu bilden, der nach wochenlangen Übungen unter dem nimmermüden Herrn Wiedemeyer „Glaub' nur, sie kommen, die sonnigen Tage“ und andere Weisen zu Gehör brachte. Als am 15. Juni 1919 die Übungsstunden wieder aufgenommen wurden, stellten sich neue Schwierigkeiten ein. Zwar war an Stelle des Sangesbruders Dieckmann, der eine Wiederwahl ablehnte, der Sangesbruder Meyerhoff als bewährter Vorsitzender gewählt, aber die Dirigentenfrage war erst zu aller Zufriedenheit geregelt, als es glückte, im September

1920 Herrn Lehrer Steube zu bewegen, den Dirigentenposten anzunehmen. Unter seiner Leitung hat der Verein nicht nur zahlenmäßig, sondern auch künstlerisch einen Aufschwung genommen, den vor einigen Jahren keiner zu erwarten hoffte. Und dieses ist um so höher anzuerkennen, als Herr Steube mit der bisher beliebten Liedertafel brach und ganz neue Bahnen wandelte, die Sänger sich innerlich also ganz umstellen mußten. Hat auch der Verein, wie erwähnt, einen erfreulichen Aufschwung genommen, so ist er aber noch weit von 100, dem Wechsel nicht unterworfenen und die Gesangstunde ständig besuchenden aktiven Sängern entfernt, und diese Zahl muß mindestens erreicht werden, wenn die Großen im Reiche der Töne zu Gehör gebracht werden sollen.

Am 1. Februar 1920 ist der Graphische Gesangverein dem Arbeiter-Sängerbund als Mitglied beigetreten, doch ohne die Selbständigkeit aufzugeben. Freudig sei konstatiert, daß die Leitung des Sängerbundes, die ihre vornehmste Aufgabe in der Gründung von großen Volkschören sieht und auch sehen muß, volles Verständnis für sein Eigenleben als gewerkschaftlicher Berufschor hat.

Noch einmal sollte der Verein die Nachwirkungen des Krieges spüren, zwang ihn doch die Inflation, die seine Kasse bis auf den schäbigen Rest von 230 000 000 000 Mk. (23 Pf.) aufzehrte, die Übungen im November 1923 einzustellen. Zum großen Bedauern aller legte auch der Liedervater, Sangesbruder Meyerhoff, durch Berufswechsel gezwungen, sein Amt nieder. Am 6. März 1924 wurden die Gesangstunden wieder aufgenommen, und nun ging es frisch und ohne Unterbrechung vorwärts. In der Generalversammlung vom 28. Februar 1924 wurde Sangesbruder Eduard Dreyer als Vorsitzender gewählt, der seines Amtes zu aller Zufriedenheit waltet und hoffentlich auch noch lange walten wird.

Auf eine ununterbrochene Mitgliedschaft seit der Gründung können die Sangesbrüder Dieckmann, Ernst, Görner, Holz, Hüntzsch, Koch, Mäding und Mirow zurückblicken, die Sangesbrüder Ernst und Holz sogar auf eine ununterbrochene Aktivität. Im Jahre 1926 konnte Sangesbruder Ernst das 25jährige Kassiererjubiläum im Kreise froher Sänger feiern.

A 97 - 061